Geſchichte

der

neueſten Zeit.

1815—1871.

Von

Dr. Conſtantin Bulle.

Zweiter Band.

Von 1848 bis 1871.

Mit einem Namen- und Sachverzeichniß.

Leipzig.
Verlag von Veit & Comp.
1876.

Alle Rechte vorbehalten.

Inhaltsverzeichniß.

	Seite
Die deutsche Revolution in den Flitterwochen	1.
Oestreichs innere Wirren	20.
Oestreich und die italienische Revolution	35.
Die Befestigung der französischen Republik	41.
Parlament und Reichsverweser	48.
Preußen und der schleswig-holsteinsche Conflict	55.
Die Krisis in Oestreich	63.
Die Krisis in Preußen	74.
Die Krisis in Frankfurt	82.
Die Unterwerfung Ungarns	91.
Die Bewältigung Italiens	99.
Das Ende des deutschen Parlaments	116.
Preußens Unionsbestrebungen und Niederlagen	125.
Die Reaction in Deutschland und Oestreich	144.
Der Papst und die katholischen Staaten	169.
England unter der Herrschaft der Whigs	181.
Napoleon und die französische Republik	190.
Die orientalische Frage	207.
Der Krimkrieg	222.
Frankreichs Vorherrschaft und innere Lage	242.
England und der Aufstand in Ostindien	258.
Verwicklungen in Ost- und Mittel-Asien	268.
Rußland nach dem Krimkriege	277.
Das Nationalitätsprincip und der Orient	288.
Italien vor dem Kriege	300.
Der italienische Krieg	311.
Mittelitalien, Savoyen und Nizza	323.
Neapel und der Kirchenstaat	330.
Frankreich und seine Nachbarn	345.
Deutschland und die neue Aera	352.
Bundesreformversuche	366.
Die Heeresreform und das Ende der neuen Aera	374.
Oestreich und der Fürstentag	397.
Der polnische Aufstand	423.
England	432.
Frankreich und Italien	444.
Mexico und die Vereinigten Staaten vor 1860	454.
Der amerikanische Sonderbundskrieg	468.
Die Union nach dem Kriege und das übrige Amerika	503.
Frankreich und Mexico	518.
Der deutsch-dänische Krieg	528.
Verfassungskämpfe in Preußen und Oestreich	544.
Die schleswig-holsteinsche Verwickelung	556.
Die Einleitungen zum Kriege und Italien	571.
Der Krieg von 1866	589.

Seite.
Die Früchte des Krieges . . . . . 620.
Der Kampf um Süddeutschland und der Luxemburger Streit . . . . 637.
Der napoleonische Liberalismus . . . . . 653.
Oestreichische Verfassungskämpfe . . . . . 661.
Der Niedergang des Papstthums . . . . . 675.
Rußland und der Orient . . . . . 689.
England und Belgien . . . . . 701.
Die spanische Revolution . . . . . 704.
Der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges . . . . . 710.
Die Niederlagen der Rhein-Armee . . . . . 726.
Der Zusammenbruch des Kaiserthums . . . . . 744.
Die Rüstungen der Republik und der Fall von Metz . . . . . 756.
Versuche zum Entsatz von Paris . . . . . 765.
Die Entscheidung . . . . . 785.
Der Pariser Commüne-Aufstand . . . . . 796.
Kaiser und Reich . . . . . 804.
Schlußbetrachtung . . . . . 814.
Alphabetisches Namen- und Sachverzeichniß . . . . . 822.

Die deutsche Revolution in den Flitterwochen.

Mit der Schnelligkeit des elektrischen Telegraphen, der seine neuentdeckten und verwertheten Kräfte sofort in den Dienst der Revolution stellen mußte, verbreitete sich die Kunde der pariser Ereignisse durch ganz Europa und insbesondere durch Deutschland. Es waren doch sehr verschiedenartige Empfindungen, Hoffnungen und Befürchtungen, die durch die Februarvorgänge in unserem Volke geweckt wurden. Noch schwebte über der neuen französischen Republik, über ihrem Wesen und ihren Absichten, das Dunkel der Zukunft, das zu erhellen es kaum ein anderes Mittel gab, als die Erinnerung an die erste Republik. Und hatte nicht diese erste Republik den rührigsten Eifer gezeigt, auch die Grenzländer mit ihren Segnungen zu beglücken? Hatte sie nicht ihre Propaganda nach Belgien und Italien, in Deutschland und die Schweiz hineingetragen? War nicht auch von ihrer Nachfolgerin eine Bedrohung der Selbständigkeit, der Unversehrtheit der Nachbarvölker zu befürchten? Der Gedanke, daß ein Angriffskrieg von Frankreichs Seite unausbleiblich erfolgen werde, fand weite Verbreitung. Wenn vorzugsweise die Regierungen und die conservativen Kreise ihm nachhingen, so war er doch auch den Liberalen und der großen Masse einleuchtend genug, und die unendliche Mehrheit war zum kräftigsten Widerstande, zum Aufgebote der gesammten Volkskraft entschlossen. Deshalb empfahl sich schon unter diesem Gesichtspunkte die Forderung der allgemeinen Bewaffnung, der Schaffung eines Volksheeres, das aus den schleunigst gerüsteten und eingeübten Bürgerwehren in allen Theilen des Vaterlandes erstehen sollte. In den Augen der Liberalen war dieses Rüstzeug dann überdies eine Waffe gegen böswillige Regierungen und ein Mittel, die verhaßten kostspieligen stehenden Heere allgemach bei Seite zu schieben. Je weiter die Parteien nach links standen, je mehr sie den republikanischen Bestrebungen sich näherten, desto mehr mußte dieser Gesichtspunkt in den Vordergrund treten; der äußersten Linken galt die Volksbewaffnung überhaupt nicht mehr als eine Wehr nach außen, als eine Waffe gegen Frankreich, sondern als ein Werkzeug, das eines Tages sehr wohl gemeinsam mit den linksrheinischen Schaaren gegen die deutschen Fürsten sich richten und zur Erkämpfung

Eindruck der Februar-Revolution in Deutschland.

Die Republikaner.

der deutschen Republik verwandt werden konnte. Und diese äußerste Linke war die Partei, welche in diesen Tagen am schnellsten wuchs. Nicht gerade an Kopfzahl. Denn in dieser Hinsicht gewann unzweifelhaft der gemäßigte Liberalismus weit mehr; ihm schlossen sich jetzt, da es gefahrlos wurde und selbst zum guten Ton gehörte, die unzählbaren Massen der Gleichgültigen an; bei ihm suchten selbst die Conservativen eine Zuflucht und zeitweiliges Unterkommen. Aber das waren Verstärkungen, auf die in der Stunde der Gefahr nicht zu rechnen war, die möglicher Weise selbst im gewöhnlichen Laufe der Dinge zu einem Hemmschuh werden konnten. Die Republikaner hingegen erstanden erst jetzt recht eigentlich als große Partei; ihnen bot das, was eben in Paris geschehen, gleichsam die Gewähr für die Richtigkeit und die Möglichkeit ihrer Grundsätze. Was waren denn die französischen Republikaner vor dem 22. Februar gewesen? Doch nur ein machtloses Häuflein, das kaum zu Worte hatte kommen können, und jetzt waren sie die Herren geworden. Weshalb sollte es nicht in Deutschland ebenso gehen? Daß unser Volk durch und durch monarchisch war, und daß selbst der vorübergehende Sieg einer Minderheit — denn das waren die Republikaner doch auch in Frankreich — durch den Mangel eines Mittelpunktes, der wie Paris ganz Deutschland beherrscht hätte, unmöglich wurde, bedachte man nicht oder wollte man sich nicht gestehen; der Republikanismus glaubte an sich, und dieser Glaube gab ihm eine Kraft, die er sonst nicht besessen. Auch die Liberalen gewannen an Muth und traten entschiedener mit ihren Forderungen auf, als sie es ohne die Februarereignisse gethan haben würden. Aber neu war ihr Programm nicht, und überall war es auch ohne die Revolution im Vorschreiten begriffen, wie die frühere Darstellung gelehrt hat. Jetzt schoß die junge Pflanze plötzlich mächtig in die Höhe, trieb Blätter und Blüten und schien kräftig zu gedeihen; aber das Wachsthum war zu schnell, nur in der Oberfläche hafteten die Wurzeln und „da die Sonne aufging, verdorrte es". Mit Sturmeseile erreichte der Liberalismus seine Ziele, und mehr als was ihm bis dahin als Ziel vorgeschwebt hatte; es überkam ihn ein Gefühl der Allmacht, das ihn die Gegner vergessen ließ, die doch nicht vernichtet, sondern nur zurückgetreten waren. Er glaubte die Fundamente schon gelegt, die doch erst gelegt werden sollten, und begann auf dem lockeren Sande der Tagesmeinung und der Volksgunst den Prachtbau seines Idealstaates zu errichten, der um so schwankender wurde, je mehr er sich der Vollendung näherte, bis er endlich jäh zusammenbrach. Nur wenige wohnliche Gemächer überdauerten den Einsturz, und das werthvollste Ergebniß der begeisterten und überhasteten Arbeit blieb schließlich die Thatsache, daß unser Volk wie in einem schönen Traume die Erfüllung seiner Wünsche verwirklicht gesehen hatte, und daß die Erinnerung daran ein Stachel war, der mächtiger als alles Andere, sobald die erste

Die Liberalen.

Entmuthigung vorüber gegangen, zu neuem Ringen und zu bedachtsamerem Aufbau reizen mußte.

Am schnellsten und am lebhaftesten empfand die Einwirkungen der Februartage das südwestliche Deutschland und besonders das Grenzland Baden, dem ja seit Jahren schon die Führerschaft in der liberalen Partei zugefallen war und das sie erst vor wenigen Tagen durch den Antrag Bassermanns auf Schaffung eines deutschen Parlamentes neu bethätigt hatte. Schon am 27. Februar fand in Mannheim unter Itzsteins Vorsitz eine große Volksversammlung statt und stellte die vier Forderungen auf, welche alsbald den Rundgang durch Deutschland antraten: Preßfreiheit, Schwurgerichte, Volksbewaffnung und deutsches Parlament. Bei keiner Regierung war es leichter, diese Forderungen durchzusetzen, als bei der badischen, deren Mitglieder der gemäßigten altliberalen Partei angehörten. Auch erklärte der Minister des Innern, Bekk, schon am 29. Februar in der Kammer die Zustimmung des Großherzogs und es fiel also jeder Grund hinweg, noch nachträglich einen besonderen Druck auszuüben. Aber grade in Baden war die äußerste Linke, die der Republik sich zuneigte, sehr schnell entschlossen, das Eisen zu schmieden, so lange es heiß sei. Zum 1. März strömten Abordnungen von allen Seiten in Karlsruhe zusammen; insbesondere erschien Gustav Struve, ein Advokat aus Mannheim, mit großem Geleit, um der zweiten Kammer die Forderungen des Volkes zu empfehlen. Aufhebung der Carlsbader Beschlüsse und der Ausnahmegesetze, die der Bund 1832 und 34 erlassen hatte, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, Erlaß eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes, Abschaffung des Jagdrechts, Aenderung des Ministeriums und der Bundesgesandtschaft und manche andere Forderungen, zwölf Punkte im Ganzen, wurden von einem Ausschuß der Kammer aufgestellt und von der Regierung meist unumwunden bewilligt. Zum Gesandten für Frankfurt wurde Welcker ernannt. Ganz ohne bedenkliche Zeichen ging es schon in diesen Tagen nicht ab. Das Ministerium des Aeußeren gerieth in Brand, desgleichen zwei andere Häuser. Die Bevölkerung ergriff Angst, Tag und Nacht durchkreuzte die Bürgerwehr die Straßen; nicht ohne Besorgniß gewahrte man die Anwesenheit zahlreicher Fremder aus den unteren Ständen; ein Sturm auf das Zeughaus, eine Bedrohung des Großherzogs in seinem Schlosse wurde gefürchtet. Doch lief Alles noch ohne schlimmeren Zusammenstoß ab. Auch in den übrigen Städten und Ortschaften des Großherzogthums kam es vorerst nur zu zahlreichen Volksversammlungen, bei denen freilich schon das Wort Republik fiel und die Bauern zum Theil mit Sensen bewaffnet erschienen. Fast gleichzeitig mit Baden begann die Bewegung in Hessen-Darmstadt. Heinrich von Gagern stellte am 28. Februar in der Kammer den Antrag, den Großherzog zu ersuchen, zum Schutz der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands für die Bestallung einer deutschen Centralgewalt und eines deutschen

Baden.

Hessen-Darmstadt.

Parlamentes zu wirken. Im Odenwalde zeigten sich die Anfänge
Der Bundestag. republikanischer Wühlereien. Schon am 1. März waren die Wellenschläge dieser Bewegung so stark geworden, daß auch der Bundestag in Frankfurt sie seiner Beachtung würdig fand und sich in einer Ansprache von überraschend verbindlichem und verheißungsvollem Tone an die Nation wandte, um sie zu belehren, daß nur durch Eintracht und gesetzliche Ordnung Deutschland in der stürmischen Zukunft, die möglicher Weise nicht fern sei, auf die Stufe gehoben werden könne, die ihm unter den Völkern Europas gebühre. Zwei Tage später stellte der Bundesbeschluß vom 3. März es den einzelnen Regierungen frei, die Censur aufzuheben und die Preßfreiheit einzuführen, eine Ermächtigung, die Baden und Würtemberg sich schon selbständig genommen hatten.
Das übrige Deutschland. Denn auch Würtemberg war durch Versammlungen in Stuttgart und Tübingen schon in den letzten Februartagen in den Kreis der Bewegung gezogen; die erste Woche des März sah gleiche, und zum Theil heftigere Volksscenen in Nassau, Kurhessen, Rheinpreußen und verschiedenen Gegenden Thüringens und Baierns; auch der Norden und Osten Deutschlands begann sich zu rühren; in Hamburg, Bremen, Oldenburg kam es zu Unruhen, in Berlin, Breslau, Dresden begann es zu gähren. Erstaunlich schnell verloren überall die bisherigen Machthaber den Glauben an sich selbst und traten freiwillig zurück oder suchten durch schleunige Nachgiebigkeit die öffentliche Meinung zu begütigen. Fast überall nahmen in der ersten Hälfte des März die Führer der bisherigen Opposition die Ministersitze ein: Römer, Pfitzer, Duvernoy, Goppelt in Würtemberg, Gagern in Darmstadt, Hergenhahn in Nassau, Wippermann in Cassel, Stüve in Hannover, Wydenbrugk in Weimar. Auch Friedrich August II. von Sachsen wurde durch ungestüme Auftritte in Dresden und Leipzig zu einem Ministerwechsel gedrängt und übertrug die Leitung des Staates dem Professor von der Pfordten und den bisherigen Führern der Opposition Braun und Oberländer. Eine eigenthümliche Färbung hatte die Bewegung in Baiern.
Baiern. Hier war die hauptstädtische Bevölkerung in Folge der Lola Montez-Unruhen seit Monaten nicht aus dem Lärmen herausgekommen. Auch nach der Entfernung der Tänzerin hatte sich die Unzufriedenheit noch nicht gelegt; man verlangte die Entlassung des Ministers Berks, der mit Recht für eine Creatur der Verhaßten galt. Während nach Nürnbergs Vorgang die übrigen Städte des Landes den König mit Adressen im freiheitlichen und deutschnationalen Sinne bestürmten, machten die Münchener ihrem Thatendrange noch am 2. März dadurch Luft, daß sie Berks die Fenster einwarfen. Einen Augenblick dachte der König an Widerstand; Wrede ließ Generalmarsch schlagen und Kanonen vor dem Schlosse auffahren; doch ehe es zu ärgerem Blutvergießen kam, gab der Monarch nach. Berks wurde entlassen und eine königliche Ansprache vom 6. März kündigte die Erfüllung der Volkswünsche im weitesten Umfange an.

„Baierns König ist stolz darauf, ein teutscher Mann zu sein! Alles für mein Volk! Alles für Teutschland!" so endete der Erlaß. An die Stelle des Ministeriums Wallerstein traten die Führer der Opposition, Thon-Dittmer und Beisler. Dennoch beschwichtigte sich die lärmlustige Menge noch immer nicht. Das Gerücht, Lola Montez kehre zurück, rief am 16. März neue Unruhen hervor; so weit mußte König Ludwig den Schmerzensbecher leeren, daß er den Befehl ertheilte, seine Geliebte im Fall der Rückkehr zu verhaften und auf die Festung zu bringen; dann aber ging ihm die Geduld aus; ohnmächtig gegen die Strömung der Zeit und angeekelt von dem stückweisen Aufgeben seiner Macht und dem widerwilligen Hinunterschlucken seiner eigenen Vergangenheit, entschloß er sich plötzlich zur Abdankung und vollzog diese mit der Hast, die ihm eigenthümlich war, am 20. März zu Gunsten seines Sohnes Maximilians II. Volle zwanzig Jahre war dem Entsagenden noch zu leben vergönnt; er sah seinen Nachfolger vor sich in die Gruft steigen und Wandlungen in Deutschland sich vollziehen, an denen mitzuwirken ihm wahrlich keine Freude gewesen wäre. Er starb in Nizza am 29. Februar 1868. In Stein und Erz und als hochherzigem Förderer der Kunst ist ihm ein dauerndes Gedächtniß gesichert; auch sein Verdienst um die Befestigung des Zollvereins und sein warmer Philhellenismus wird nicht vergessen werden; aber die wahre Tugend des Regenten, unbefangene Würdigung der Zeit und selbstlose, standhafte Hingabe an ihre Bedürfnisse, war dem eigenwilligen, launenhaften Manne fremd, und weder Baiern noch Deutschland hatte Ursache zu klagen, daß er aus eigenem Antriebe vor der Zeit vom politischen Schauplatze abtrat.

Ludwigs Abdankung.

Während so in München die Bewegung, unbeschadet ihres Zusammenhangs mit dem großen Strome der Ereignisse, doch ihren gesonderten Gang nahm, war von den Führern der übrigen süddeutschen Liberalen ein neuer Anstoß gegeben. Ihrer 51 waren sie am 5. März in Heidelberg zusammen gekommen, hatten einen Siebener-Ausschuß gebildet, in dem Römer und Gagern, Welcker und Itzstein saßen, und hatten durch diesen zum 30. März alle früheren oder gegenwärtigen Mitglieder deutscher Ständeversammlungen zu einem Vorparlamente nach Frankfurt geladen. Aufgabe desselben sollte es sein, für Deutschland eine neue Gesammtverfassung zu suchen. Mit dem Bundestage ging es zu Ende. Wohl machte er gewaltsame Anstrengungen, sich der neuen Zeit anzupassen; er kam zu der Einsicht, daß die Kraft Deutschlands wesentlich auf dem Bewußtsein der nationalen Einheit beruhe und daß dieses Bewußtsein der äußeren Zeichen bedürfe; er beschloß deshalb am 9. März, den alten deutschen Reichsadler und das so grimmig verfolgte schwarzrothgoldne Banner zu Wappen und Farben des deutschen Bundes zu erheben; er erkannte auch die Nothwendigkeit an sich selbst durch volksthümlichere Kräfte zu verjüngen, und ersuchte am 10. März die Regierungen, für jede

Das Vorparlament.

Der Bundestag und die Regierungen.

der 17 Stimmen einen Vertrauensmann nach Frankfurt zu senden, um gemeinsam mit der Bundesversammlung eine Revision der Bundesverfassung zu berathen; aber selbst diese Mittel halfen ihm Nichts; es half ihm Nichts, daß aus seiner Mitte die mißliebigsten Gesandten schieden und daß unter den Vertrauensmännern sich ein Dahlmann, Uhland, Bassermann, ein Droysen und Gervinus befanden. Das deutsche Volk sah voll Verachtung und Haß auf das Werkzeug, welches drei Jahrzehnte hindurch nur zu seiner Knebelung und Knechtung gedient hatte, und auch die deutschen Regierungen erwarteten Nichts mehr von ihm. Nicht wenige unter den Märzministerien waren durchaus geneigt, den Wünschen des Volkes nach strafferer Einheit und nach einem deutschen Parlamente fördernd entgegen zu kommen; noch ehe die Vertrauensmänner über die geeignete Form beriethen, wurden Verhandlungen von Cabinet zu Cabinet gepflogen, besonders unter den südwestdeutschen Staaten. Auch der König von Preußen hatte gleich in den ersten Tagen der Bewegung den Entschluß gefaßt, seine Reformpläne jetzt eifrig zu betreiben; schon am 2. März war Radowitz nach Wien geschickt und hatte dort die Berufung eines Fürstencongresses nach Dresden auf den 25. des Monats durchgesetzt. Ehe dieser Vorsatz aber zur That werden konnte, hatte die Revolution auch Wien und Berlin ergriffen und hier wie dort die Lage von Grund aus geändert.

Oestreich.

In Oestreich mußte die Nachricht von der Februarrevolution um so leichter zünden, als in Ungarn wie in den italienischen Provinzen die Gährung schon vorher einen hohen Grad erreicht hatte. Dazu kamen höchst beängstigende Gerüchte über den Stand der Staatsfinanzen, der in Wirklichkeit auch so schlecht war, daß man grade das Anerbieten einer russischen Geldunterstützung angenommen hatte. Die pariser Vorgänge untergruben nun den letzten Rest des Vertrauens; man begann die Sparkassen förmlich zu stürmen, um seine baaren Einlagen zu retten; man verweigerte die Annahme der Banknoten, deren Einlösbarkeit in Frage gestellt schien. Eine klare Darlegung des Standes der Nationalbank konnte vielleicht den allgemeinen Schreck noch beschwichtigen, und

Der ungarische Reichstag.

deshalb forderte der Abgeordnete Balogh im ungarischen Reichstage die Regierung am 3. März dazu auf. Aber seine Rede und sein Antrag entsprach bei Weitem nicht den hochflutenden Wogen der Tagesströmung. Kossuth war es, der dieser in mächtigen Worten Ausdruck gab. Für die Quelle alles Uebels erklärte er die verderbliche absolutistische Politik der Staatsconferenz, aus deren Beinkammern eine verpestete Luft wehe, welche die Nerven lähme, den Flug der Geister banne. Er forderte, daß der kaiserliche Thron sich mit constitutionellen Einrichtungen umgebe, daß allen Ländern Oestreichs eine Verfassung verliehen werde, daß Ungarn insonderheit eine nationale Regierung aus dem Schoße der Reichstagsmehrheit erhalte, und er forderte das mit so hinreißender Beredtsamkeit, mit so rückhaltlosem Ungestüm, daß die

Ständetafel einmüthig seinem Verlangen zustimmte und die Magnaten nach einigem Zögern sich gleichfalls anschlossen.

Gährung in Wien.

Diese Scenen im Preßburger Reichstage steigerten begreiflicher Weise die Aufregung in Wien. Freilich fehlte es hier an einem Organ, durch welches sich die Volkswünsche hätten vernehmbar machen, in dem sie überhaupt nur hätten zur Klarheit gelangen können. Nicht in einem Brennpunkte sammelte sich hier die Bewegung, sondern in den verschiedensten Richtungen durchwühlte sie die Bevölkerung. Selbst in den allerhöchsten Schichten war eine leidenschaftliche Unzufriedenheit verbreitet. Der Erzherzog Johann, die Erzherzogin Sophie und ihr Gemahl, des Kaisers Bruder und Nachfolger Franz Carl, grollten unversöhnlich mit Metternich, der sie von jedem Antheil an der Regierungsgewalt ausschloß. Im Schoße der östreichischen Stände, deren regelmäßiger Zusammentritt am 13. März bevorstand, hatte sich eine Oppositionspartei gebildet, Schmerling, Doblhoff u. A. an der Spitze, welche die Aufhebung der Censur und einen Ausschuß der sämmtlichen Provinzialstände zu fordern entschlossen war. Den besitzenden Bürgerstand drückte besonders die Erschütterung des Credites und die Angst vor communistischen Bewegungen; er fand sein Organ in dem Gewerbeverein und diesem fiel in der Hauptstadt das erste Wort zu. In Anwesenheit seines Beschützers, des Erzherzogs Franz Carl, und des Grafen Kolowrat beschloß er am 6. März auf den Antrag eines reichen Industriellen, Arthaber, eine Ergebenheitsadresse, die aber zugleich engen Anschluß der Regierung an die Stände und die Bürger erbat. Entschiedener lauteten die Forderungen einer Eingabe, zu welcher sich die gelehrten Stände, die Mitglieder des juridisch-politischen Lesevereins aufschwangen; sie verlangten unumwunden eine Repräsentativverfassung nach französischem Muster mit allen Rechten, die der constitutionelle Katechismus vorschrieb. Endlich wollten auch die wiener Studenten nicht zurückbleiben und entwarfen eine Adresse, die Lehr-, Lern-, Glaubens-, Rede- und Preßfreiheit beanspruchte. Die Staatsconferenz war diesem unerhörten Gebahren gegenüber völlig rathlos; Anfangs zwar kümmerte sie sich wenig darum und Metternich spottete derer, welche eine Revolution in Wien für möglich hielten. Der Kaiser mußte einige der Abordnungen empfangen und mit freundlichen Worten abspeisen; der prinzlichen Opposition fehlte es an dem rechten Muthe vorzugehen; aber mit jedem Tage wurde doch die Lage unbehaglicher und nicht ganz ohne Bedenken sah man dem 13. März, dem Zusammentritt der Stände, entgegen. Endlich schien es am besten, den Forderungen, welche diese stellen würden, einen Schritt entgegen zu thun. Nach einer langen Beredung, die Metternich mit ihrem Vorsitzer, dem Grafen Montecuccoli, hatte, beschloß die Staatsconferenz am Abend des 12. die Berufung eines ständischen Ausschusses aus allen Provinzen zu versprechen.

Der 13. März.

Bald sollte sich zeigen, daß diese Maßregel verspätet und

ungenügend sei. Früh am 13. versammelten sich die Studenten, um die Antwort zu vernehmen, welche der Kaiser den Ueberbringern ihrer Adresse, den Professoren Hye und Endlicher, ertheilt habe. Wenig zufrieden mit der Auskunft, die ihnen wurde, begaben sie sich in Masse auf den Hof des Ständehauses, wo eben die erste Sitzung begann. Tausende von Bürgern gesellten sich zu ihnen, des Ausgangs der Berathungen zu warten. Natürlich verhielt sich die Menge nicht stumm; einzelne Redner traten auf; ein jüdischer Arzt, Namens Fischhof, sprang auf das Dach des Brunnens im Ständehof, ließ die Freiheit, die Ungarn und die Italiener leben, ein Student verlas die Rede Kossuths vom 3. März; die Stimmung wurde lebhafter, ungeduldiger; man rief einzelne beliebte Ständemitglieder, die aus den Fenstern zum Volke redeten; man schickte eine Abordnung in den Ständesaal, große Haufen drangen in die Gänge ein; man wollte wissen, was drinnen beschlossen sei: da meldete ein Zettel, der hinabgeworfen wurde, daß die Stände wirklich weiter Nichts als einen Vereinigten Ausschuß verlangten. Fast gleichzeitig kam die Botschaft, daß Truppen im Anmarsch seien. Nun riß die Geduld, der Unwille brach los, die Massen stürzten in den Ständesaal und bedrohten die Mitglieder. Schnell entschlossen, erklärte der Vorsitzende, die Stände würden sich zum Kaiser begeben, um ihm den Willen des Volkes vorzutragen. Alsbald verwandelte sich der Zorn in Jubel, und begleitet von einem Theil der Versammelten begaben sich die Stände, Montecuccoli an der Spitze, in die Hofburg. Hier war die Staatsconferenz versammelt, völlig unklar, was sie gewähren, was sie verweigern solle; der Kaiser selbst wie immer gänzlich willenlos; aber auch Metternich unsicher, in dem Gefühl, daß ihm der Boden unter den Füßen entschwinde, seine höfischen Gegner ohne Muth, sich an seinen Platz zu drängen. Man versuchte also sein Heil zuerst mit der allgemeinen Zusage, das Zweckdienlichste in Erwägung ziehen zu wollen. Aber diese zweifelhafte Beschwichtigung verlor jede Kraft, als die Kunde kam, daß in den Straßen Blut geflossen sei. Bald nachdem die Stände in die Hofburg gezogen, waren Truppen unter Erzherzog Albrechts Befehl beim Landhause erschienen. Aus den oberen Räumen desselben wurden Möbel herabgeschleudert, der Erzherzog selbst wurde getroffen und plötzlich erfolgte eine Gewehrsalve. Nun stob zwar die Menge auseinander, aber durch die ganze Stadt ertönte der Ruf: Fort mit Metternich, fort mit dem Militär! Die Bürgergarde trat unter die Waffen und Bürgeroffiziere mit anderen angesehenen Männern eilten in die Hofburg, um dort den Gang der Dinge zu beschleunigen. Noch war Metternich um Nichts bereiter nachzugeben, als vorher. Einige Juden, Polen und Franzosen, so meinte er, hätten den Crawall angestiftet. Aber nachdrücklich wurde ihm entgegnet, es sei kein Crawall, es sei eine Revolution. Immer neue Abordnungen kamen herbei; die Staatsconferenz war förmlich belagert; die

Studenten ließen durch den Rector Waffen fordern, um die Ordnung aufrecht zu erhalten; es wurde zugesagt; auch ein Preßgesetz wurde versprochen; Metternich ging mit dem Erzherzog Ludwig in ein Nebenzimmer, es aufzusetzen. Da ertönte aus der Versammlung der Ruf, stürmischer und immer stürmischer: Abdanken! Abdanken! Als Metternich wieder hereintrat und die Scene sah, war sein Entschluß gefaßt. Er habe stets von seinem Standpunkt aus für das Heil der Monarchie gewirkt; glaube man dieses Heil durch ihn gefährdet, so sei es für ihn kein Opfer, seinen Posten zu verlassen. Jubelnd stürzten die Volksmänner auf die Straße, um dort zu verkünden, daß Alles bewilligt sei; die Studenten eilten in die Zeughäuser, sich zu bewaffnen; eine allgemeine Beleuchtung gab der Freude der Bürger Ausdruck, der Pöbel unterhielt sich damit, die Zollhäuser zu plündern und dann der Freiheit zu Ehren anzustecken. Am nächsten Tage verkündeten kaiserliche Verordnungen die Entlassung Metternichs, die Aufhebung der Censur, die Begründung einer Nationalgarde; aber völlig gebrochen war der Widerstand der leitenden Kreise auch jetzt noch nicht: kein Liberaler wurde ins Ministerium berufen; den Oberbefehl in Wien erhielt Windischgrätz, ein strenger Aristokrat, nach dessen Meinung der Mensch erst beim Barone anfing, und die Zusage, eine Reichsversammlung zu berufen, um „die Constitution des Vaterlandes" zu berathen, die erst am 15. erschien, versprach nichts Andres, als die Vertreter der Provinzialstände zu diesem Zwecke anzuhören. Für die Wiener aber war das eine untrügliche Kennzeichen ihres Sieges die Verdrängung, die Flucht Metternichs. Bis zum Abend des 14. war er noch in der Stadt geblieben; dann flüchtete er auf ein nahe belegenes Landgut, wo er drei Tage blieb. Als aber auch dieser Aufenthalt nicht mehr sicher zu sein schien, ließ er sich in einem dichtgeschlossenen Güterwagen von Olmütz nach Prag bringen und setzte von da seine Flucht über Dresden nach Holland und England fort. Seine politische Rolle war damit ausgespielt; auch als die Reaction später ihre Triumphe feierte, nahm man seine Dienste nicht mehr in Anspruch; der neue Kaiser war ja der Sohn seiner grimmigen Feindin, der Erzherzogin Sophie. Doch kehrte der greise Staatsmann, nachdem er einige Jahre auf seinem Schloß Johannisberg und seinen böhmischen Gütern gelebt, noch einmal nach Wien zurück und trat in freundschaftliche, nicht politische, Beziehungen zum Hofe. Die Schlacht von Magenta war das letzte Ereigniß, das er erlebte; wenige Tage darauf, am 11. Juni 1859, starb er, sechsundachtzigjährig.

Metternichs Sturz.

Der siegreiche Ausgang der wiener Revolution war, insofern er das Metternich'sche System gestürzt hatte, von höchster Wichtigkeit für Deutschland, dessen Neugestaltung nach den Wünschen der Vaterlandsfreunde ohne jenes Ereigniß kaum möglich zu sein schien. Aber ungleich wichtiger war die Art, wie in Berlin die neue Zeit sich äußerte. Vielleicht durfte man hoffen, es werde

Preußen.

dort auch ohne gewaltthätige Erhebung des Volkes sich derjenige Umschwung vollziehen können, welcher nöthig war, um dem preußischen Könige das Vertrauen zu erwerben, welches er brauchte, um an Deutschlands Spitze zu treten. In der That war der größte Schritt zu diesem Ziele doch 1847 schon freiwillig von ihm gethan. Die Berufung des Vereinigten Landtages hatte Preußen in die Reihe der constitutionellen Staaten eingeführt; eine Körperschaft war geschaffen, mit deren Hülfe eine Verfassung, wie das Land sie wünschte, in kürzester Frist und auf ordnungsmäßigem Wege ins Leben gerufen werden konnte. Es hing nur von dem Willen des Fürsten ab, diesen Weg zu betreten, und konnte man nicht hoffen, daß die ernste Erwägung dessen, was die ersten Monate des Jahres 1848 gebracht, diesen Willensschluß herbeiführen würden? Leider besaß Friedrich Wilhelm nicht den unbefangenen Blick, um zu sehen, wie er durch rechtzeitige Zugeständnisse unberechtigten Forderungen zuvorkommen könne. Die Vorgänge der jüngsten Vergangenheit hatte er mit der leidenschaftlichsten Theilnahme verfolgt, besonders die Ereignisse in der Schweiz mit dem aufgeregtesten Parteieifer beobachtet. Den Radicalismus, welcher dort zur Herrschaft gelangt war, haßte und verabscheute er aus tiefster Seele; ganz Europa glaubte er gefährdet durch den Sieg einer Secte, der er vorwarf, wissentlich von Gott, vom Christenthum, von allem bestehenden Recht abgefallen zu sein; und was schlimmer war, er stellte die deutschen Liberalen, diese Constitutions- und Majoritätsanbetenden Schöpse und Intriganten, wie er sie in vertraulichen Briefen nannte, ohne weitere Prüfung auf eine Stufe mit den schweizer Radicalen. Schon zu Ende 1847 war er fest überzeugt davon, daß eine allgemeine europäische Verschwörung bestehe, zu deren Genossen er unbesehen auch die „Heppenheimer Demagogen" rechnete. So wenig es daher in seiner Absicht lag, auf dem Wege, den er durch die Berufung des Vereinigten Landtags eingeschlagen, stehen zu bleiben, so wenig konnte er sich entschließen, die Kluft zu überbrücken, die seine Absichten von den Wünschen der liberalen Tagesmeinung schied. Nur äußerer Zwang konnte ihn bewegen, den Boden, welchen er als den historischen zu betrachten liebte, zu verlassen und den Pfad einzuschlagen, auf welchen der Liberalismus ihn zu drängen wünschte. Aber selbst so war eine friedliche Verständigung noch recht wohl denkbar, wenn er die Ausbildung der Einrichtungen, die er selbst begründet, nur schneller betrieb. Vom 17. Januar bis zum 6. März tagten in Berlin die Ausschüsse, welche der Vereinigte Landtag am 25. Juni gewählt hatte; die Aufgabe, welche ihnen gestellt war, bestand in der Begutachtung eines neuen Strafgesetzbuches. Als sie mit dieser Arbeit fertig waren, entließ sie der König mit einem Versprechen, dessen Ausführung noch vier Wochen früher ungetheilten Dank geerntet haben würde: er verhieß, bewogen durch seinen Bruder, den Prinzen von Preußen, dem Vereinigten Landtag die

Der König.

Die Vereinigten Ausschüsse.

regelmäßige Einberufung, welche dieser als sein Recht beanspruchte. Aber am 6. März genügte dieses Zugeständniß nicht mehr. Schon hatte die französische Umwälzung ihre Nachwirkungen in Süddeutschland hervorgerufen, und Berlin lauschte mit gespanntester Aufmerksamkeit auf jede Kunde eines neuen Sieges, den die Sache der Freiheit in dieser oder jener Hauptstadt des Südens errungen. Zu allem Ueberfluß trafen noch aus den rheinpreußischen Städten Nachrichten von beginnenden Volksbewegungen ein; auch aus Sachsen und Schlesien verlauteten ähnliche Vorgänge. Alles beschränkte sich freilich vorerst noch auf Volksversammlungen und Adressen an den König; aber auch das war ja schon etwas Unerhörtes und erweckte mit der lebhaftesten Theilnahme zugleich das Verlangen der Hauptstädter, nicht hinter der Provinz zurückzubleiben. An Männern, die voll Eifer für die gute Sache, aber auch voll persönlichen Ehrgeizes, dieses Verlangen nährten und steigerten, fehlte es nicht. Mit etwas Leidenschaft und Beredtsamkeit war es leicht, eine begeisterte Zuhörerschaft um sich zu sammeln und durch kräftige Schlagworte sich einen billigen Beifall zu erwerben. In unglaublich kurzer Zeit sah Berlin eine Menschenklasse wie Pilze aus der Erde hervorschießen, die es bis dahin noch nicht gekannt hatte, jugendliche Demagogen ohne Vergangenheit und ohne Zukunft, die durch schönklingende Redensarten eine wohlfeile Berühmtheit und damit eine Belohnung fanden, die um so mehr lockte, je ärmer das preußische Volk und ganz besonders die Hauptstadt an politischen Namen war, die angestrengter Arbeit und wirklichem Verdienste einen volksthümlichen Klang verdankten. In Kaffeehäusern, Lesezimmern und Conditoreien nahm die Sache ihren Anfang; der Glückliche, welcher die neueste Zeitung zuerst eroberte, stieg auf Tisch oder Stuhl und las sie vor; an das Vorlesen knüpften sich ungezwungen erst einzelne Bemerkungen, dann umständlichere Betrachtungen, wohl gar Aufforderungen. Ein Anderer redete — und unversehens war ein politischer Club entstanden, der zwar gleich wieder zerrann, aber auch eben so leicht in der nächsten Stunde sich erneuerte. Nachdem dies Treiben einige Tage gewährt hatte, befriedigte es nicht mehr; man verlangte, den bestehenden Gesetzen zum Trotz, ordentliche Volksversammlungen, und da der Polizeipräsident von Minutoli Nachgiebigkeit für das beste Mittel hielt, um Einfluß auf die Führer zu gewinnen, so konnte wirklich am 7. März bei den Zelten im Thiergarten eine Versammlung veranstaltet werden. Sie nahm den besten Verlauf von der Welt; eine Adresse an den König wurde beschlossen, welche neben den üblichen Forderungen des Tages auch die schleunige Einberufung des Vereinigten Landtags erbat; ihre Ueberreichung an den Monarchen verhinderte Minutoli durch eine Besprechung mit den dazu gewählten Abgeordneten; es gelang ihm ohne Mühe, sie zu bewegen, ihren Auftrag durch Vermittlung der — Stadtpost auszurichten. Die „hochverrätherischen Judenjungen", wie die Vossische Zeitung die

Gährung in Berlin.

Volksversammlungen.

neu auftauchenden Größen kurzweg betitelte, waren noch lenksam und unsicher genug. Aber jeder Tag verstärkte ihre Stellung und ihr Selbstbewußtsein. Die verbindliche Haltung des Polizeipräsidenten, ein halbes Zugeständniß des Königs, der am 8. März das Ministerium beauftragte, die Einführung der Preßfreiheit am Bunde mit Eifer zu betreiben, vor Allem der steigende Besuch und die kühnere Sprache der Volksversammlungen, die nun alltäglich stattfanden, alles das gab den Führern einen Rückhalt und eine Bedeutung, die ihre kühnsten Erwartungen übertraf. Aber je mehr ihr Muth wuchs, desto leichter machten sie sich auch mit dem Gedanken einer wirklichen Umwälzung vertraut; unmerklich, aber unweigerlich wurden sie in Bahnen gedrängt, die wenige Tage zuvor sie noch mit unheimlichem Grausen erfüllt haben würden. Es fehlte nicht an Revolutionsmännern, die auf die Kunde dessen, was in Berlin sich vorbereitete, aus Frankreich, Polen und Süddeutschland herbeieilten; die Polizei wußte davon, konnte aber die Uebelthäter nicht ausspüren, und selbst wenn sie ihrer Personen sich bemächtigt hätte, die Ideen konnte sie nicht verhaften. Der französische Gedanke eines Arbeiterministeriums tauchte auf und fand Beifall. Daß die begüterten und gebildeten Klassen sich scheu zurückhielten, daß die Stadtverordneten es ablehnten, eine Adresse der Volksversammlung vom 9. März dem König zu überbringen, daß Offiziere und Hofleute mit Gesindel, Rackern und Lumpenpack um sich warfen und einen kleinen Aufstand, der blutigen Unterdrückung gewiß, mehr herbeiwünschten als fürchteten, erhöhte die Erbitterung. Man gewöhnte sich an die Vorstellung eines blutigen Zusammenstoßes. Als den gefährlichsten Gegner betrachtete man den Prinzen von Preußen. Es war deshalb ein glücklicher Gedanke des Königs, diesen dadurch aus Berlin zu entfernen, daß er ihm den Oberbefehl über das Heer zuwies, welches er am Rheine aufstellen wollte. Friedrich Wilhelm glaubte nämlich fest daran, die französische Republik werde einen Eroberungskrieg gegen Belgien und Deutschland beginnen. Um das zu verhüten, arbeitete er daran, eine feierliche Erklärung der vier Großmächte, daß sie mit vereinten Kräften sich jeder Gebietsverletzung widersetzen würden, zu Stande zu bringen; allein trotz seines eigenhändigen Briefes an die Königin Victoria wollte das englische Ministerium von einer solchen Verständigung nichts wissen. Um so mehr glaubte er, Preußens eigene Macht für alle Fälle bereit halten zu müssen. Der Thronfolger sollte sie befehligen. Schon war dieser Entschluß kein Geheimniß mehr und alle Vorbereitungen zur Abreise des Prinzen getroffen, als der König Gegenbefehl ertheilte. Die Behörden der Rheinprovinz hatten ihm mit grellen Farben die dortige Unzufriedenheit geschildert und erklärt, die Ankunft des unbeliebten Prinzen werde Alles verderben. Aber sein Bleiben in Berlin verdarb noch viel mehr. Denn was konnte diese plötzliche Willensänderung anders bedeuten, so fragte man sich im Volke, als den

Der Prinz von Preußen.

Entschluß, in der Hauptstadt selbst es zum Bruch zu treiben und dem entschlossenen Prinzen hier, an dem entscheidenden Orte, die Leitung zu übertragen? Wirkungslos blieb es, daß der König gleichzeitig, am 14. März, ein paar entgegenkommende Schritte that, daß er den Vereinigten Landtag auf den 17. April einberief und jene Dresdener Conferenz ankündigte, zu der er, gemeinsam mit Oestreich, die deutschen Regierungen eingeladen habe, um über die Umgestaltung des deutschen Bundes und die Schöpfung freierer Einrichtungen zu berathen. Viel mehr als darauf achtete man auf die kriegerischen Vorsichtsmaßregeln, die in Berlin getroffen wurden, auf die Reiterschwadronen am Brandenburger Thor, die Truppen im Schloß und im Zeughaus, die Kanonen an verschiedenen Punkten der Stadt, auf die berittenen Gensdarmen und Patrouillen, die Offiziere und Ordonnanzen, die geschäftig hin und her eilten. Es mehrten sich die Fälle, in denen hier oder dort Zusammenrottungen durch bewaffnetes Einschreiten auseinander getrieben wurden; auch einzelne Verwundungen und Tödtungen kamen seit dem 13. März vor. Noch erhitzter wurde die Stimmung auf beiden Seiten, als am 15. März die Nachricht von der Revolution in Wien einlief. Vor dem Schlosse und in dessen Umgebungen sammelten sich große Menschenmengen; Cavallerie und Infanterie rückte an und jagte sie auseinander. Auch diesmal ging es noch ohne das Aergste ab; viel war dabei den menschenfreundlichen und schonenden Weisungen zu danken, welche der Commandant von Berlin, General von Pfuel, ertheilte. Am 16. und 17. blieb die Ordnung so ziemlich gewahrt. Der König war selbst von Potsdam nach Berlin gekommen und empfing eine Reihe von Abordnungen aus den Rheinlanden, Preußen und Schlesien, die ihn dringend um die Gewährung der Volkswünsche baten. Der Ernst der Lage blieb dem Herrscher nicht verborgen; er sprach sich gütig und verheißungsvoll aus und genehmigte wirklich in der Nacht zum 18. einen Erlaß, welcher den Landtag schon auf den 2. April einberief und zugleich die Umwandlung Deutschlands aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat, die Schaffung eines deutschen Parlamentes und die Einführung constitutioneller Regierungen in allen Einzelstaaten als die Vorschläge bezeichnete, welche der König seinen Bundesgenossen machen werde. Der Eindruck dieses Erlasses war ein vortrefflicher. Bald nachdem er bekannt geworden, Mittags gegen 2 Uhr am 18. März, zog das Volk in dichten Schaaren vor das Schloß, um den König jubelnd zu begrüßen. Dankend nahm dieser die Huldigung vom Balkon entgegen und zog sich dann in das Zimmer zurück. Das Volk aber blieb am Platze, hier und da wurde der Erlaß mit lauter Stimme verlesen, und die Aufforderung, nunmehr nach Hause zu gehen, die erst der Minister von Bodelschwingh und dann der Offizier der Schloßwache erließ, fand keine Beachtung. Im Gegentheil, es ward der Ruf laut, das Militär solle sich aus dem Schlosse entfernen. Graf Arnim, der frühere Minister,

Entgegenkommen des Königs.

Zusammenstöße.

Der 18. März.

eilte zum König, um diesen dafür zu gewinnen. Plötzlich fielen zwei Schüsse; ungehört verhallte die Erklärung, daß die Gewehre zufällig losgegangen seien; in wilder Hast jagte die Menge auseinander, Verrath schreiend und Waffen fordernd. Noch wurde kein Widerstand geleistet, aber jeden Augenblick konnte er sich herausbilden. Ihn im Keime zu unterdrücken, brachen die Truppen aus dem Schlosse hervor; eine Gewehrsalve erfolgte, Dragoner sprengten heran und hieben ein, Todte und Verwundete blieben auf dem Platze. Aber schnell wie der Angriff regelte sich der Widerstand. In verschiedenen Straßen wuchsen Barrikaden empor; die Waffenläden wurden geplündert, Steine auf die Dächer geschleppt, die Zwischenwände der Häuser durchbrochen, um Verbindungswege im Innern herzustellen. Studenten und junge Literaten warfen sich zu Führern auf; Hunderte von Arbeitern, besonders aus der Borsig'schen Maschinenfabrik, erschienen, mit Eisenstangen bewaffnet; ein erbitterter Kampf begann in den Umgebungen des Schlosses. Alle Beschwichtigungsversuche scheiterten. Mit gellendem Hohn wurde die weiße Fahne begrüßt, die der König auf der langen Brücke mit der Inschrift: Mißverständniß! aufpflanzen ließ. Andrerseits wies der Herrscher, freundlich aber fest, die Abgesandten zurück, die, von dem Bischof Neander und dem Buchhändler Reimer geführt, ihn um Zurückziehung der Truppen baten. An Pfuels Stelle erhielt der General von Prittwitz den Oberbefehl. So brach die Nacht herein und trotz Ermüdung und Dunkelheit dauerte der Kampf fort. Schrittweise gewannen die Truppen Boden. Um Mitternacht beherrschten sie das ganze Stadtviertel zwischen den Linden und der Leipziger Straße; ostwärts waren sie bis zum Alexander-Platze vorgedrungen. Hier traf sie ein Mißgeschick; ihr Befehlshaber, General v. Möllendorf, ward, während er Verhandlungen anknüpfte, gefangen genommen. Schlimmer als das war die zunehmende Ermüdung der Truppen. Nach und nach wurde dem Könige auch diese bedenkliche Seite des Kampfes kund gemacht. Er entschloß sich zu einem neuen
Der 19. März. versöhnlichen Schritt. Ein Aufruf: „An meine lieben Berliner" wurde entworfen und am frühen Morgen verbreitet. In warmen Worten bat der König die Bewohner seiner Hauptstadt, sich nicht von einer Rotte fremder Bösewichte verleiten zu lassen; nur gezwungen hätten die Truppen von den Waffen Gebrauch gemacht; sobald die Barrikaden entfernt seien, solle auch das Militär zurückgezogen werden; mit seinen eigenen Bitten verbinde er die der liebreichen, leidend darniederliegenden Königin, der wahrhaft treuen Mutter und Freundin ihres Volkes. Allein für diese Sprache gab es kein Gehör mehr, seit der König mit Kanonenkugeln zu seinen lieben Berlinern geredet hatte. Auch gemäßigte Männer forderten zuerst die Zurückziehung der Truppen; nicht früher werde das Volk die Barrikaden räumen. Neue Abordnungen erschienen am Morgen des 19. im Schlosse, die Bürgermeister Krausnick und Naunyn, der Stadtrath Duncker und andre

Männer von unzweifelhafter Ergebenheit. Der König fühlte sich erschüttert; eine lange Berathung ward abgehalten; das Ergebniß war der Befehl, die Truppen theils in die Kasernen, theils aus der Stadt zurückzuziehen. Das Ministerium Bodelschwingh wurde entlassen; Graf Arnim-Boytzenburg, von Auerswald, Graf Schwerin bildeten ein neues Cabinet; die Bewaffnung der Bürger wurde zugestanden. Sobald diese Nachrichten bekannt wurden, entstand ein allgemeiner Jubel; ein übermüthiges Siegesgefühl bemächtigte sich der Barrikadenkämpfer; daß die Truppen nicht blos theilweise, sondern über den königlichen Befehl hinaus sammt und sonders aus der Stadt gezogen wurden, erhöhte die Zuversicht und das Behagen der Sicherheit. Die Massen wälzten sich zum Schloß, die Leichen der Erschlagenen mit sich führend. Ungestüm erscholl das Verlangen, daß der König sich zeige; zögernd erschien er am Arme der halbohnmächtigen Gemahlin und gezwungen durch den donnernden Ruf der Menge, entblößte er sein Haupt, die Opfer des Kampfes zu grüßen. Da begann eine Stimme den Choral: Jesus meine Zuversicht, das Volk fiel ein, und als das Lied geendet, zogen die Massen sich mit ihren Märtyrern zurück und das Königspaar begab sich wieder in den Palast. Der Rest des Tages verlief in leidlicher Ordnung; Handlungen der Rache kamen nur vereinzelt vor; der bestgehaßte Mann, des Königs ältester Bruder, der Kartätschenprinz, wie das Volk ihn als den wahrscheinlichen Urheber des Eingreifens der Truppen nannte, hatte auf Befehl des Königs Berlin verlassen und sich über Hamburg nach London begeben; an seinem Palaste prangte in riesigen Kreidebuchstaben die Inschrift: Nationaleigenthum. Abends strahlte die Stadt im Glanze einer allgemeinen Beleuchtung. Der nächste Tag brachte die ersten Maßregeln des neuen Ministeriums: der König ertheilte volle Begnadigung; im Triumphe wurden besonders die befreiten Polen, unter ihnen Mieroslawski, durch die Straßen geführt. Alle Wachtposten in der Stadt und im Schlosse wurden von der Bürgerwehr, die sich unter Minutolis Befehl gestellt, und von den Studentencorps bezogen. Noch tauchten ängstliche Gerüchte von Zeit zu Zeit auf und erneuten die Aufregung: der König sollte auf Flucht sinnen, der Prinz von Preußen mit russischen Truppen heranziehen. Um das wankende Vertrauen zu befestigen, veranlaßten seine Rathgeber den König zu einer neuen Kundgebung. Am Morgen des 21. erschien eine Ansprache der Minister an „die deutsche Nation". Zur Rettung Deutschlands habe sich der König an die Spitze des Gesammtvaterlandes gestellt; mit den alten ehrwürdigen Farben deutscher Nation geschmückt werde er sich dem Volke zeigen, als constitutioneller Fürst, als Führer des gesammten deutschen Volkes, als der neue König der wiedergeborenen deutschen Nation. Und wirklich durchritt der Monarch, umgeben von Prinzen, Ministern und Generalen, mit schwarzrothgoldenem Bande geschmückt, unter Vorauftragung des schwarzrothgoldenen Banners, um Mittag die

Ministerium Arnim.

Die Leichen im Schloßhof.

Die Begnadigung.

Der Ritt durch Berlin.

Straßen seiner Hauptstadt. Wo sich Volksmassen oder Körperschaften ihm entgegenstellten, hielt er an und sprach zu ihnen in gewichtigen schwungvollen Worten. Die Begrüßung als Kaiser von Deutschland lehnte er ab: Ich will mir Nichts anmaßen, ich will keine Krone; ich habe nur gethan, was schon oft geschehen ist, daß mächtige Fürsten und Herzoge, wenn die Ordnung niedergetreten war, das Banner ergriffen und sich an die Spitze des Volkes stellten. Was er so hier und da den Einzelnen gesagt, verkündete er Abends durch eine Ansprache dem ganzen Volke: Ich übernehme heute die Leitung für die Stunde der Gefahr; mein Volk wird mich nicht verlassen und Deutschland mit Vertrauen sich mir anschließen; Preußen geht fortan in Deutschland auf. Die Berliner wurden durch diese Vorgänge lebhaft gepackt; was die Minister erstrebten, ward wirklich erreicht; die Stimmung beruhigte sich und das Verhältniß der Massen zu ihrem Könige gewann wieder eine gewisse Innigkeit; auch das Volk ertheilte Verzeihung. Am nächsten Tage, dem 22. März, sollte mit den Leichen der Gefallenen aller Groll und Haß in die Gruft gesenkt werden. In feierlichem Zuge wurden die 183 Särge von der Neuen Kirche auf dem Gensdarmenmarkte am Schlosse vorbei in den Friedrichshain getragen; entblößten Hauptes zwischen gesenkten Trauerfahnen ließ der König sie an sich vorüberziehn, während die Glocken von allen Thürmen der Stadt erklangen und auf dem Opernplatze der Domchor ein ergreifendes Trauerlied sang. Ueber dem Grabe sprach der Bischof Neander den Segen. Der wilde Sturm war vorübergebraust, und körperliche wie geistige Ermattung begünstigte den weihevollen Akt, der soviel Irrungen und Leidenschaft in die Tiefe senkte.

Das Leichenbegräbniß.

Gegenüber den Ereignissen in der Hauptstadt konnten die revolutionären Zuckungen in den Provinzen keine Bedeutung beanspruchen. Die übrigen deutschen Staaten hatten ihre März-Revolution vor Berlin gehabt, und so war überall in Deutschland binnen wenigen Wochen eine neue Ordnung der Dinge angebrochen: es galt jetzt, sie im Einzelnen auszubauen und das schützende Dach zu errichten, welches alle deutschen Stämme schirmen sollte. Nur ein Gau des Vaterlandes vollzog seine Erhebung erst nach der preußischen Hauptstadt, die deutsche Nordmark Schleswig-Holstein. Der Tod König Christians VIII. am 20. Januar 1848 und die neue Verfassung, welche sein Sohn Friedrich VII. acht Tage später verkündete, hatten die Bevölkerung zwar längst in lebhafte politische Erregung versetzt; aber erst um die Mitte des März nahm diese, ermuthigt durch die Vorgänge im übrigen Deutschland, festere Formen an. Eine Altonaer Adresse vom 15. März forderte zuerst die Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund, die Gewährung einer schleswigholsteinischen Verfassung und ein deutsches Parlament. Schnell verbreitete sich dieses Programm durch das Land. In freier Zusammenkunft zu Rendsburg beschlossen am 18. März etwa 70 von den 82 Ständemitgliedern der beiden Herzogthümer

Schleswig-Holstein.

unter Beselers Vorsitz, dem Könige durch eine Deputation von 5 Mitgliedern dasselbe Verlangen vorzutragen. Mit dem Dampfboot, das am 23. in Kiel eintraf, erwartete man die erste Nachricht von dem Erfolg dieses Schrittes. Statt dessen kam die Kunde von einem Ministerwechsel in Kopenhagen. Auch das dänische Volk war in die revolutionäre Strömung hineingerissen und ganz naturgemäß richtete sich auch bei ihm alle Leidenschaft auf die Erreichung der nationalen Wünsche, die den deutschen gradezu entgegenstanden. Die eiderdänische Partei war ans Ruder gekommen, Orla Lehmann, Bischof Monrad, Tschernig nahmen die Ministerstühle ein und die Herzogthümer hatten sich auf das Aeußerste vorzubereiten. Da faßten die Führer der deutschen Partei einen kühnen Entschluß. Unter dem Vorgeben, daß der König in Folge der Kopenhagener Unruhen seiner Freiheit beraubt sei, bildete sich in der Nacht zum 24. März unter dem Vorsitze Beselers eine vorläufige Regierung, welcher der Prinz Friedrich von Augustenburg-Noer, Graf Reventlow-Preetz und der Bankier Schmidt, später auch Th. Olshausen und Bremer angehörten. Eine Ansprache, mit der sie sich an die Bürger von Kiel wandten, fand laute Zustimmung; die Truppen in der Stadt machten gemeinsame Sache mit der Bevölkerung; an der Spitze eines Jägerbataillons eilte der Prinz von Noer nach Rendsburg und bemächtigte sich ohne Kampf der Citadelle; in 24 Stunden war ganz Holstein für die neue Regierung eingetreten. Der nächste Tag brachte zwei wichtige Briefe, beide vom 24. datirt. In dem einen erklärte der König von Dänemark, daß er weder das Recht, noch die Macht, noch den Willen habe, Schleswigs Eintritt in den deutschen Bund zu gestatten, sondern entschlossen sei, dessen „Unabhängigkeit" mit den Waffen zu verteidigen; in dem andern erkannte Friedrich Wilhelm IV. die drei Grundsätze des schleswig-holsteinischen Staatsrechtes — Selbständigkeit gegenüber Dänemark, Untrennbarkeit und männliche Erbfolge — unumwunden an und versprach dem nächstberechtigten Erben, Herzog Christian von Augustenburg, seinen und des Bundes Schutz. Auch machte er dieses Versprechen sogleich wahr, indem er den Truppen, die aus Berlin hatten abziehen müssen, Befehl ertheilte, nach Holstein zu marschiren, und den Bund, sowie die Regierungen, deren Truppen das zehnte Bundescorps bildeten (Hannover, Mecklenburg, Oldenburg, die Hansestädte) zu unverweilter Hülfeleistung antrieb. Auch die vorläufige Regierung hatte sich schon am 26. und 28. März nach Frankfurt gewandt, die Aufnahme Schleswigs in den Bund verlangt und schleunigen Beistand erbeten. Der Bundestag war durchaus nicht in der Lage, diese Forderungen abzuschlagen; für die Einmüthigkeit, mit welcher ganz Deutschland die Sache der Herzogthümer zu der seinen machte, legte gerade in diesen Tagen das Frankfurter Vorparlament wieder Zeugniß ab, indem es seinerseits die unverzügliche Aufnahme Schleswigs in den deutschen Bund anordnete. Am 4. April hatte sich die

Vorläufige Regierung.

Preußische Hülfe.

Der Bundestag.

Bundesversammlung noch damit begnügt, Preußen und die Staaten des 10. Armeecorps zum Schutz der Rechte Holsteins in seinen Beziehungen zu Schleswig aufzufordern; schon am 12. April verlangte sie statt dessen die Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund, unbeschadet übrigens der Rechte Friedrichs VII. Der dänische Gesandte verließ darauf die Sitzung, und der Krieg, der thatsächlich zwischen den Dänen und der vorläufigen Regierung schon seit ein paar Tagen entbrannt war, wurde nun von Preußen im Namen des deutschen Bundes aufgenommen.

Friedrich Wilhelm.

Diese Handlungsweise Friedrich Wilhelms IV. trug unzweifelhaft dazu bei, ihm die Gemüther der gemäßigten Parteien auch in dem außerpreußischen Deutschland wieder geneigter zu machen; aber von einem wirklich befestigten Vertrauen zu ihm konnte man doch nirgends reden. Der König hatte die lebhafte Zuneigung, die ihm bei seinem Regierungsantritt entgegenkam, zu wenig gerechtfertigt, als daß man jetzt seinen Worten leicht Glauben geschenkt hätte; er war von den Stürmen der Märztage wie ein schwaches Rohr hin- und hergebeugt worden und bot keine Gewähr, daß er bei der Rolle, die er jetzt spielte, verharren werde. Der theatralische Ritt durch die Straßen Berlins, die Uebernahme der Führerschaft für die Stunde der Gefahr, die Demüthigungen der fürstlichen Majestät vor dem Pöbel der Hauptstadt, Alles das erweckte in Süddeutschland mehr Abneigung und Spott, als man in Preußen ahnen mochte. Den neuen Rathgebern des Königs fehlte es freilich auch im übrigen Deutschland nicht an Freunden und Bewunderern; befanden sich unter ihnen doch die gefeiertesten Namen des Vereinigten Landtags. Graf Arnim-Boytzenburg, der am 19. März an die Spitze der Regierung gerufen war, räumte diesen Platz nämlich schon am 29. dem Präsidenten der Handelskammer zu Cöln, Camphausen, ein; neben diesem standen Hansemann, Auerswald, Schwerin, Heinrich von Arnim, Bornemann und der General von Reyher; als verantwortliches Ministerium traten sie dem Vereinigten Landtag gegenüber, der am 2. April noch einmal sich versammelte, um ein Wahlgesetz zu genehmigen, welches allen unbescholtenen Preußen, die das 24ste Lebensjahr vollendet hatten, das Recht zur Wahl der constituirenden Nationalversammlung verlieh. In einer Adresse ward dem Könige die Freude und der Dank für seine Zugeständnisse ausgesprochen; nur zwei Männer weigerten sich, dieser Erklärung beizutreten, der eine von ihnen, Otto von Bismarck, der nicht mit einer Lüge aus dem Vereinigten Landtage scheiden wollte, und wenn er auch die Vergangenheit als begraben anerkannte und zugab, daß keine menschliche Macht sie wieder erwecken könne, nachdem die Krone selbst die Erde auf den Sarg geworfen, doch keine Freude und keinen Dank heucheln wollte für das, was ihm mindestens als ein unglücklicher Weg erscheine. Wohl gab es in dem Vereinigten Landtag der Männer genug, die gerade so wie Bismarck dachten, und eben deshalb entbehrte diese Versammlung jetzt alles moralischen

Ministerium Camphausen.

Der Vereinigte Landtag.

Gewichtes; aber durch feigherziges Schweigen wurde dieser Uebelstand nicht gehoben, sondern nur verschlimmert. Auch die Regierung trug durch einen Fehlgriff noch dazu bei, die letzten Stunden jenes ersten preußischen Parlamentes herabzuwürdigen. Ein Beschluß des Bundestages vom 30. März hatte nämlich den einzelnen Staaten es freigestellt, in welcher Weise sie die Wahlen zum deutschen Parlamente anordnen wollten, und nur das Eine bestimmt, daß auf je 70,000 Einwohner ein Vertreter kommen solle. In Folge dessen veranlaßte der König das Ministerium, den Vereinigten Landtag sofort zur Vornahme dieser Wahlen aufzufordern. Allein kaum war dieser dem Verlangen nachgekommen, so änderte der Bundestag am 7. April seinen früheren Beschluß und ordnete die Wahl je eines Abgeordneten auf 50,000 Einwohner und zwar durch unmittelbare Volkswahl an, so wie das Frankfurter Vorparlament es gefordert hatte. Dem preußischen Ministerium blieb unter solchen Umständen nichts übrig, als die vollzogenen Wahlen für ungültig zu erklären und dies dem Vereinigten Landtage anzuzeigen. Es geschah in der letzten Sitzung desselben, am 10. April. Mit einem Vertrauensvotum für das Ministerium, dem — aber nur unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung der künftigen Nationalversammlung — ein Credit bis zu 40 Millionen eröffnet wurde, ging der Vereinigte Landtag auseinander.

Das Vorparlament.

Weit mehr als seinen Berathungen hatte sich die Theilnahme des deutschen Volkes dem Vorparlamente zugewandt, das vom 31. März bis zum 4. April unter dem Vorsitz des Heidelberger Juristen Mittermaier in Frankfurt tagte. Willkürlich zusammengesetzt aus denjenigen Mitgliedern deutscher Ständeversammlungen, welche der Einladung des Siebener-Ausschusses gefolgt waren, verstärkt durch besonders Geladene, die sich vorzugsweise des öffentlichen Vertrauens erfreuten, besaß dieses Vorparlament ebenso großes moralisches Ansehn, wie geringe juristische Berechtigung. Selbst die ungleiche Betheiligung der verschiedenen deutschen Stämme, das starke Uebergewicht der benachbarten Darmstädter und Badener, das gänzliche Fehlen der Oestreicher, als deren Vertreter sich nur ein jüdischer Literat und ein würtembergischer, auch in dem Kaiserstaate begüterter Standesherr auffinden ließen, schadete der Geltung dieser Versammlung Nichts. Die wichtigsten Beschlüsse, welche sie faßte, wurden von dem Bundestage sofort anerkannt; Schleswig (so wie auch Ost- und Westpreußen und die deutschen Theile des Großherzogthums Posen) wurde in den Bund aufgenommen; die Zahl der Abgeordneten zum Parlamente ward von etwa 440 auf 605 erhöht und das unbeschränkte allgemeine Stimmrecht zugestanden; die Bundesgesandten, welche als mißliebig bezeichnet waren, forderten ihre Entlassung, und ein Ausschuß von 50 Mitgliedern, welchen das Vorparlament schließlich wählte, fand die Anerkennung des Bundestags und der Regierungen. An der Spitze dieses Ausschusses stand Soiron aus

Baden; Heckscher, Duckwitz, Mathy, Wächter gehörten zu seinen Mitgliedern; die Führer der Republikaner hatten keinen Sitz darin gefunden. Bei den Verhandlungen des Vorparlamentes aber waren sie kühn genug hervorgetreten und hatten stürmische Scenen veranlaßt. Ihr Verlangen, daß die ganze Versammlung sich für permanent erklären solle, war mit 368 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Dadurch schon gereizt, empfanden sie den Ausschluß ihrer Partei aus dem Fünfziger-Ausschuß als eine Beleidigung und verließen, 40 Mann stark, von Hecker und Struve geführt, das Vorparlament, entschlossen, jetzt mit andern Waffen für ihre Sache zu kämpfen. So gewiß fühlten sie sich, wenigstens in Baden, der Zustimmung der Bevölkerung, daß sie am 5. April bei dem badischen Bundesgesandten Welcker den Antrag stellten, die Gemeinden des Landes zu befragen, ob sie die constitutionelle Monarchie oder die Republik haben wollten. Die großherzogliche Regierung bedurfte dieser deutlichen Sprache nicht mehr, um die Unvermeidlichkeit des Kampfes zu erkennen. Den ganzen Monat März hindurch war das Land, besonders der Seekreis, in der fieberhaftesten Aufregung erhalten; im Elsaß und an der schweizer Grenze standen tausende von deutschen Arbeitern bereit, um unter Herweghs und anderer Flüchtlinge Führung einzurücken; den Behörden wurde der Gehorsam verweigert und unter den Truppen begannen Meutereien. Schon Ende März hatte die Regierung deshalb um Bundeshülfe ersucht; diese war zugesagt worden und am 6. April sollten bairische und würtembergische Truppen in den Seekreis einrücken. Im letzten Augenblicke ließen sich aber die befehligenden Generale bewegen, den Einmarsch zu verschieben, weil sie nicht stark genug zu sein glaubten, um der Bevölkerung, die sich bewaffnet zu erheben drohte, zu widerstehen. Dieses Schwanken erhöhte den Muth der Republikaner und forderte sie auf, den Augenblick auszunutzen. Während in Donaueschingen 6000 bewaffnete Bürger ihren Widerstand gegen den Einmarsch der „fremden" Truppen verkündeten, eilten die Führer der Bewegung auf den Kampfplatz. Der am meisten gefürchtete, Fickler, wurde freilich durch den Abgeordneten Mathy auf dem Bahnhof in Karlsruhe verhaftet, als er eben in den Seekreis reisen wollte; aber Struve, Hecker u. A. gelangten unbehindert an ihr Ziel. Doch mißlang ihnen gleich ihre erste Absicht, sich der Stadt Donaueschingen zu bemächtigen, da ihnen der würtembergische General von Miller am 15. April zuvorkam. Gleichzeitig rückten Baiern unter Baligand gegen Constanz, Badener und Hessen unter Friedrich von Gagern über Freiburg vor. In Constanz kam es am 17. April zur Bildung einer republikanischen Statthalterschaft, an deren Spitze der bisherige Regierungsdirector Peter trat; aber schon am nächsten Tage flüchtete er beim Anmarsch der Baiern in die Schweiz. Hecker selbst hatte sich in den Oberrheinkreis gezogen und stieß hier bei Kandern am Gründonnerstag, den 20. April, auf Gagerns Truppen. Ehe es zum Kampfe kam, suchte Gagern

Republikanischer Aufstand in Baden.

die Aufständischen persönlich zur Unterwerfung zu bereden; aber sein Versuch war nicht allein umsonst, sondern kostete ihm das Leben: kaum zu den Seinigen zurückgekehrt, ward er von einer Kugel getroffen. Hitzig griffen nun die Truppen an und warfen die Aufrührer nach kurzem Kampfe in schmähliche Flucht; Hecker selbst rettete sich nach Basel, auch Struve entging der Verhaftung durch die Muthlosigkeit der Behörden. Was von den Freischaaren nicht auseinanderlief, wandte sich, von Sigel geführt, nach Freiburg, wohin zahlreiche Bewaffnete zusammenströmten. Aber auch dieser Anlauf scheiterte; General Hoffmann, Gagerns Nachfolger, trieb die Anrückenden zurück und zog am Ostermontag in die verbarrikadirte Stadt ein. Die Nachricht davon bewog den Dichter Herwegh, der mit 800 Mann, darunter zahlreichen Franzosen, Italienern, Polen, Schweizern, Ungarn, den Rhein überschritten hatte, zum Rückzug; unvermuthet stieß er jedoch bei Dossenbach am 26. auf die Würtemberger und verlor fast die Hälfte seiner Schaar an Gefangenen, während er selbst nicht in der rühmlichsten Weise mit Hülfe seiner Frau entkam. Auch in den nördlichen Theilen des Landes, im Odenwalde, in Pforzheim, in Offenburg und Mannheim war es zu mehr oder minder bedeutenden Aufständen gekommen, die aber alle schnell unterdrückt wurden. Zehn Tage nach dem Beginn der Erhebung konnte sie für erstickt gelten. Allerdings hielten sich die Häupter derselben auf schweizer Gebiet in nächster Nähe der Grenze auf und standen in täglichem Verkehr mit der badischen Bevölkerung; von einer Beruhigung der öffentlichen Meinung konnte kaum die Rede sein; im Gegentheil, die republikanische Gesinnung griff auch unter den bairischen und würtembergischen Besatzungstruppen um sich; täglich liefen einzelne Soldaten mit Sack und Pack über die Grenze ins Hecker'sche Lager, so daß der Bundestag zu Anfang Juli auf Verlangen Baierns und Würtembergs die Zurückziehung dieser Truppen gestattete. Und da bald darauf auch die badische Regierung aus Ersparnißgründen die Besetzung der unruhigen Bezirke aufhob, so konnte die Wühlerei der Republikaner ihr Wesen nach kurzer Frist fast ungehindert wieder beginnen.

Im übrigen Deutschland fanden diese frevelhaften Bestrebungen unglaublich geringen Anklang. Selbst ein Venedey, der in der Flüchtlingspolitik herangewachsen war, brandmarkte den Heckerschen Aufstand als einen Frevel am ganzen deutschen Volke und wandte als Abgesandter des Fünfziger-Ausschusses Alles an, um die Führer zur Umkehr zu bewegen. Wenn gleichzeitig wie im badischen Oberlande auch in den entgegengesetzten Grenzlanden, in Schlesien und Posen, gewaltthätige Erhebungen stattfanden, so waren die schlesischen rein socialer Natur und wurden meist durch das Versprechen der Edelherren, die Reste der Hörigkeit von ihren Bauern zu nehmen, beschwichtigt; in Posen stand Volk gegen Volk, Deutsche gegen Polen. Nichts lag in jenen Tagen der Begeisterung den Deutschen ferner, als eine Gewaltherrschaft über

Aufstand in Posen.

die Polen zu üben und deren Nationalität zu unterdrücken. Das berliner Volk hatte Mieroslawski und seine Genossen vom 46er Aufstande fast wie Helden eigenen Stammes begrüßt, als sie am 20. März befreit das Gefängniß verließen. Unter den Beschlüssen des Vorparlamentes prangten die Sätze, daß die Theilung Polens ein schmachvolles Unrecht und seine Wiederherstellung eine heilige Pflicht auch des deutschen Volkes sei. Die polnischen Flüchtlinge, die aus Frankreich und der Schweiz in die Heimat zurückzogen, empfingen überall von Bürgern und Behörden Zeichen der Theilnahme und Förderung. Aber bald kühlte sich die Schwärmerei doch ab; auch die Eifrigsten fanden, daß die Polen es gar zu arg machten, wenn sie sich nicht damit begnügten, ihr eigenes Volksthum zu sichern, sondern alsbald auch die Herrschaft über die Deutschen beanspruchten. Nicht einmal die nächsten Schritte der Regierung, welche schon am 24. März sich äußerst bereitwillig erklärt hatte, warteten sie ab, sondern begannen sofort, Mieroslawski an der Spitze, einen Aufstand, der von den Sensenmännern mit blutiger Grausamkeit geführt und von den Deutschen mit nicht minderer Leidenschaft bekämpft wurde. Eine gewisse Beschwichtigung, die der General Willisen am 11. April durch die Aussonderung des rein polnischen Theiles der Provinz erzielte, hielt nicht lange vor, weil die Regierung den Einschluß der Festung Posen in den deutschen Theil anordnete. Als die aufrührerischen Auftritte mit erneuter Kraft begannen, entschloß man sich in Berlin, Ernst zu zeigen. General Pfuel griff die Aufständischen kräftig an; am 29. und 30. April kam es bei Xions und Mielosław zu heftigen Kämpfen; das Kriegsgesetz wurde verkündet; am 9. Mai mußte der größte Theil der Polen bei Bardo sich ergeben und Mieroslawski den Oberbefehl niederlegen; am 13. wurden die letzten Schaaren bei Exin geschlagen. Ein sehr weitgehendes Gefühl des Mitleids und der Gerechtigkeitsliebe blieb auch jetzt noch dem deutschen Liberalismus den Polen gegenüber eigen, und die Ueberzeugung, daß eine Wiederherstellung des Königreiches die beste Schutzmauer gegen Rußland schaffen werde, wurzelte tief; aber vor den äußersten Anwandlungen schwächlicher Gutmüthigkeit war man doch durch die Erlebnisse der letzten Wochen gefeit, und mehr als sie ahnen mochten, hatten die Polen ihrer Sache durch die eigene Unbändigkeit geschadet.

Verfassungsentwürfe. Mittlerweile war das deutsche Volk überall zu den Wahlurnen geschritten, um Vertreter für sein Parlament zu wählen, und Berufene wie Unberufene hatten ihren Scharfsinn erschöpft, um Vorschläge für die Grundlagen der künftigen deutschen Reichsverfassung auszusinnen. Unmittelbar betraut mit dieser Aufgabe waren jene 17 Vertrauensmänner, welche die Regierungen auf den Wunsch des Bundestages vom 10. März nach Frankfurt abgeordnet hatten. Am 30. desselben Monats begannen sie ihre Thätigkeit. Als Leitfaden mußten sie die Beschlüsse des Vorparlamentes betrachten, das bestimmte Grundrechte als geringstes

Maß deutscher Volksfreiheit bezeichnet hatte. Allein über die schwierigste Frage, über die Gestaltung der deutschen Centralgewalt, war von jenem keine Meinung geäußert. Den Siebzehnern schien es wünschenswerth, sofort eine vorläufige Behörde zu schaffen, die an Stelle des ungelenken Bundestages mit dem Parlamente verhandeln könne; sie empfahlen deshalb die Begründung eines Collegiums von drei Männern, deren je einer von Oestreich, von Preußen und — auf Baierns Vorschlag — von den übrigen Staaten zu ernennen sei. Gegen diesen Gedanken erhoben aber die Fünfziger so lebhaften Einspruch, daß er unausgeführt blieb. Die Vorlage, welche dem Parlamente gemacht werden sollte, auszuarbeiten, übertrugen die Siebzehner Dahlmann. Dahlmann. Tief durchdrungen von der Nothwendigkeit, dem neuen Reiche ein erbliches Oberhaupt zu geben, schlug dieser die Erneuerung des deutschen Kaiserthumes vor, als dessen Träger er sich nur den preußischen König denken konnte. Aber nicht einmal alle seine Collegen, die für den Entwurf stimmten — und es waren unter den 17 nur 8, während 4 sich des Stimmens enthielten — theilten diese Neigung für Preußen; manche waren unentschieden, manche unbedingt für Oestreich. Gegen die Erblichkeit erklärte sich besonders Uhland, der alle fünf Jahre eine neue Kaiserwahl forderte. Am 26. April überreichten die Siebzehner den Entwurf dem Bundestage, der ihn veröffentlichte und damit eine allseitige Kritik herausforderte. Die gewichtigsten Urtheile freilich traten nicht an das Tageslicht, sondern wurden in vertraulichen Briefen an Dahlmann gefällt. Da sprach es König Friedrich Wilhelm unverhohlen aus, daß er die Kaiserkrone nicht Friedrich Wilhelm. wolle, so lange Oestreich nicht unwiderruflich zurückgetreten sei; gern würde er unter dem römisch-teutschen Kaiser aus dem Hause Habsburg die Würde eines Königs der Teutschen annehmen, wenn die Wahl der Fürsten auf ihn falle; im Dom zu Cöln gekrönt, vom Kaiser bestätigt, von dem Primas Germaniae, dem (protestantischen) Erzbischof von Magdeburg, gesalbt, so wolle er gern als von Gott geordnete Obrigkeit das Schwert des Reiches führen. Auch mit dem Titel eines Reichs-Erzfeldherrn war er zufrieden; er dachte sich das Reich in militärische Herzogthümer getheilt, Baiern und Franken, Schwaben und Rhein (Hessen), Ober- und Niedersachsen, dazu vier preußische und vier östreichische, die zehn ersten unter seinem Befehl. Der Fürstenrath, den er sich zur Seite sehen wollte, sollte nach Regensburger Art in Bänke getheilt sein, und das Ganze war wenig mehr als eine poetisch-phantastische Wiederbelebung mittelalterlicher Einrichtungen, in denen mühsam für Preußen ein leidlich ehrenvolles Plätzchen geschaffen war. Ganz anders faßte der verrufene Reactionär, der Prinz Der Prinz von Preußen. von Preußen, Dahlmanns Entwurf. Er begrüßte ihn aus seiner Verbannung in London ob seiner Klarheit, Gediegenheit und Kürze als eine großartige Erscheinung der Zeit, bekannte sich unumwunden zur Erblichkeit der Kaiserwürde, und zeigte auch in den Aus-

stellungen, die er machte, ebenso viel nüchtern politische Klugheit, wie sein Bruder verworren romantische Schwärmerei. Mit vollem Rechte — und Dahlmann erkannte das selbst bereitwillig an — verlangte er z. B., daß die Fürsten, welche nach dem Entwurf mit etwa 160 theils gewählten, theils ernannten Reichsräthen zusammen ein Oberhaus bilden sollten, aus diesem ausgeschieden werden und zu einem Fürstencollegium (oder Bundesrath) zu-
rinz Albert sammentreten müßten. In diesem Punkte traf seine Ansicht mit der des Prinzen Albert, Gemahls der Königin Victoria, zusammen, der selbständig einen Verfassungsentwurf ausarbeitete und einflußreichen Männern zuschickte; aber daß er, darin Uhland nahestehend, den Kaiser wählen lassen und nur auf zehn Jahre wählen lassen wollte, daß er das Parlament statt durch unmittelbare Wahlen durch Wahlen der Einzellandtage zu bilden vorschlug, diese und ähnliche Ideen machten seinen Vorschlag von vornherein aus-
Der bairische Entwurf. sichtslos. Nicht besser stand es mit dem Entwurfe, welchen die bairische Regierung verbreiten ließ und der als Centralbehörde ein Directorium vorschlug, in dessen Vorsitz von sechs zu sechs Jahren Oestreich, eine norddeutsche und eine süddeutsche Regierung sich ablösen sollten. Bei dieser Fülle der verschiedenartigsten Gesichtspunkte war eine Verständigung auf gütlichem Wege überhaupt nicht, am wenigsten aber bis zu der kurzbemessenen Frist möglich, in welcher das deutsche Parlament zusammentreten sollte, und als der 18. Mai, der Tag der Eröffnung, herankam, war von einem bestimmten Programm, über das sich die Regierungen oder die öffentliche Meinung geeinigt, entfernt nicht die Rede. In Folge dessen stand das Parlament um so unabhängiger, aber auch um so verantwortungsvoller da; ihm lag es jetzt ob, das entscheidende Wort zu sprechen, und so schnell zu sprechen, daß weder der Particularismus in den Einzelstaaten sich vorher wieder aufraffen, noch eine freiheitsfeindliche Reaction ihr Haupt erheben konnte. Beide Gefahren waren eng mit einander verbunden und jede schon für sich nicht gering zu schätzen. Der erste Sturmlauf der Revolution war um die Mitte des Mai in ganz Europa vorüber und die Gegenwirkungen begannen bemerklich zu werden; mit der erstarkenden Kraft der Regierungen wuchs aber auch der Widerstand, den sie einer Unterordnung unter die künftige Reichsgewalt und den Beschlüssen des Parlamentes zu leisten wünschen mußten; und gerade in dem Staate, auf welchen am meisten ankam, in Preußen, trat fast gleichzeitig mit dem deutschen Reichstag die neugeschaffene Landesvertretung zusammen, die zu groß und einflußreich war, um sich der frankfurter Versammlung gegenüber untergeordnet zu fühlen und fügsam zu bezeigen, und die deshalb das preußische Sonderbewußtsein und damit die Schwierigkeiten der deutschen Verfassungsfrage wesentlich vermehrte. Nur wenn die preußische Führung der leitende Gedanke des frankfurter Parlamentes wurde, durfte dieses hoffen, mit dem berliner in gutem Einvernehmen zu bleiben; dahin drängte also unbedingt die politische Klugheit. Es

rieth dazu überdies auch die augenblickliche Lage Oestreichs, das zu einer hindernden Einmischung noch gänzlich unfähig war. Das frankfurter Parlament aber verpaßte den günstigen Moment und gefährdete so von Anfang an das Gelingen der Aufgabe, die ihm gestellt war.

Oestreichs innere Wirren.

Die Zustände in Oestreich hatten sich seit der März-Revolution so zerfahren gestaltet, daß der ganze Staat aus den Fugen gerathen war. Italien, Ungarn, Böhmen gingen ihre eigenen Wege, und nicht einmal in den deutschen Provinzen, nicht einmal in der Hauptstadt selbst wußte das neue Ministerium die Zügel fest anzuziehen. Die leitende Persönlichkeit in demselben wurde sehr bald der Freiherr von Pillersdorf, nicht etwa deshalb, weil er den schwierigen Verhältnissen gewachsen war, sondern nur in Folge des liberalen Rufes, den er sich früher zu erwerben gewußt. Kolowrat, der Anfangs noch den Vorsitz führte, mußte sich in den ersten Tagen des April zurückziehen, und mehrere seiner Collegen folgten diesem Beispiel, zum Theil durch Katzenmusiken und pöbelhafte Kundgebungen gezwungen. Die Presse, welche sich durch eine große Zahl unbedeutender Blättchen schnell vervielfältigte, stachelte durch ihre rohe, aufreizende Sprache die Bevölkerung stets zu neuen Ausschreitungen und Frechheiten an; die Nationalgarde und die Studenten führten nach wie vor das große Wort, und die Versammlungen in der Aula der Universität, die Bürgercomités und der Studentenausschuß schrieben den Ministern Gesetze vor. Vollends als zu Anfang Mai die verschiedenen Ausschüsse sich zu einem politischen Centralcomité vereinigten, trat vor dessen Einfluß und Ansehen die Geltung der kaiserlichen Behörden in den tiefsten Schatten zurück. Es überraschte kaum noch, wenn die amtliche Zeitung getreulich ein Manifest des Centralcomités veröffentlichte, welches dem Ministerium das „volle und wohlverdiente Mißtrauen des Volkes" aussprach. Gegen Ende April hatte Pillersdorf einen kühnen Anlauf genommen und unter dem 25. einen fertigen Verfassungsentwurf veröffentlicht, der für die weitere Entwickelung die feste Grundlage bilden sollte; aber trotz des vielbelobten Vorbildes, das er sich genommen, der belgischen Verfassung nämlich, erntete er nichts als Tadel und Spott; man war unzufrieden mit der Bildung einer ersten Kammer, unzufrieden mit dem Wahlgesetz, unzufrieden vor Allem damit, daß die Verfassung vom Kaiser erlassen und nicht von einer constituirenden Versammlung beschlossen werden sollte. Einen Augenblick glaubte das Ministerium sich stark genug, die Zügel straff anziehen zu können; es versuchte durch einen Tagesbefehl des Grafen Hoyos, des Befehlshabers der Nationalgarde, das Centralcomité aufzulösen. Aber es verschlimmerte seine Lage dadurch nur. Während es am 15. Mai

Ministerium Pillersdorf.

Das Central-Comité.

Der Verfassungsentwurf.

Der 15. Mai

rieth dazu überdies auch die augenblickliche Lage Oestreichs, das zu einer hindernden Einmischung noch gänzlich unfähig war. Das frankfurter Parlament aber verpaßte den günstigen Moment und gefährdete so von Anfang an das Gelingen der Aufgabe, die ihm gestellt war.

Oestreichs innere Wirren.

Die Zustände in Oestreich hatten sich seit der März-Revolution so zerfahren gestaltet, daß der ganze Staat aus den Fugen gerathen war. Italien, Ungarn, Böhmen gingen ihre eigenen Wege, und nicht einmal in den deutschen Provinzen, nicht einmal in der Hauptstadt selbst wußte das neue Ministerium die Zügel fest anzuziehen. Die leitende Persönlichkeit in demselben wurde sehr bald der Freiherr von Pillersdorf, nicht etwa deshalb, weil er den schwierigen Verhältnissen gewachsen war, sondern nur in Folge des liberalen Rufes, den er sich früher zu erwerben gewußt. Kolowrat, der Anfangs noch den Vorsitz führte, mußte sich in den ersten Tagen des April zurückziehen, und mehrere seiner Collegen folgten diesem Beispiel, zum Theil durch Katzenmusiken und pöbelhafte Kundgebungen gezwungen. Die Presse, welche sich durch eine große Zahl unbedeutender Blättchen schnell vervielfältigte, stachelte durch ihre rohe, aufreizende Sprache die Bevölkerung stets zu neuen Ausschreitungen und Frechheiten an; die Nationalgarde und die Studenten führten nach wie vor das große Wort, und die Versammlungen in der Aula der Universität, die Bürgercomités und der Studentenausschuß schrieben den Ministern Gesetze vor. Vollends als zu Anfang Mai die verschiedenen Ausschüsse sich zu einem politischen Centralcomité vereinigten, trat vor dessen Einfluß und Ansehen die Geltung der kaiserlichen Behörden in den tiefsten Schatten zurück. Es überraschte kaum noch, wenn die amtliche Zeitung getreulich ein Manifest des Centralcomités veröffentlichte, welches dem Ministerium das „volle und wohlverdiente Mißtrauen des Volkes" aussprach. Gegen Ende April hatte Pillersdorf einen kühnen Anlauf genommen und unter dem 25. einen fertigen Verfassungsentwurf veröffentlicht, der für die weitere Entwickelung die feste Grundlage bilden sollte; aber trotz des vielbelobten Vorbildes, das er sich genommen, der belgischen Verfassung nämlich, erntete er nichts als Tadel und Spott; man war unzufrieden mit der Bildung einer ersten Kammer, unzufrieden mit dem Wahlgesetz, unzufrieden vor Allem damit, daß die Verfassung vom Kaiser erlassen und nicht von einer constituirenden Versammlung beschlossen werden sollte. Einen Augenblick glaubte das Ministerium sich stark genug, die Zügel straff anziehen zu können; es versuchte durch einen Tagesbefehl des Grafen Hoyos, des Befehlshabers der Nationalgarde, das Centralcomité aufzulösen. Aber es verschlimmerte seine Lage dadurch nur. Während es am 15. Mai

Ministerium Pillersdorf.

Das Central-Comité.

Der Verfassungsentwurf.

Der 15. Mai

zu einer Sitzung in der Burg versammelt war, strömte der Pöbel vor und in dem Gebäude zusammen und erzwang nicht nur die Rücknahme jenes Tagesbefehles, sondern auch die Suspension der Verfassung vom 25. April und die Berufung einer Constituante. Voll Scham über ihre eigene Schwäche reichten die Minister darauf dem Kaiser ihre Entlassung ein; indes um der Sicherheit des Thrones und des Herrscherhauses willen nahmen sie dieselbe, wie sie amtlich in der Wiener Zeitung erklärten, wieder zurück und blieben einstweilen im Amte. Dem Kaiser war es unter solchen Umständen nicht zu verargen, wenn er sobald wie möglich seiner Hauptstadt den Rücken zu kehren wünschte; da er aber nicht wagen durfte, dies offen anzukündigen, so benutzte er eine Spazierfahrt nach Schönbrunn am Abend des 17. Mai, um — ohne dem Ministerium oder dem Hofstaate vorher etwas davon mitzutheilen — mit seiner Gemahlin, dem Thronfolger und dessen Familie nach Innsbruck zu entfliehen. Der erste Eindruck, den dieses Ereigniß bei den Wienern hervorrief, war Bestürzung und Scham; selbst das Centralcomité sah sich veranlaßt, sein volles, unerschütterliches Vertrauen in die Gesinnung des Ministeriums öffentlich auszusprechen, und Abgesandte aller denkbaren Körperschaften, Stände und Vereine gingen nach Innsbruck ab, um den Kaiser zur Rückkehr zu bewegen. Diese günstige Stimmung schnell genug zu benutzen, besaß Pillersdorf nicht die nöthige Entschlossenheit; erst nach mehreren Tagen fand er den Muth zu einem Schritte, der im ersten Augenblicke von Erfolg hätte sein können. Die Studentenlegion wurde aufgefordert, ihre Waffen abzuliefern. Allein jetzt war die Niedergeschlagenheit und Betäubung bereits von der Bevölkerung gewichen; an dem bestimmten Tage, dem 26. Mai, erhoben sich von Neuem die Barrikaden in den Straßen, die Arbeiter kamen den Studenten zu Hülfe, und ohne daß es eines ernstlichen Kampfes bedurft hätte, wurden die Minister zu abermaligem Nachgeben gezwungen. Kleinmüthig gewährten sie nicht allein die Fortdauer der Studentenlegion, sondern erkannten auch den Bürgerausschuß, der sich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und zur Wahrung der Rechte des Volkes bildete, als unabhängig von jeder anderen Behörde an, indem sie auf dessen Schultern zugleich die volle Verantwortung für die öffentliche Sicherheit abluden, und sich selbst damit zu willenlosen Werkzeugen dieses aus 200 Männern bunt zusammengewürfelten Haufens und seines Vorsitzenden, des Doctor Fischhof, erniedrigten.

Der Kaiser nach Innsbruck.

Der 26. Mai.

Der Bürgerausschuß.

Ungarn.

Daß eine Centralregierung von dieser Beschaffenheit außerhalb Wiens erst recht jeder Macht entbehrte, war selbstverständlich. In der That hatte deshalb auch die Bewegung in den Provinzen ihren Gang genommen, ohne von der Hauptstadt aus wesentlich beeinflußt zu werden. Dies war um so bedenklicher, als die zahlreichen Nationalitäten des Kaiserstaates fast ausnahmslos nicht blos nach Erweiterung ihrer politischen Freiheiten, sondern mehr noch nach provinzieller Selbständigkeit trachteten. Bei den

Magyaren steigerte sich dieses Verlangen bis zu einem solchen Grade, daß sie kaum noch durch die Personalunion befriedigt wurden. In dem Reichstage, der, wie früher erzählt, in Preßburg versammelt war, fanden sich immerhin noch zahlreiche gemäßigte und conservative Männer vor; aber in den Ausschüssen und Clubs der Hauptstädte Ofen-Pesth, vor Allem in dem Sicherheitscomité, das schnell auch auf dem Lande zu Ansehen gelangte, herrschten fast unumschränkt die radicalsten Ansichten. Nur dadurch, daß er diesen möglichst gerecht wurde und sich fast willenlos von Kossuth leiten ließ, behauptete der Reichstag noch sein Ansehen. Als die Abordnung, welche er am 15. März nach Wien geschickt, von dort nur mit allgemein gehaltenen Zusagen zurück kam, antwortete die Landesvertretung darauf sofort mit einer ganzen Fluth von liberalen Reformen. In dem Ministerium, welches der Palatin Stephan am 22. März bildete, saßen allerdings unter Batthyanyis Präsidium auch conservative Männer wie Esterházy und Széchenyi; allein neben Eötvös und Deak hatte auch Kossuth seinen Platz darin gefunden. Und doch war dieses Ministerium stark genug, um durch die Drohung mit seinem Rücktritt den Palatin und den Kaiser zu jedem Zugeständniß zu bewegen; denn sein Rücktritt wäre gleichbedeutend mit der Entfesselung der Revolution gewesen. Ich bin nur ein einfacher Bürger, durfte Kossuth im Reichstage sagen, stark nur durch die Macht der Wahrheit, und doch kann ich mit der bloßen Bewegung meiner Hand entscheiden über das Sein oder Nichtsein des Hauses Habsburg. Als der Reichstag am 10. April geschlossen wurde, um durch Wahlen auf demokratischer Grundlage erneuert zu werden, bestätigte der Kaiser die sämmtlichen 31 Gesetze, die in dieser Sitzung entstanden waren, und wahrte nur den Anspruch des Gesammtstaates darauf, daß Ungarn verpflichtet bleibe, an der Schuldenlast desselben Theil zu nehmen.

Ministerium Batthyanyi.

Schluß des Reichstags.

Auch in den Nebenländern der Stephanskrone schlug die allgemeine Aufregung ihre Wellen. In Kroatien erhoben Gaj und die Nationalpartei schon im März so laut ihre Stimme, daß die Regierung der ersten Forderung, die sie stellten, gerecht wurde, ehe noch die Abgesandten, welche sie vorbringen sollten, in Wien eingetroffen waren. Diese Forderung bestand in der Ernennung des Obersten Jellacic zum Banus von Kroatien. In der That hätte sich eine bessere Wahl gar nicht treffen lassen; denn Jellacic verband bei großer persönlicher Tüchtigkeit unbedingte Treue gegen den Kaiser mit einer wohlverdienten Beliebtheit unter seinen Landsleuten. Um so verhaßter war er den Magyaren, die in seiner Ernennung eine Feindseligkeit des Hofes gegen Ungarn erblickten und sofort in die ärgerlichsten Reibereien mit dem neuen Banus geriethen. Die Gelüste der Kroaten, sich von der Stephanskrone abzulösen, waren ja längst bekannt und mußten unter den herrschenden Zeitläuften doppelt gefährlich erscheinen. Auch in Serbien und Siebenbürgen erhoben die Feinde der Magyaren das

Kroatien.

Jellacic.

Woiwodina.

Haupt. Dort beschloß im Mai eine große Versammlung in Carlowitz die Errichtung einer Nationalregierung und den Anschluß der Woiwodschaft an das dreieinige Königreich Kroatien-Slawonien-Dalmatien; in Siebenbürgen regten sich vor Allem die verachteten Wallachen, die trotz ihrer Ueberzahl neben den Magyaren und den Sachsen keine politische Stellung besaßen. Eine Massenversammlung in Blasendorf — bis zu 40,000 wurde die Zahl ihrer Theilnehmer geschätzt — verlangte die Gleichberechtigung mit den anderen Nationen; aber weder die Ungarn und Szekler, noch die Sachsen hatten Lust, diese gerechte Forderung zu unterstützen; ja, die Sachsen zogen es vor, in die Vereinigung Siebenbürgens mit Ungarn zu willigen, um nur das Aufkommen der mißachteten und rechtlosen Wallachen zu erschweren. Wie wenig aber diese „Union", welche der siebenbürgische Landtag am 30. Mai beschloß und die der Kaiser umgehend bestätigte, den Wünschen der meisten Landesbewohner entsprach, verrieth auch das ungarische Ministerium dadurch, daß es den Baron Nikolas Vay zur Unterdrückung aller „Aufreizungen und hinterlistigen Feindseligkeiten" nach Siebenbürgen entsandte.

Siebenbürgen.

Galizien.

In dem nördlichen Grenzlande Ungarns, in Galizien, waren die Revolutionsmonate ziemlich ruhig verstrichen. Graf Stadion, der Statthalter, hielt die Zügel in fester Hand, der Gegensatz zwischen Polen und Ruthenen, Katholiken und Griechen, wirkte lähmend ein und auch die Erinnerung an den furchtbaren Bauernaufstand von 1846 schreckte den Adel von gewagten Schritten zurück. Ein Empörungsversuch, der in Krakau am 26. April gemacht wurde, endete mit der Beschießung und schnellen Unterwerfung der Stadt.

Böhmen.

Um so lebhafter war die Bewegung in Böhmen geworden. Die Bewohner von Prag waren den Wienern sogar noch vorangegangen. Am 11. März hatten tschechische Patrioten eine Adresse an den Kaiser beschlossen, in welcher sie Gleichstellung mit den Deutschen und Vereinigung des böhmischen, mährischen und schlesischen Landtages forderten. Da nicht alle diese Punkte sogleich bewilligt wurden, während der Ausgang der wiener Märztage doch die kecke Zuversicht steigerte, bildete sich zu Anfang April unter dem Vorsitz des Grafen Leo Thun ein Nationalausschuß, welcher den ersten gemeinsamen Landtag vorbereiten wollte. Zugleich wirkte er unermüdlich dahin, die Betheiligung der Böhmen an den Wahlen zum frankfurter Parlamente zu verhindern, und erreichte auch wirklich, daß nur in dem vierten Theile der Bezirke gültige Wahlen zu Stande kamen. Der Gegensatz zwischen den beiden Nationalitäten wuchs von Tag zu Tag; in schnell gebildeten Vereinen, unter denen die Slowanska lipa, die slawische Linde, besonders berüchtigt war, bekämpften sie sich; aus der Nationalgarde schied sich eine slawische Bürgerwehr, der Swornost, mit eigenen Abzeichen aus; die Straßen Prags waren unausgesetzt der Schauplatz von Unordnungen. Die wiener Tumulte vom 15.

und 26. Mai wurden geschickt benutzt, um den entscheidenden Schritt zu thun; weil das Ministerium sich im Zustande der Unfreiheit befinde, forderte man von dem Landeschef die Einsetzung einer vorläufigen Regierung, welche unmittelbar mit dem Kaiser in Innsbruck verkehre. Jener gab dem Ansinnen nach und berief am 30. Mai Palazky und Rieger, die Führer der tschechischen Partei, mit sechs anderen Männern an seine Seite. In der gehobenen Stimmung, welche dieser Erfolg hervorrief, ward in den ersten Tagen des Juni der allgemeine Slawen-Congreß in Prag abgehalten, zu dem die Einladungen schon am 1. Mai ergangen waren. Palazky präsidirte demselben; begeisterte Lobreden auf das Slawenthum wechselten mit scharfen Verwahrungen gegen die Herrschsucht der Deutschen; aber zu einmüthigen Beschlüssen wollte es so recht nicht kommen, denn zu verschiedenartige Kräfte wirkten neben einander. Nicht auf die östreichischen Slawen allein war die Theilnahme an dem Congreß beschränkt worden; der Russe Bakunin, der preußische Pole Liebelt, der Serbe Zach aus Belgrad führten das große Wort und suchten für ihre demokratischen Lehren Anhang zu werben. Das einzige Ergebniß tagelanger Arbeit war endlich der Beschluß, eine Ansprache an die Völker Europas zu erlassen, die Palazky nach einer Skizze Liebelts verfassen sollte. Aber noch ehe sie vom Congreß genehmigt war, nahm dieser selbst ein jähes Ende. In der Ueberschätzung ihrer Kräfte glaubte die nationale Partei sich stark genug, auch den gefährlichsten Gegner, der ihr gegenüber stand, hinweg räumen zu können. Dies war Fürst Windischgrätz, der Oberbefehlshaber in Böhmen. Schon am 7. Juni beschloß eine Volksversammlung, den Kaiser um seine Entlassung zu bitten; ohne die Gewährung abzuwarten, begannen Kundgebungen gegen ihn; am 12., dem Pfingstmontag, zogen große Schaaren des Swornost unter Absingung von Spottliedern vor sein Haus; es kam zu Thätlichkeiten; auf den Fürsten, der sich am Fenster zeigte, ward gefeuert; aber der Schuß traf nicht ihn, sondern tödtete seine Gemahlin. Nun begann ein erbitterter Straßenkampf, der erst am 17. Juni mit der vollständigen Besiegung der Slawen zu Ende ging. Zwischendurch hatte zwar Windischgrätz, durch zwei Beauftragte des wiener Ministeriums bewogen, die Stadt einmal geräumt; aber der Muthwille zuchtloser Pöbelhaufen entfachte den Kampf von Neuem, und nun führte ihn der General nach eigenem Entschluß zu Ende und ließ Niemanden mehr in seine Maßregeln hineinreden; kein Wunder, wenn er fortan dem innsbrucker Hofe als der Mann der Lage galt, und durch die geheime Ernennung zum unumschränkten Befehlshaber aller Truppen der Monarchie mit alleiniger Ausnahme der italienischen Armee in den Stand gesetzt wurde, den entscheidenden Augenblick auch für die Unterwerfung der Hauptstadt und die Demüthigung der Magyaren abzuwarten und auszunutzen.

Vorläufige Regierung.

Slawen-Congreß.

Prager Aufstand.

Der bedauernswerthe und gänzlich willenlose Kaiser hatte

Erzherzog Johann.

mittlerweile sich seiner Regentenbefugnisse fast vollkommen begeben. Während in Ungarn und den zugehörigen Ländern der Erzherzog-Palatin unbeschränkte Vollmachten schon seit dem April besaß, erhielt am 16. Juni für die Länder der westlichen Reichshälfte der Erzherzog Johann die gleiche Stellung; denn unermüdlich hatte das Ministerium Pillersdorf von Wien aus und durch zwei seiner Mitglieder, die beim Kaiser in Innsbruck verweilten, Doblhoff und Baron Wessenberg, vorgestellt, wie nur die Rückkehr des Monarchen oder die Ernennung eines Erzherzogs zum Vertreter desselben in Wien der dortigen Verwirrung ein Ende machen könne. Auch leuchtete es von selbst ein, wie gefährlich es werden müsse, den constituirenden Reichstag, dessen Zusammentritt bevorstand, sich selbst und den wiener Wortführern zu überlassen. Erzherzog Johann freilich hatte weder großes Verlangen nach dem ihm übertragenen Posten gezeigt, noch erwies er sich als demselben gewachsen. Wenige Tage nach seiner Ankunft in Wien sah er sich schon genöthigt, dem Bürgerausschuß das Ministerium Pillersdorf zum Opfer zu bringen. Am 8. Juli ward es durch ein Cabinet Wessenberg ersetzt, in welchem allerdings — und zwar gegen den Willen des Bürgerausschusses — der Finanzminister Kraus und der Kriegsminister Latour verblieben, Pillersdorf hingegen, Sommaruga und Baumgartner im Ministerium des Inneren, des Unterrichtes und der öffentlichen Arbeiten durch Bach, Schwarzer und Hornboſtl ersetzt wurden, so daß die Radicalen, zu denen auch Doblhoff gehörte, die Mehrheit hatten. Die Bestätigung dieses Ministeriums verzögerte sich einige Tage, weil Erzherzog Johann zwischendurch nach Frankfurt reiste, um dort sein Amt als Reichsverweser anzutreten. Nach seiner Rückkehr eröffnete er am 22. Juli den Reichstag, der für die deutsch-slawischen Länder eine neue Verfassung ausarbeiten sollte, während gleichzeitig — schon seit dem 2. Juli — in Pesth die Vertreter der östlichen Reichshälfte versammelt waren. So schien sich eine gewisse Beruhigung überall wieder einzustellen. Nur ein Theil der östreichischen Monarchie war jetzt noch im offenen Aufstande gegen den Kaiser begriffen und deshalb weder hier noch dort vertreten: die italienischen Provinzen. Aber auch hier wandte sich das Glück den kaiserlichen Waffen zu und zerstörte grausam die Hoffnungen, deren Erfüllung die Patrioten der Halbinsel eine Zeitlang schon ganz gesichert gewähnt hatten.

Ministerium Wessenberg.

Die Reichstage in Wien und Pesth.

Oestreich und die italienische Revolution.

Unruhen in Mailand.

Die allgemeine Gährung, die während der letzten Jahre Italien ergriffen hatte, war auch in der Lombardei sichtbar genug hervorgetreten. Seit dem Beginn des Jahres 1848 verging in Mailand und den anderen großen Städten fast kein Tag ohne irgend eine Reiberei zwischen den Bürgern und den östrei-

mittlerweile sich seiner Regentenbefugnisse fast vollkommen begeben. Während in Ungarn und den zugehörigen Ländern der Erzherzog-Palatin unbeschränkte Vollmachten schon seit dem April besaß, erhielt am 16. Juni für die Länder der westlichen Reichshälfte der Erzherzog Johann die gleiche Stellung; denn unermüdlich hatte das Ministerium Pillersdorf von Wien aus und durch zwei seiner Mitglieder, die beim Kaiser in Innsbruck verweilten, Doblhoff und Baron Wessenberg, vorgestellt, wie nur die Rückkehr des Monarchen oder die Ernennung eines Erzherzogs zum Vertreter desselben in Wien der dortigen Verwirrung ein Ende machen könne. Auch leuchtete es von selbst ein, wie gefährlich es werden müsse, den constituirenden Reichstag, dessen Zusammentritt bevorstand, sich selbst und den wiener Wortführern zu überlassen. Erzherzog Johann freilich hatte weder großes Verlangen nach dem ihm übertragenen Posten gezeigt, noch erwies er sich als demselben gewachsen. Wenige Tage nach seiner Ankunft in Wien sah er sich schon genöthigt, dem Bürgerausschuß das Ministerium Pillersdorf zum Opfer zu bringen. Am 8. Juli ward es durch ein Cabinet Wessenberg ersetzt, in welchem allerdings — und zwar gegen den Willen des Bürgerausschusses — der Finanzminister Kraus und der Kriegsminister Latour verblieben, Pillersdorf hingegen, Sommaruga und Baumgartner im Ministerium des Inneren, des Unterrichtes und der öffentlichen Arbeiten durch Bach, Schwarzer und Hornboſtl ersetzt wurden, so daß die Radicalen, zu denen auch Doblhoff gehörte, die Mehrheit hatten. Die Bestätigung dieses Ministeriums verzögerte sich einige Tage, weil Erzherzog Johann zwischendurch nach Frankfurt reiste, um dort sein Amt als Reichsverweser anzutreten. Nach seiner Rückkehr eröffnete er am 22. Juli den Reichstag, der für die deutsch-slawischen Länder eine neue Verfassung ausarbeiten sollte, während gleichzeitig — schon seit dem 2. Juli — in Pesth die Vertreter der östlichen Reichshälfte versammelt waren. So schien sich eine gewisse Beruhigung überall wieder einzustellen. Nur ein Theil der östreichischen Monarchie war jetzt noch im offenen Aufstande gegen den Kaiser begriffen und deshalb weder hier noch dort vertreten: die italienischen Provinzen. Aber auch hier wandte sich das Glück den kaiserlichen Waffen zu und zerstörte grausam die Hoffnungen, deren Erfüllung die Patrioten der Halbinsel eine Zeitlang schon ganz gesichert gewähnt hatten.

Ministerium Wessenberg.

Die Reichstage in Wien und Pesth.

Oestreich und die italienische Revolution.

Unruhen in Mailand.

Die allgemeine Gährung, die während der letzten Jahre Italien ergriffen hatte, war auch in der Lombardei sichtbar genug hervorgetreten. Seit dem Beginn des Jahres 1848 verging in Mailand und den anderen großen Städten fast kein Tag ohne irgend eine Reiberei zwischen den Bürgern und den östrei-

chischen Soldaten oder Beamten. Den Anlaß dazu boten meistens die Spottreden und Belästigungen, mit welchen die Italiener Jeden verfolgten, der sich mit brennender Cigarre öffentlich sehen ließ, und dadurch den Plan der Patrioten durchkreuzte, die durch Enthaltung vom Taback und Lottospiel den Staat in zwei seiner ergiebigsten Einnahmequellen zu schädigen gedachten. Wiederholt hatte bei solchen Gelegenheiten das Militär von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht, und das geschäftige Gerücht unterließ nicht, die Zahl der Getödteten und Verwundeten beträchtlich zu übertreiben. Dem militärischen Oberbefehlshaber in dem Königreiche, dem Grafen Radetzky, fehlte es trotz seiner 82 Jahre nicht an kräftiger Entschlossenheit; warnend verkündigte er durch Generalbefehl vom 18. Januar, daß er gegen jeden Feind von außen oder innen bereit stehe. Aber lauter als diese Mahnungen schlugen an das Ohr der Lombarden die Nachrichten, die aus Sicilien den Aufstand in Palermo und die Räumung der Insel, aus Neapel die Ernennung liberaler Minister und das Versprechen einer Verfassung und bald auch aus den anderen Hauptstädten der Halbinsel die Einwirkung dieser Ereignisse und ihre gleichartigen Folgen meldeten. Unmöglich konnte ja in Turin, in Rom und Florenz, wo die Regierungen im bedächtigen Vorschreiten auf der Bahn vorsichtiger Besserungen begriffen waren, der plötzliche Umschwung in Neapel spurlos vorübergehen; unmöglich konnten die Liberalen es hier sich gefallen lassen, mit einem Male an Erfolgen von ihren süditalienischen Parteigenossen überholt zu werden. In Turin ergriffen zuerst die Vertreter der Presse das Wort. Den Grafen Cavour an der Spitze erbaten sie vom Könige am 5. Februar eine Verfassung; die städtischen Behörden von Turin schlossen sich der Forderung an; dasselbe Verlangen ertönte im ganzen Lande. So entschloß sich Carl Albert, bereits am 8. ein Grundgesetz zu verkünden, aus dem durch eine Umarbeitung die am 5. März veröffentlichte Verfassung hervorging. Der Großherzog von Toscana wartete nun auch nicht länger und gab seinen Unterthanen am 11. Februar eine Constitution. Nicht so leicht wurde es bei den schwierigen Verhältnissen des Kirchenstaates dem Papste, ähnlichen Forderungen nachzukommen; indeß bewilligte er doch als Abschlagszahlung sofort den Eintritt von drei Laien in das Ministerium, und verdoppelte diese Zahl sogar, als im Laufe des Monats die Bewegung stieg. Den Vorsitz im Cabinet übertrug er am 10. März dem Cardinal Antonelli; unter den Laien waren Farini und der Kriegsminister Durando die bedeutendsten. Das Grundgesetz für die weltliche Regierung des Kirchenstaates, welches vier Tage später erschien, ordnete eine Volksvertretung in zwei Kammern an, beließ aber außerdem auch das Cardinals-Collegium unter dem Namen eines Senates als politische Körperschaft. Das drohende Gespenst der Republik, welches durch die Entwickelung in Frankreich auch den italienischen Fürsten nahe

Das übrige Italien.

genug trat, machte sie äußerst gefügig gegen alle Aeußerungen der Volkswünsche. In Neapel zeigte sich das in sehr nachtheiliger Weise in den häufigen Ministerveränderungen. Auch den Sicilianern gegenüber ging König Ferdinand bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit. Ruggiero Settimo, der Präsident der revolutionären Regierung, wurde von ihm am 6. März als Statthalter und seine Collegen als Minister für Sicilien bestätigt. Aber die Forderungen der Insulaner gingen auf völlige Trennung ihres Landes von dem festländischen Königreiche; nur darin wollten sie der bisherigen Verbindung etwa noch Rechnung tragen, daß sie einen jüngeren Sohn des Königs zum Herrscher anzunehmen bereit waren. Einem so ausschweifenden Verlangen versagte selbst Lord Palmerston seinen Beifall, und Lord Minto, der noch immer in außerordentlicher Sendung Italien durchreiste, begab sich mit einer englischen Flotte nach Palermo, um die Führer der Bewegung zur Mäßigung zu veranlassen. Alles, was er erreichte, war, daß sie sich zu einer Personal-Union, etwa gleich der zwischen Schweden und Norwegen, verstanden, ein Anerbieten, auf das König Ferdinand nicht wohl anders als durch eine unbedingte Ablehnung antworten konnte, was er am 22. März auch that. Das Gewicht, welches Neapel bei der Gestaltung Italiens in die Wagschale zu werfen hatte, wurde durch diesen Zwiespalt zwischen den beiden Hälften des Reiches natürlich sehr gemindert, während die Bedeutung Sardiniens und des Königs Carl Albert in demselben Maße stieg. Ueberdies rückte auch die geographische Lage das norditalienische Königreich, den unmittelbaren Grenznachbar Oestreichs, in den Vordergrund des politischen Interesses. Wenn die Lombarden den Vorgängen auf der ganzen Halbinsel mit ängstlicher Spannung folgten, so lauschten sie doppelt aufmerksam über den Tessin hinüber, sowie sie andererseits von dort aus auf das sorgsamste beobachtet wurden. Während in den letzten Tagen des Februar Carl Albert mit seinen Unterthanen eine Reihe großartiger Volksfeste zu Ehren der neuen politischen Gestaltung feierte, wurde in der Lombardei und Venetien am 22. Februar das Standrecht verkündigt, und ein Beobachtungscorps von 12,000 Mann, das Radetzky an der Grenze aufstellte, lehrte genugsam, wessen man sich in Mailand von dem Nachbar versah. Gleichwohl trug Carl Albert gerechtes Bedenken, sich vorschnell in ein gefährliches Unternehmen einzulassen und auch das nationalgesinnte Ministerium, das Cesare Balbo am 8. März bildete, wies die Hülferufe der flüchtigen Lombarden vorsichtig zurück. Erst mußten diese selbst den Beweis liefern, daß es ihnen Ernst mit dem Abfall von Oestreich sei, ehe sie Ermuthigung und Beistand von Turin erwarten konnten. So lagen die Verhältnisse, als die wiener Märzrevolution die Metternich'sche Herrschaft zu Fall brachte.

Sardinien und Oestreich.

Revolution in Mailand.

Kaum waren die ersten Nachrichten von diesem Ereignisse am Abend des 17. März in Mailand bekannt geworden, so gingen

die Patrioten ans Werk. In geheimen Versammlungen wurden die Männer erkoren, welche an die Spitze treten sollten, in erster Linie der Bürgermeister der Stadt, Graf Casati. Maueranschläge mit weitgehenden, wenn auch loyalen politischen Forderungen, steigerten die Erregung. Am Morgen des 18. begab sich ein Volkshaufe in den Palast des Vice-Statthalters O'Donnell, zwang ihn, den städtischen Behörden seine Vollmacht zu übertragen, und nahm ihn gefangen. Wenige Stunden zuvor hatte O'Donnell noch an Radetzky das Ersuchen gerichtet, die Aufregung doch ja nicht durch Entwickelung militärischer Kräfte zu erhöhen. Radetzky hatte ihm widerwillig bis dahin gewillfahrt. Jetzt zog er sofort seine Streitkräfte, die aus etwa 10,000 Mann bestanden, zusammen und ein erbitterter Straßenkampf begann. Trotz einzelner Vortheile, die sie errangen, vermochten die Truppen aber weder an diesem Tage noch am 19. März den Sieg zu gewinnen; Radetzky änderte in Folge dessen seinen Plan, zog die Soldaten in der Nacht zum 20. aus der Stadt heraus und schickte sich an, diese zu beschießen. Auch von diesem Vorhaben aber stand er ab, als ihm von allen Seiten die Nachricht zulief, daß auch in den anderen Städten der Aufstand ausgebrochen sei. Da obendrein der Einmarsch der Piemontesen nach seiner Meinung jeden Tag erfolgen konnte, hielt er es für unerläßlich, sich auf Verona und Mantua zurückzuziehen, ehe auch diese Vesten gefallen und so der Rückzug ihm verlegt sei. Schon am 22. März trat er den Marsch gegen den Mincio an und erreichte glücklich, ehe es zu spät war, die beiden schon bedrohten Waffenplätze, deren schwache Besatzungen sich nicht mehr lange hätten halten können. Denn durch das ganze Land hatte sich mit unglaublicher Schnelligkeit die Erhebung verbreitet und überall fast über die bestürzten östreichischen Generale einen schnellen Sieg davongetragen. Selbst in Venedig wich der Befehlshaber, Graf Zichy, kraftlos dem Andrängen der Patrioten, an deren Spitze der Advocat Manin stand. Schon am 22. wurde die Stadt geräumt und am 23. durch Manin die Republik des heiligen Marcus erneuert. Auch über die Grenzen des östreichischen Königreiches griff die Bewegung hinüber; aus Modena flüchtete der Herzog sich am 20. März nach Mantua; in Parma sagte sich der Herzog von dem östreichischen Bündniß los, verhieß eine Verfassung und mußte trotzdem zu Anfang April fliehen; in Toscana erklärte schon am 21. der Großherzog, die Stunde der Wiedergeburt sei gekommen, und erlaubte seinen Soldaten und Freiwilligen, den Lombarden zu Hülfe zu eilen. Selbst in Rom und Neapel verlangte die Volksstimme mit solchem Ungestüm den Krieg gegen Oestreich, daß die Regierungen sich dieser Forderung nicht entziehen konnten. Schon am 24. März marschirte das päpstliche Heer unter der Führung Durandos an die Nordgrenze des Kirchenstaates und der Papst ertheilte den Ausziehenden seinen Segen. Wenige Tage darauf folgten 14,000 Neapolitaner, von Wilhelm Pepe geführt, dem Revolutionär von 1820. Vergeblich

Radetzkys Rückzug.

Die Republik Venedig.

Das übrige Italien.

stellte selbst der englische Gesandte dem König Ferdinand vor, daß er ja gar keinen Grund zum Krieg mit Oestreich habe und durch die Beförderung von Freiwilligen — die auf Staatskosten dem Heere über Livorno vorauseilten, ohne daß doch schon der Krieg erklärt war — das Völkerrecht verletze. Der König, der sich mit einem Male „als Italiener und Soldat" fühlte, beharrte auf seinem Willen, nicht zum wenigsten wohl deshalb, weil er Carl Albert das Feld nicht allein überlassen wollte. Auch bei diesem hatte Lord Palmerston es nicht an Ermahnungen zum Frieden fehlen lassen, aber nur mit kurzem Erfolg. Während der lombardische Graf Arese noch am 20. März ohne Hoffnung auf Hülfe Turin verlassen mußte, beschloß der Ministerrath am 23. den Einmarsch in die Lombardei, der denn auch mit solcher Schnelligkeit vollzogen wurde, daß am 26. bereits die ersten Piemontesen in Mailand standen. In seinen Ansprachen verkündigte Carl Albert, daß jetzt die Zeit gekommen sei, wo Italien sich selber helfen werde (L'Italia farà da se); nicht zum Voraus wolle er sich Zugeständnisse ausbedingen, sondern den Lombarden, Parmesanen und Modenesen volle Freiheit lassen, nach Erringung des sicheren Sieges über sich selbst zu bestimmen. Bis gegen den Mincio hin fanden die sardinischen Truppen keinen nennenswerthen Widerstand; auch den Uebergang über diesen Fluß, der ihnen am 8. April bei Goito bestritten wurde, erzwangen sie noch in vierstündigem Gefecht, bei dem sich der Bersaglieri-Oberst La Marmora besonders auszeichnete. Damit hatte jedoch das Vorrücken ein Ende; die Angriffe auf Peschiera und Mantua, die im zweiten Drittel des April stattfanden, scheiterten völlig und liefen in eine bloße Einschließung aus, an der sich vor Mantua etwa 10,000 Mann aus Toscana und den Herzogthümern betheiligten. Nördlich von Verona drangen die Italiener durch das Gefecht von Pastrengo am 30. April zwar bis an die Etsch vor und hoben die Verbindung jener Festung mit Tyrol auf; aber mehr, als dadurch gewonnen wurde, ging bei dem Hauptheere durch die Schlacht von Santa Lucia am 6. Mai verloren. Mit großer Tapferkeit hatte das piemontesische Centrum dieses auf dem Bergrande des rechten Etsch-Ufers eine halbe Stunde von Verona gelegene Dorf genommen; allein um so härter waren die beiden Flügel bedrängt, deren Vernichtung nur durch rechtzeitigen Rückzug abgewendet wurde. Seit diesem Tage, an dem die östreichischen Erzherzöge Franz Joseph und Albrecht die Feuertaufe erhielten, verzichteten beide Heere für etwa drei Wochen auf jeden Angriff.

Einmarsch der Piemontesen.

Treffen bei Goito.

Pastrengo.

Santa Lucia.

Die Lombardei.

Politisch war diese Pause für die Italiener höchst nachtheilig. In der Lombardei hatte die republikanische Partei Zeit, sich zusammen zu finden und gegen die Vereinigung mit Piemont zu wühlen. Mazzini erschien selbst an Ort und Stelle, und seinen Gesinnungsgenossen war die Unthätigkeit Carl Alberts, der nicht einmal fähig sei, den schon besiegten Oestreichern den letzten Stoß

zu geben, ein unerschöpfliches Thema für ihre Volksreden. Und dabei geschah doch von ihrer Seite Nichts, was eine kräftige Kriegführung hätte ermöglichen können. Der Zuwachs, welchen das sardinische Heer aus der Lombardei durch Freiwillige und mittelst der Aushebung erhielt, war gering an Zahl und noch geringer an Brauchbarkeit. Bedenklicher noch war es, daß in diesen Wochen auch die übrigen italienischen Fürsten anfingen, sich von der nationalen Sache zurückzuziehen. Die sardinische Politik war daran nicht ohne Schuld. Durch freiwillige Abstimmungen, die in Modena und Parma veranstaltet wurden und große Mehrheiten für die Vereinigung mit Piemont ergaben, erweckte sie die Eifersucht und den Neid der anderen Fürsten und steigerte die argwöhnische Furcht derselben noch durch die Weigerung, Abgesandte zu einem Congreß zu schicken, der in Rom unter des Papstes Vorsitz die Grundzüge eines italienischen Bundes feststellen sollte. Den Großherzog von Toscana mußte es insbesondere noch erbittern, daß Carl Albert einzelne Theile Parmas, die sich für den Anschluß an Toscana ausgesprochen hatten, militärisch besetzen ließ, also nicht einmal diese kleinen Striche dem Nachbar gönnte. Der Papst sah mit großem Mißfallen, daß sein General Durando, den er übrigens angewiesen hatte, mit Carl Albert zusammen zu wirken, am 21. April wirklich über den Po ging und erst vor Mantua Stellung nahm, dann aber durch das Venetianische gegen den Piave rückte, um den nahenden östreichischen Verstärkungen unter Nugent den Weg zu verlegen. Den bitteren Empfindungen, mit welchen Pius diese entscheidende That begleitete, machte er Luft in einer Allocution, die er am 29. April an die Cardinäle richtete, und in der er weit die Absicht von sich wies, Oestreich den Krieg zu erklären, da es vielmehr seines Amtes sei, alle Völker mit gleicher väterlicher Liebe zu umfassen. Aber Handlungen entsprachen Dank den lebhaften Kundgebungen der Römer diesen Worten nicht. Vielmehr war die nächste Folge der päpstlichen Allocution der Rücktritt des bisherigen Ministeriums und seine Ersetzung durch ein noch liberaleres unter dem Vorsitz des Grafen Mamiani, der Farini in das Hauptquartier Carl Alberts sandte und die römischen Truppen förmlich dem Befehle des Königs unterstellen ließ. Die moralische Wirkung der Allocution blieb trotzdem eine sehr bedenkliche, und je höher der Papst bis dahin als der Vorkämpfer der italienischen Unabhängigkeit in den Augen der Nation gestanden hatte, um so mehr mußte es jetzt alle Patrioten verwunden und alle Reactionäre erfreuen, daß er so unverhohlen seine Sache von der seines Volkes trennte.

Die sardinische Politik.

Der Papst.

Der König von Neapel ging noch einen starken Schritt weiter als der Papst. Zum 15. Mai hatte er das Parlament berufen, welches die Verfassung vom 10. Februar durchberathen sollte. Trotz der Veränderungen, denen sie dabei noch ausgesetzt war, lag es im Plane, sie vorher von dem Könige so gut wie von den

Neapel.

Abgeordneten beschwören zu lassen. Dahinter erblickten nun die Radicalen eine List, deren Zweck sei, jede Verbesserung des Entwurfes zu verhindern; und obgleich der König viel Entgegenkommen zeigte, und Vorbehalte im Sinne der Abgeordneten bei der Eidesleistung zu gestatten bereit war, so wußten die Parteiführer das Volk dergestalt aufzuregen, daß es Barrikaden erbaute und die Regierung zwang, die Truppen zusammen zu ziehen. Wirklich Gewalt anzuwenden lag deshalb keineswegs in Ferdinands Absicht und noch weniger wollte die Versammlung es zum Bruche treiben. Aber mächtiger als beide erwiesen sich die hetzenden Republikaner. Als die Truppen eben aus den besetzten Straßen in ihre Casernen zurückgeschickt wurden, fielen von einer Barrikade ein paar scharfe Schüsse, die der Pöbel mit lautem Beifall begrüßte. Nun blieb auch das Militär die Antwort nicht schuldig, und binnen kürzester Frist war der Kampf allgemein. Das Ministerium wollte die Verantwortlichkeit dafür nicht übernehmen und zog sich zurück; Ferdinand aber glaubte sich jetzt in seinem Rechte und ertheilte persönlich die nöthigen Befehle. Nach einem heißen Kampfe — die Gesammtzahl der Opfer auf beiden Seiten belief sich auf etwa tausend — blieben die Truppen Sieger, die Volksvertretung wurde, als ob sie mitschuldig gewesen, aufgelöst und ein immer noch liberales, aber doch gemäßigtes und vor Allem particularistisch-neapolitanisches Ministerium (Cariati-Bozzelli) eingesetzt. Die bedeutsamste Folge dieses Wechsels war, daß Pepe den Befehl erhielt, mit seinen 14,000 Mann sofort zum Schutze Neapels zurückzukehren; zwar entschloß sich der Führer selbst nach längerem Schwanken, nicht zu gehorchen, und etwa 1500 Mann, darunter einige tüchtige Offiziere wie Cosenz, folgten seinem Beispiel; aber der Haupttheil des Heeres kam der Weisung nach, und Carl Albert verlor grade um die Zeit, wo Radetzky große Verstärkungen bekam und sich zu einem entscheidenden Schlage rüstete, diesen Zuzug, auf den er sicher gerechnet hatte.

Diplomatische Verhandlungen.

Radetzky aber zögerte um so weniger, die Gunst des Augenblickes zu benutzen, als er mit Besorgniß und Unwillen die Nachgiebigkeit bemerkte, zu welcher das wiener Ministerium neigte. Wirklich war dasselbe entschlossen, schlimmsten Falls die ganzen italienischen Besitzungen fahren zu lassen und nur einen Theil der drückenden Staatsschuld auf sie abzuwälzen; gelang es, etwa Venetien mit der Mincio-Linie zu retten, so schien das schon ein großer Gewinn; und vollends die Möglichkeit, durch die Gewährung der reinen Personal-Union die Lombarden zu befriedigen, galt für gar kein Opfer mehr. Mit diesem letzten Vorschlag versuchte man es also zuerst. Am 10. April reiste Graf Hartig mit außerordentlicher Vollmacht von Wien ab und gab durch einen Aufruf vom 19. den Italienern die kaiserlichen Zugeständnisse kund; schon einige Tage früher hatte der Minister des Auswärtigen, Ficquelmont, das englische Cabinet um seine Vermittlung

gebeten. Aber der Wirrwar in Wien und der günstige Stand der italienischen Sache im Monat April veranlaßten sowohl England wie die Italiener, die östreichischen Vorschläge kurzweg abzulehnen. Beachtenswerth fand man es erst, als sie die Abtretung der Lombardei zugestanden, ein Anerbieten, mit dem Baron Hummelauer am 14. Mai nach London geschickt wurde. Auch jetzt aber spielte Lord Palmerston noch den Spröden und suchte wenigstens ein Stück von Venetien für Carl Albert auszubedingen; denn Oestreichs Ohnmacht galt ihm für so zweifellos, daß er nur nach dessen Seite und nicht auch nach der italienischen hin zu drücken für nöthig fand. Um so dankenswerther mußte der Beweis sein, daß der Kaiserstaat doch noch im Stande sei, es mit seinem Gegner aufzunehmen.

Der Kriegsschauplatz.

Wochenlang hatte Radetzky darauf gewartet, daß ihm endlich Graf Nugent das Hülfsheer von reichlich 20,000 Mann zuführe, das im Friaul sich gesammelt hatte. Langsam war dasselbe über den Piave vorgedrungen, hatte Durando und La Marmora, der im Venetianischen den Oberbefehl führte, zurückgetrieben, und erst als Nugent erkrankte und durch den Grafen Thurn ersetzt wurde, einen schnelleren Schritt eingeschlagen, so daß es am 22. Mai mit Radetzky Fühlung gewann. Dieser raffte sofort Alles, was vor Verona entbehrlich schien, etwa 40,000 Mann, zusammen und zog damit an der italienischen Front entlang nach Mantua, wo er am 28. eintraf. Am Morgen des nächsten Tages fiel Fürst Felix Schwarzenberg aus der Festung aus und verjagte die Toscanesen, welche westlich davor lagen, in schwerem Kampf aus Curtatone; dann machte das Heer eine Rechtsschwenkung nach Norden und griff mit seinem rechten Flügel am 30. Goito an, während der linke die Straße nach Brescia abschneiden und so den Feind zwischen Mincio und Etsch einschließen sollte. Allein so vortrefflich der Plan auch war, so mißlang er doch. Trotz aller Tapferkeit war Benedek nicht im Stande, Goito zu nehmen und mußte sich Abends wieder zurückziehen; daß obendrein an demselben Tage Peschiera aus Mangel an Lebensmitteln sich ergab, vereitelte das ganze Vorhaben. Radetzky aber ließ sich nicht entmuthigen, sondern schritt sofort zu einem neuen Unternehmen. Mit großer Schnelligkeit ließ er den größten Theil seines Heeres über Mantua und Legnago auf Vicenza losrücken, griff hier mit doppelter Uebermacht am 10. Juni den General Durando und seine 16,000 Mann starken Truppen an, warf sie nach schweren Kämpfen in die Stadt hinein, und zwang sie am nächsten Tage zur Capitulation, indem er ihnen gegen das Gelöbniß dreimonatlicher Neutralität freien Abzug in den Kirchenstaat zugestand. Sein linker Flügel unter Welden vollendete darauf die Unterwerfung des Friaul, während der rechte unter Thurn weniger erfolgreiche Streifzüge in Südtyrol machte, und der Marschall selbst auf's Neue seine Stellung in Verona einnahm.

Wiederbeginn des Kampfes.

Peschiera.

Vicenza.

Unter diesen Umständen konnte im östreichischen Hauptquartier

Neue Verhandlungen.

natürlich keine Neigung herrschen, einen Waffenstillstand mit dem Feinde abzuschließen, wie es von Innsbruck aus und von dem neuen Minister des Auswärtigen, Baron Wessenberg, befohlen wurde. Den Wiedererwerb der Lombardei faßten die östreichischen Staatsmänner, als ob er doch unmöglich sei, gar nicht mehr ins Auge; aber sie hätten gern die Vereinigung des Landes mit Piemont verhindert. Darin trafen sie zusammen mit den Wünschen der französischen Regierung, deren Minister des Auswärtigen, Bastide, offen heraus sagte, daß nur die Republiken Mailand und Venedig Anspruch auf französischen Schutz hätten. England hingegen zog grade deshalb, weil es in Oberitalien eine Mauer gegen Frankreich zu errichten wünschte, die Verschmelzung der Lombardei mit Carl Alberts Königreiche vor. Wenn es dadurch in einen starken Gegensatz zu den Interessen Oestreichs trat, so lag für Wessenberg der Gedanke nahe, die Vermittlung, die Hummelauer nachgesucht und Palmerston am 3. Juni angenommen hatte, nachträglich unter geeigneten Formen abzulehnen und sich unmittelbar an die vorläufige Regierung in Mailand zu wenden. Er entsandte zu diesem Zwecke am 13. Juni den Herrn von Schnitzer und bot einen Waffenstillstand sowie — gegen Uebernahme eines Theiles der Staatsschuld — die völlige Unabhängigkeit der Lombardei an. Allein die vorläufige Regierung war gar nicht mehr in der Lage, auf diese Vorschläge einzugehen.

Anschluß der Lombardei an Piemont.

Am 29. Mai war nämlich in der ganzen Lombardei die Abstimmung beendet worden, welche mit ungeheuerem Uebergewicht (560,000 gegen kaum 700 Stimmen) den unverweilten Anschluß an Piemont entschieden hatte. Zwar stand die Genehmigung des turiner Parlamentes noch aus — sie erfolgte erst am 27. Juni —, aber Carl Albert hatte doch angenommen, und jedenfalls war die mailänder Regierung gebunden. Graf Casati lehnte also am 18. Juni Schnitzers Eröffnungen ab. Gewandt genug stellte er dabei in den Vordergrund die Erklärung, daß die Unabhängigkeit

Anschluß Venetiens.

der Lombardei nicht genüge, daß auch Venetien von Oestreich aufgegeben werden müsse. Den Venetianern aber wurde durch diese Vorgänge recht nachdrücklich vor die Seele geführt, daß sie der am meisten gefährdete Theil seien, eine Lehre, deren Ernst durch den Fall von Vicenza und durch Weldens Erfolge noch eindringlicher wurde. Auch dem glühendsten Republikaner konnte doch darüber kein Zweifel bleiben, daß trotz aller schönen Worte der französischen Staatsmänner Venedig zuletzt das Eigenthum des Siegers, also der Oestreicher oder Carl Alberts, werden müsse. Klugheit und Patriotismus geboten also gleichmäßig, Alles zu thun, um den Letzteren — dessen Herrschaft doch schlimmsten Falls das kleinere Uebel war — zu unterstützen, mit anderen Worten, den Anschluß an Sardinien nach Mailands Vorgang auszusprechen. So schwer dies Manin und seinen Genossen auch wurde, so fügten sie sich doch der Nothwendigkeit und beriefen zum 3. Juli eine Landesversammlung, die mit 127 gegen

6 Stimmen die Vereinigung mit dem norditalienischen Königreiche beschloß.

Alles das schob die Gedanken an einen friedlichen Ausgleich in blaue Ferne; aber auch Radetzky that das Seine, um dieselben aus der Welt zu schaffen. Fürst Felix Schwarzenberg mußte aus dem Hauptquartier nach Innsbruck reisen und vorstellen, daß eine Verstärkung der italienischen Armee weit mehr in Oestreichs Interesse sei als Waffenstillstandsanerbietungen. Er konnte diese Vorstellungen mit dem Hinweis auf die Einnahme von Vicenza unterstützen und fand zudem einen kräftigen Beistand in der öffentlichen Meinung in Deutsch-Oestreich, die von keinem Verzicht wissen wollte, und an dem erhöhten Selbstbewußtsein, das Windischgrätzens Sieg in Prag auch den Regierungskreisen einflößte. Die Vermittlungs- und Friedensgedanken wurden aufgegeben und Radetzky erhielt freie Hand. Doch war nicht er es, der die zweite Pause in der Kriegführung, die seit dem 10. Juni eingetreten war, beendete, sondern Carl Albert eröffnete am 12. Juli von Neuem den Kampf. Während er die eine Hälfte seines Heeres unter General Sonnaz um Peschiera stehen ließ, rückte er mit der anderen unter Bava gegen Mantua und umzingelte diese Festung; nur schwache Truppentheile verbanden die beiden Hälften. Dies machte sich Radetzky zu Nutze. Ohne großes Gewicht darauf zu legen, daß Carl Albert ihm am 18. den Mincio-Uebergang bei Governolo (nahe der Mündung des Flusses) entriß, beschloß er, für den 23. einen Stoß in das kraftlose Centrum des Feindes. Begünstigt von einem furchtbaren Unwetter rückte er in der Nacht von Verona gegen Sommacampagna vor und warf den Feind in lebhaftem Gefechte nordwestlich auf Peschiera zurück, während er selbst bis an den Mincio vordrang und in der Nacht zum 24. bei Salionze Brücken schlug. Dadurch war die piemontesische Armee zerrissen; nur auf dem westlichen Mincio-Ufer konnte die Verbindung ohne Gefahr wiederhergestellt werden. Sonnaz schlug diesen Weg ein und eilte südwärts gegen Goito Carl Albert entgegen; dieser hingegen wollte voll Ungestüm die Oestreicher durch directen Angriff aus ihren neuen Stellungen werfen und stürmte am 24. von seinem Lager vor Mantua nordwärts. Ein erster Triumph war ihm beschieden; bei Custozza stießen die Seinen auf die Brigade Liechtenstein, die Radetzky von Legnago her herbeigerufen hatte, brachten dieser die schwersten Verluste bei und bemächtigten sich des Höhenzuges von Sommacampagna bis Custozza. In Folge dessen standen die beiden Heere in der wunderlichsten Ordnung einander gegenüber, Radetzky bei Valeggio an den Mincio gelehnt, mit der Front gegen Südost, das feindliche Peschiera hinter sich; Carl Albert mit dem Rücken gegen Mantua, durch den Mincio von Sonnaz getrennt, mit der Front nach Nordwesten. Er hatte nur 20,000 Mann zur Verfügung, der Feind gebot über 35,000. So begann am 25. Juli die Schlacht bei Custozza. Wäre es

Wiederbeginn des Kampfes.

Custozza.

dem Könige gelungen, Valeggio zu nehmen und so die Verbindung mit Sonnaz herzustellen, so hätte der Sieg sich auf seine Seite neigen mögen. Aber alle Anstrengungen waren vergebens; vergebens auch war es, daß auf dem rechten Flügel bei Sona der Herzog von Genua und im Centrum bei Custozza sein Bruder, der Kronprinz Victor Emanuel, heldenmüthig fochten; der gewaltigen Uebermacht erlagen sie und gegen Abend mußte der Rückzug über Villafranca auf Goito angetreten werden. Er vollzog sich in guter Ordnung und die Verluste waren nur mäßig, geringer als die der Oestreicher, angeblich kaum 900 Mann, gewesen. Trotzdem war es eine unzweifelhafte Niederlage und als der Mincio überschritten wurde, zeigten sich schon die Anfänge der Entmuthigung. Ein verhängnißvoller Fehler am nächsten Tage vergrößerte das Unglück. Um Radetzky, der bei Valeggio den Fluß überschritten hatte, zu verhindern, den Rücken der Italiener zu bedrohen, erhielt Sonnaz Befehl, das nördlich von Goito gelegene Volta zu nehmen. In einem furchtbaren Straßenkampfe in der Nacht zum 27. Juli suchte er diese Aufgabe zu lösen, und scheiterte daran. Dies gab der entkräfteten Armee den Rest; der Rückzug artete in völlige Flucht aus; auch der tüchtige Bava, dem Carl Albert jetzt den Oberbefehl übergab, konnte ihr kein Halt gebieten. Ein Gesuch um Waffenstillstand mit dem Oglio als Trennungsmarke wies Radetzky mit der Forderung der Adda-Linie zurück; diese anzunehmen oder über den Po zu gehen, durfte Carl Albert aus politischen Gründen nicht wagen. Unaufhaltsam ging deshalb die Flucht bis Mailand zurück; in der Frühe des 3. August traf der König dort ein, den feindlichen Vortrab auf den Fersen. Und auch hier konnte von einer längeren Vertheidigung nicht die Rede sein; denn Nichts war für diesen Fall vorgesehen. Zwar suchte das Volk mit Gewalt den König an Verhandlungen zu hindern; in seinem Palaste wurde er belagert und mit dem Tode bedroht; bis zum Aeußersten wollte man Widerstand leisten und lieber unter den Trümmern der Stadt zu Grunde gehen. Aber die Macht der Thatsachen war größer als der Ungestüm des Volkes. Schon am 5. August wurde die Uebergabe der Stadt vereinbart und in der Frühe des 6. verließ der „Verräther" unter allgemeinen Verwünschungen mit seinen Truppen die Stadt, in seinem Gefolge gegen 60,000 Einwohner, welche die Rache des Feindes zu fürchten hatten. In den Alpenthälern wurde der Kampf von den Freiwilligenschaaren noch einige Wochen fortgesetzt; besonders Garibaldi, der seit Ende Juni aus Südamerika zurückgekehrt die Seele des Volkskrieges war, hielt sich tapfer zwischen dem Langen und dem Comer-See, bis ein unglückliches Treffen bei Murazzone am 26. August ihn zur Flucht nach Tessin zwang. Carl Albert dagegen schloß schon am 9. August in Vigevano als Einleitung zum Frieden einen Waffenstillstand auf 45 Tage mit General Heß, dem Generalstabschef Radetzkys, ab, und verpflichtete sich, nicht bloß die Lom-

Der Rückzug.

Räumung von Mailand.

Garibaldi.

Waffenstillstand von Vigevano.

bardei, sondern auch Parma, Modena und Venedig zu räumen. Das piemontesische Ministerium, das unter dem Vorsitz des Mailänders Casati am Tage von Custozza gebildet war und neben dem Venetianer Paleocapa auch Gioberti zu seinen Mitgliedern zählte, weigerte sich, diesen Schritt des Königs zu billigen und machte einem neuen Cabinet unter dem Vorsitze Revels Platz. Damit erlosch auch das Hülfegesuch, welches Pareto, der bisherige Minister des Aeußern, am 5. nach Paris gerichtet hatte. Die Geneigtheit, darauf einzugehen, war bei der französischen Regierung nicht eben groß gewesen; die Truppen, die zu ihrer Verfügung standen, waren nur gering an Zahl; die Möglichkeit eines Krieges am Rheine mußte sehr in Erwägung gezogen werden, und vor Allem, die Republikaner empfanden gar keine Neigung, dem gehaßten Carl Albert die Lombardei zu erobern. Viel eher waren sie geneigt, den flehenden Bitten der Mailänder und Venetianer zu willfahren und für die Unabhängigkeit dieser beiden „Nationalitäten", vorausgesetzt, daß sie sich republikanisch einrichten würden, einzutreten. Allein ihr Hauptaugenmerk dabei blieb doch, nicht allzuviel zu wagen und sich nicht gar zu weit von England zu trennen. Mit diesem gemeinsam versuchten sie also, Oestreich zur Nachgiebigkeit zu bestimmen, oder vielmehr es bei seinen früheren Zugeständnissen festzuhalten. Den Verhandlungen, die deshalb gepflogen wurden, können wir indeß erst später unsre Aufmerksamkeit zuwenden, und verlassen Italien in diesem Zustande der unsicheren Ruhe, um zunächst die Lage Frankreichs zu betrachten. Politische Lage.

Die Befestigung der französischen Republik.

Der Vollziehungs-Ausschuß unter Aragos Vorsitz, welcher von der constituirenden Versammlung wenige Tage nach ihrem Zusammentritt am 10. Mai erwählt worden war, erfreute sich von vornherein nicht des Beifalls der Radicalen und der Socialisten, deren unverrücktes Ziel es blieb, ihn zu stürzen und die Versammlung zu sprengen. Dem ersten Versuche in dieser Richtung sollte die weitverbreitete Theilnahme für Polen zum Vorwande dienen. Für den 15. Mai, als eben der Aufstand in Posen niedergeworfen war, stand eine Adresse polnischer Abgeordneter zur Verhandlung, die Wolowski, ein naturalisirter Franzose, überreichen und verteidigen wollte. Während die Sitzung ihren ruhigen Verlauf nahm, sammelten sich vor dem Palaste ungeheure Schaaren Volkes, von Blanqui, Raspail, Huber u. A. geführt. Der Polizeipräsident Caussidière, der im Verdachte stand, ihnen geneigt zu sein, ließ sich nicht sehen, und der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, Courtais, verhandelte mit ihnen, statt Gewalt anzuwenden. Die Folge davon war, daß die Menge in den Sitzungssaal einbrach und die ganze Versammlung über den Der 15. Mai.

bardei, sondern auch Parma, Modena und Venedig zu räumen. Das piemontesische Ministerium, das unter dem Vorsitz des Mailänders Casati am Tage von Custozza gebildet war und neben dem Venetianer Paleocapa auch Gioberti zu seinen Mitgliedern zählte, weigerte sich, diesen Schritt des Königs zu billigen und machte einem neuen Cabinet unter dem Vorsitze Revels Platz. Damit erlosch auch das Hülfegesuch, welches Pareto, der bisherige Minister des Aeußern, am 5. nach Paris gerichtet hatte. Die Geneigtheit, darauf einzugehen, war bei der französischen Regierung nicht eben groß gewesen; die Truppen, die zu ihrer Verfügung standen, waren nur gering an Zahl; die Möglichkeit eines Krieges am Rheine mußte sehr in Erwägung gezogen werden, und vor Allem, die Republikaner empfanden gar keine Neigung, dem gehaßten Carl Albert die Lombardei zu erobern. Viel eher waren sie geneigt, den flehenden Bitten der Mailänder und Venetianer zu willfahren und für die Unabhängigkeit dieser beiden „Nationalitäten", vorausgesetzt, daß sie sich republikanisch einrichten würden, einzutreten. Allein ihr Hauptaugenmerk dabei blieb doch, nicht allzuviel zu wagen und sich nicht gar zu weit von England zu trennen. Mit diesem gemeinsam versuchten sie also, Oestreich zur Nachgiebigkeit zu bestimmen, oder vielmehr es bei seinen früheren Zugeständnissen festzuhalten. Den Verhandlungen, die deshalb gepflogen wurden, können wir indeß erst später unsre Aufmerksamkeit zuwenden, und verlassen Italien in diesem Zustande der unsicheren Ruhe, um zunächst die Lage Frankreichs zu betrachten. Politische Lage.

Die Befestigung der französischen Republik.

Der Vollziehungs-Ausschuß unter Aragos Vorsitz, welcher von der constituirenden Versammlung wenige Tage nach ihrem Zusammentritt am 10. Mai erwählt worden war, erfreute sich von vornherein nicht des Beifalls der Radicalen und der Socialisten, deren unverrücktes Ziel es blieb, ihn zu stürzen und die Versammlung zu sprengen. Dem ersten Versuche in dieser Richtung sollte die weitverbreitete Theilnahme für Polen zum Vorwande dienen. Für den 15. Mai, als eben der Aufstand in Posen niedergeworfen war, stand eine Adresse polnischer Abgeordneter zur Verhandlung, die Wolowski, ein naturalisirter Franzose, überreichen und verteidigen wollte. Während die Sitzung ihren ruhigen Verlauf nahm, sammelten sich vor dem Palaste ungeheure Schaaren Volkes, von Blanqui, Raspail, Huber u. A. geführt. Der Polizeipräsident Caussidière, der im Verdachte stand, ihnen geneigt zu sein, ließ sich nicht sehen, und der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, Courtais, verhandelte mit ihnen, statt Gewalt anzuwenden. Die Folge davon war, daß die Menge in den Sitzungssaal einbrach und die ganze Versammlung über den Der 15. Mai.

Haufen warf. Nachdem Raspail eine wüthende Adresse zu Gunsten der Polen, Blanqui eine Milliarden-Steuer auf den Reichthum durch den Pöbel hatte genehmigen lassen, erklärte Huber die Nationalversammlung für aufgelöst und forderte zur Bildung einer neuen Regierung auf. Der republikanischen Ueberlieferung gemäß sollte diese aber nicht in dem Palast der Nationalversammlung, gegen den überdies schon die Truppen heranrückten, sondern im Stadthause thronen; dahin brach also die Menge auf. Doch die Herrlichkeit war nur von kurzer Dauer. Kaum hatten die neuen Machthaber, unter ihnen Albert, Barbès, Blanqui, Louis Blanc, Proudhon, Cabet, Raspail, das Sitzungsgebäude verlassen, so trafen vor demselben, durch einen schriftlichen Befehl des Präsidenten Buchez berufen, die ersten Legionen der National- und der Mobilgarde ein. Unverweilt setzten Lamartine und Ledru Rollin, welcher den angebotenen Sitz in der neuen Regierung verschmähte, an ihrer Spitze sich in Bewegung gegen das Stadthaus; durch mannigfachen Zuzug während des Marsches verstärkt, gelang es ihnen die Socialisten zu überrumpeln und ohne Kampf sich ihrer Häupter und des Stadthauses zu bemächtigen. Einen so schnellen Sieg hatte Niemand erwartet; ein Gefühl der Kraft und Sicherheit, wie sie es lange nicht gekannt, überkam die Partei der Ordnung; kräftige Maßregeln sollten das Errungene sichern. Caussidière und Courtais wurden abgesetzt, die republikanische Polizeigarde, die sich unzuverlässig erwiesen, umgestaltet und die bewaffnete Macht in der Hauptstadt auf 55,000 Mann gebracht. Auch gegen die Führer ging man entschlossen vor; von dem Gerichtshof zu Bourges, der damit betraut wurde, verurtheilt, büßten die Einen wie Barbès und Albert ihren Frevel mit Deportation, Andre wie Blanqui mit mehrjährigem Gefängniß; wieder Andre wie Louis Blanc entzogen sich der Bestrafung durch die Flucht. Die wichtigste Maßregel, die sich zum Schutz der Ordnung treffen ließ, war aber zugleich die schwierigste: es galt die eigentliche Brutstätte der Verschwörungen, die Nationalwerkstätten, zu beseitigen. Gegen 120,000 Arbeiter faulenzten in diesen auf Staatskosten bei einem täglichen Solde von 2 Franken; die wöchentliche Zubuße der Staatskasse betrug zuletzt eine Million. In den Provinzen hätte man Tausende bei nutzbringenden Arbeiten verwenden können und wäre sie dann zugleich in der Hauptstadt los geworden; auch die Besitzer der großen Fabriken wünschten lebhaft Arbeiter heranzuziehen, da ihnen ihre Leute massenhaft davonliefen zu dem bequemeren Dasein in den Nationalwerkstätten. Die Regierung sann also darauf die letzteren zu schließen; aber sie traf dabei auf den entschlossensten Widerstand. Die Verhaftung des Directors der Werkstätten, Emil Thomas, und seine gesetzwidrige Abführung nach Bordeaux steigerte die Verbissenheit und den Ingrimm; die Weisung an die Arbeiter von 18 bis 20 Jahren, sich mit bestimmten Aufträgen in die Provinz zu begeben oder der Einstellung in das Heer gewärtig zu sein, stieß auf

Sicherheitsmaßregeln.

Die Nationalwerkstätten.

offenen Ungehorsam und Vorbereitungen zu gewaltsamer Abwehr. Eine Abordnung, deren Sprecher ein gewisser Pujol war, stellte den Vollzugs-Ausschuß zur Rede; in dessen Namen antwortete Marie, muthig und unbedingt die gestellten Forderungen abweisend; zum Aeußersten bereit sammelten sich die Arbeiter am Abend des Tages (des 22. Juni) auf dem Pantheons-Platze und beschlossen den Aufstand. Die Nacht verging unter Vorbereitungen; am andern Morgen erstanden Barrikaden über Barrikaden. Aber auch die Regierung war gerüstet. Längst hatte Cavaignac einen vollständigen Feldzugsplan ausgearbeitet, der jetzt sofort ins Leben trat. Er selbst mit der Hauptmacht der Truppen besetzte den Eintrachtsplatz und deckte den Palast der Nationalversammlung; beim Stadthause führte Bedeau den Befehl, am rechten Seine-Ufer Lamoricière, am linken Damesme. Planmäßig wurde vorgegangen und manche Barrikade erobert; allein die Gefahr zu beseitigen gelang an diesem Tage nicht. Da faßte die National-Versammlung einen weisen Beschluß; auf Pascal Duprats Antrag verhängte sie Morgens am 24. den Belagerungszustand über Paris und übertrug Cavaignac die Dictatur. Mit äußerster Entschlossenheit machte dieser von seiner Gewalt Gebrauch; das Pantheon ward an diesem Tage erstürmt und das linke Seine-Ufer fast ganz unterworfen; vom Stadthaus war der Aufstand weit zurückgedrängt. Schon hoffte man, die Gegner soweit eingeschüchtert zu haben, daß sie versöhnlichen Zureden nachgäben; allein dieser Irrthum forderte am nächsten Morgen an zwei Stellen beklagenswerthe Opfer. Am linken Seine-Ufer bemächtigten sich (beim Thor von Fontainebleau) die Aufrührer des Generals Bréa, der Verhandlungen mit ihnen eröffnete, und ermordeten ihn auf scheußliche Weise; und in der Vorstadt St. Antoine fiel der Erzbischof Affre, als er in voller Amtstracht mit dem Friedenszweig über die Barrikaden zu den Aufständischen schritt, von einer Kugel, man weiß nicht welcher Partei. Ein mißverstandener Trommelwirbel war als Zeichen zum Wiederbeginn des Kampfes, der um des Erzbischofs willen eingestellt war, aufgefaßt worden, und einer der ersten Schüsse traf den muthigen Vermittler. Nun wollte Cavaignac von keinen Unterhandlungen mehr hören; überall ging es von Neuem zum Angriff, und überall war — wenn auch in verschiedenem Grade — die Ordnungspartei Siegerin. Am Abend des 25. war nur noch die festeste Burg des Aufstandes, die Vorstadt St. Antoine, in dessen Gewalt. Trotz ihrer verzweifelten Lage verweigerten die Vertheidiger die Unterwerfung auf Gnade und Ungnade, zu der ihnen Cavaignac bis 10 Uhr Morgens am 26. Frist gab; ein Kampf von einer Stunde genügte sodann die Hauptmacht zu bezwingen; nur in den Seitenstraßen setzte sich hier und da der Kampf bis gegen Abend fort; aber schon um Mittag war die völlige Niederlage der Empörer entschieden.

Der Juni-Aufstand.

Freilich furchtbare Opfer hatte sie auf beiden Seiten ge-

fordert; niemals zuvor war mit solcher Heftigkeit in den Straßen von Paris gekämpft worden, wie in dieser viertägigen Junischlacht. Ob zwei, ob fünf, ob zehntausend Menschen gefallen waren, Niemand konnte es bestimmen; 12—14,000 Aufrührer lagen als Gefangene in den Casematten der Forts. Die Truppen beklagten den Tod nicht Bréas allein, sondern 6 andrer Generale; Bedeau, Damesme waren verwundet, Lamoricière zwei Pferde unter dem Leibe erschossen; auch Abgeordnete, unter ihnen Bixio, hatten den Tod gefunden; der Erzbischof Affre wurde von allen Parteien gepriesen und betrauert. Cavaignac aber war der Held des Tages. Als er am 28. seine Dictatur niederlegte, sprach die Nationalversammlung ihm den Dank des Vaterlandes aus und ernannte ihn zum Haupt der Vollziehungsgewalt und zum Cabinetspräsidenten. Mit dem Kriegsministerium betraute er Lamoricière, im auswärtigen Amte blieb angeblich bis zur Genesung Bedeaus, in Wirklichkeit aber auch darüber hinaus Bastide; Changarnier wurde Befehlshaber der Pariser Nationalgarde. Die Gefangenen in den Casematten wurden durch Beschluß der Nationalversammlung, da ein gerichtliches Verfahren bei ihrer Menge nicht möglich schien, theils sofort entlassen, theils (etwa 4400) zur Deportation verurtheilt, die extremsten Blätter, elf an der Zahl, unterdrückt, die Preß- und Vereinsfreiheit durch neue Gesetze eingeschränkt. Daß die Nationalwerkstätten jetzt geschlossen, unzuverlässige Legionen der Nationalgarde aufgelöst und allen Bürgern die Waffen abgefordert wurden, verstand sich von selbst. Der Schreck, den die überwundenen Gefahren jedem Besitzenden eingeflößt, erlaubte jetzt Maßregeln, ja heischte sie mit lauter Stimme, die ein halbes Jahr früher über Louis Philipps Regierung das einmüthigste Verdammungsurtheil heraufbeschworen hätten. Und kaum konnten die Nationalversammlung und Cavaignac der öffentlichen Meinung in solchen Beschränkungen der Freiheit genug thun. Denn war man wirklich sicher, daß die Gefahren überwunden seien? Konnten sie nicht jeden Augenblick von Neuem auftauchen? Wagte nicht nach Allem was vorgefallen, Proudhon noch eine Steuer im Betrag eines Drittels des reinen Einkommens zu beantragen und der Versammlung, die seine Rede durch Gelächter unterbrach, zuzurufen: Was ich sage, macht Sie jetzt lachen; aber was ich sage, das wird Sie umbringen!? Welcher Art die Stimmung im Lande war, lehrten die Ersatzwahlen. Schon die, welche nach dem Maiaufstande stattgefunden, hatten neben Extremen, wie Proudhon und Victor Hugo, Monarchisten wie Thiers und Changarnier in die Versammlung geführt; jetzt gesellten sich Molé, Bugeaud u. A. zu ihnen. Schon damals im Mai war auch der Name des Prinzen Louis Napoleon, der noch in London in der Verbannung lebte, in vier Departements aus den Wahlurnen hervorgegangen; aber wie er unmittelbar nach den Februartagen auf das Verlangen der vorläufigen Regierung Paris, wohin er geeilt war, sogleich wieder verlassen hatte, so hielt er es auch

Cavaignac Haupt der Vollziehungsgewalt.

Louis Napoleon.

vor dem Juni-Aufstande für gerathen, auf seinen Sitz zu verzichten, obgleich die National-Versammlung seine Wahl am 13. Juni gegen den Antrag des Vollziehungs-Ausschusses auf Befürwortung Jules Favres, Louis Blancs und anderer Radicaler bestätigt hatte; „wenn mir indeß das Volk Pflichten auferlegen sollte, „so hatte der Prinz damals an den Präsidenten geschrieben, „so werde ich sie zu erfüllen wissen." Jetzt wurde er bei den Ersatzwahlen im September abermals in 5 Departements gewählt; die Hauptstadt selbst gab ihm mehr als 110.000 Stimmen; und nun zauderte er nicht, unter Betheurungen lebhafter Dankbarkeit für die Republik, die seine Verbannung beendet, am 26. September in die Versammlung einzutreten und die Ergebnisse seines einsamen Nachdenkens und seinen guten Willen in ihren Dienst zu stellen. So wenig Anhänger er unter den Volksvertretern hatte, so groß war seine Partei im Lande, zumal unter den Bauern. Diesen hatte die Republik bisher Nichts weiter gebracht als erhöhte Steuern und fortdauernde Unsicherheit; in ihren Augen war Cavaignac wohl ein geringeres Uebel als Raspail, die gemäßigte und honnette Republik erträglicher als die rothe; aber Vertrauen erweckte die eine so wenig wie die andre und Blendendes, Begeisterndes hatte der nüchterne Cavaignac durchaus nicht. Die langwierigen Verhandlungen, in denen vom 4. September an die Nationalversammlung in drei Lesungen die neue Verfassung berieth, fesselten die öffentliche Aufmerksamkeit auch nur wenig, und das Ergebniß derselben stieß in diesem Punkte diese, in jenem die andre Partei zurück. Die erregtesten Verhandlungen waren über drei Fragen geführt worden: ob man das Recht auf Arbeit jedem Franzosen gewährleisten, ob das Ein- oder das Zweikammersystem eingeführt werden, ob der Präsident der Republik aus der Volkswahl oder aus der Abstimmung der Nationalversammlung hervorgehen solle. Wie nicht anders zu erwarten stand, war das Recht auf Arbeit gestrichen, aber statt dessen doch der Republik die Aufgabe zugewiesen, das Dasein des dürftigen Bürgers durch Arbeit oder Unterstützung zu sichern; das Zweikammersystem war mit beträchtlicher Mehrheit abgelehnt, die Wahl des Präsidenten endlich dem Volke übertragen worden. Daß damit die Aussichten Louis Napoleons beträchtlich stiegen, wollte die Mehrheit nicht einsehen; nicht einmal der Antrag, sämmtliche Mitglieder der Familien, welche über Frankreich geherrscht, von der Bewerbung auszuschließen, erschien ihr nöthig; es stand also Nichts im Wege, daß der Neffe des Kaisers sich dem Volke zur Wahl am 10. December als Bewerber darbot. Der einzige ernstliche Gegner, der ihm gegenübertreten konnte, war Cavaignac; denn Lamartines glänzende Popularität war spurlos verschwunden, und die Ledru Rollin oder Raspail hatten höchstens in den großen Städten auf beträchtliche Stimmenzahlen zu hoffen. Gegen Cavaignac richtete sich folglich die ganze Arbeit der Bonapartisten, und wissentlich oder unwissentlich halfen ihnen dabei

Berathung der Verfassung.

Die Präsidentenwahl.

die radicalen Parteien. Ein beliebter Vorwurf wurde es, der Dictator habe den Juni-Aufstand absichtlich erstarken lassen, um sich desto besser als Retter aufspielen und den Vollziehungs-Ausschuß bei Seite schieben zu können. Mißgriffe Cavaignacs kamen hinzu; eine Liste von 5000 Personen, die er zu Nationalbelohnungen vorschlug, mußte zurückgezogen werden, weil auf ihr die Namen von Dieben und Hinterbliebenen von Mördern nachgewiesen wurden; diese „Pensionaire des Generals Cavaignac" waren für bonapartistische Federn wie Emile Girardin ein dankbares Wühlmittel. Ein Ministerwechsel, den der Präsident im October veranlaßte, verstimmte viele Republikaner, ohne die Monarchisten zu gewinnen; es half Nichts, daß Dufaure, der neue Minister des Innern, den Belagerungszustand in Paris endlich aufhob; das entfremdete wieder die Gemüther der Aengstlichen. Die Ehrgeizigen andrerseits unter den Conservativen so gut wie unter den Ultramontanen, ja selbst unter den Radicalen, wandten sich dem Bonaparte zu, weil sie unter ihm leichter zur Macht zu kommen hofften als unter dem starren Cavaignac; so erklärten sich Thiers, Molé, Montalembert, Odilon Barrot, Crémieux für Napoleon. Den Socialisten war großentheils Jeder recht, der Aussicht bot, den verhaßten Juni-Sieger zu stürzen; die Hauptschaar aber bildeten die Bauern und kleinen Bürger, die mit Begeisterung an dem Namen des Kaisers hingen und von dem Neffen auf Grund unaufhörlicher Versprechungen die Aufhebung des 45procentigen Steuerzuschlags hofften, welchen die Republik nun schon seit reichlich einem halben Jahr erhob. Unter solchen Umständen wurde am

Napoleon Präsident der Republik.

10. December gemäß der Verfassung vom 4. November die Präsidentenwahl vollzogen; Bonapartes Sieg wurde mit ziemlicher Sicherheit vorausgesehen, aber einen so glänzenden Sieg hatte doch Niemand vermuthet. Von 7.300.000 Stimmen fielen fast $5^1/_2$ Million auf Louis Napoleon, nicht ganz $1^1/_2$ auf Cavaignac, auf Ledru Rollin 370.000, auf Raspail 37.000 und — 17.900 auf Lamartine; unter 86 Departements hatten nur vier in ihrer Mehrheit Cavaignac gewählt, alle übrigen — darunter auch Paris mit reichlich zwei Dritteln seiner Stimmen — den Abenteurer von Straßburg und Boulogne. Zehn Tage darauf, am 20. December, trat er sein Amt an, das verfassungsmäßig bis zum zweiten Sonntag im Mai des Jahres 1852 dauern sollte. Nachdem Cavaignac seine Vollmachten niedergelegt hatte, nahm Armand Marrast, der Präsident der Nationalversammlung, dem 40jährigen Erwählten den Eid der Treue gegen „die eine und untheilbare demokratische Republik" ab. Aus freien Stücken fügte der neue Präsident in kurzer Rede die Versicherung hinzu, daß er seine Pflichten als Ehrenmann erfüllen und keinen andern Willen als den der Bürger-Abgeordneten haben werde. Mit verbindlicher Wendung schritt er auf Cavaignac zu, ergriff dessen Hand und erklärte es für seinen Stolz, der Nachfolger eines solchen Mannes zu sein. Eine stumme Verbeugung war die Antwort

des Generals. Dann verließ der Präsident, von dem Büreau geleitet, den Sitzungssaal und begab sich zu seinem ersten Empfang in den ihm angewiesenen Palast, Elysée Bourbon. Die Ernennung des Ministeriums wurde noch am selben Tage vollzogen: Odilon Barrot führte den Vorsitz, das Auswärtige verwaltete Drouyn de L'Huys, das Innere Léon de Malville; die meisten Namen, wie Falloux, Faucher, Bixio, Passy, waren ohne hervorragende Bedeutung, die Parteistellung der neu Ernannten sehr verschieden und nur darin gleich, daß sie alle den Gruppen der conservativen Mehrheit in der Nationalversammlung angehörten.

Die rückläufige Bewegung der französischen Revolution war damit an einem auch dem schwächsten Auge erkennbaren Markſteine angelangt. Mit unverhohlenem Behagen begrüßten die reactionären Elemente in ganz Europa, unbeschadet des Mißtrauens, das sie gegen napoleonische Eroberungsgelüste naturgemäß hegten, die neue Entwicklung. Die Besorgnisse, welche die Erhebung eines Bonaparte an die Spitze Frankreichs erwecken mochte, wurden durch die unbedeutende Persönlichkeit, für die man den abenteuerlichen Prinzen hielt, wesentlich herabgedrückt. Daß er selbst auf die Dauer sich behaupten werde, erschien nicht sehr wahrscheinlich; viel glaublicher klang die Prophezeiung, daß er nur den Uebergang zu der alten monarchischen Ordnung zu vermitteln berufen sei. Jedenfalls war die Republik jetzt in das conservative Fahrwasser hinübergeführt; wenn die Juni schlacht den Socialismus beseitigt hatte, so war durch die Präsidentenwahl das schroffe Republikanerthum aus dem Sattel gehoben. Die extremsten Parteirichtungen hatten somit ausgewirthschaftet und von ihrer Seite war eine störende Einwirkung auf die rückschreitende Entwicklung der übrigen Länder Europas nicht mehr zu befürchten. Aber nicht allein die Reactionäre, sondern auch die Mittelparteien konnten eine gewisse Befriedigung über den gegenwärtigen Zustand Frankreichs empfinden. Durch die Verfassung vom 4. November hatte derselbe feste Formen angenommen, die einer gesunden Entwicklung durchaus fähig schienen. Eine Störung von links war für lange hinaus nicht zu erwarten, und grade weil der neue Präsident so wenig zu bedeuten hatte, ließ sich hoffen, daß auch von seiner Seite kein Uebergriff geschehen werde. Man durfte die Lage Frankreichs als gleichsam durch ein Parallelogramm der Kräfte geschaffen ansehn; das Uebertriebene der revolutionären Bewegung war überwunden, das Berechtigte und Wünschenswerthe war geblieben. Der Mann, den vor dem 24. Februar der gesammte Liberalismus an die Spitze des Ministeriums gestellt haben wollte, Odilon Barrot, dieser Mann war jetzt der erste Rathgeber des Präsidenten. Wenn man die Lage als eine befriedigende bezeichnen wollte, konnte man kein überzeugenderes Symptom anführen, als diese Thatsache. Zog man dann weiter noch in Erwägung, daß in Preußen und Oestreich die Sachlage eine ganz entsprechende war, so mochte man zu der

Ueberzeugung kommen, daß die Zeit erschienen sei, die Errungenschaften der Revolution in Ruhe auszubauen.

Parlament und Reichsverweser.

Das frankfurter Parlament.

Die deutsche Bewegung hatten wir bei einem wichtigen Abschnitt, vor dem Zusammentritt des frankfurter Parlamentes, verlassen. Um diese Zeit war die unwiderstehliche Gewalt der Revolution bereits gebrochen, aber ein klares politisches Programm hatte sich noch nicht zur Herrschaft durchgekämpft. Den Vertretern des deutschen Volkes kam es zu, dieses zu finden und zu verfechten. Groß waren deshalb Jubel und Hoffnung, womit man sie begrüßte. Unter Glockengeläut und Kanonendonner, unter dem jauchzenden Zuruf der Menge zogen die 3—400 Männer, die sich am Eröffnungstage, dem 18. Mai 1848, zusammengefunden hatten, von dem altehrwürdigen Römer in die Paulskirche, die ihnen zum Sitzungsraume angewiesen war. Den Vorsitz führte das erste Mal der 70jährige Alterspräsident Dr. Lang von Verden; schon andern Tags wurde er von Heinrich von Gagern als erstem und von Soiron als zweitem Präsidenten abgelöst, die zunächst vorläufig und noch vor Ablauf des Monats auf weitere vier Wochen mit der Leitung der Versammlung betraut wurden. Es war keine leichte Aufgabe, die ihnen zufiel. Denn die 586 Männer, welche als Vertreter des deutschen Volkes zusammen tagen sollten, bildeten in der That wochenlang ein wüstes Chaos, in dem kaum die Ansätze einer gesunden Parteibildung zu erkennen waren, und selbst die Mitglieder aus dem Süden, die des parlamentarischen Lebens schon einigermaßen gewöhnt waren, entbehrten doch gänzlich der Uebung und Gewandtheit in einem soviel größeren Kreise. Mehr als durch die sehr mangelhafte Geschäftsordnung, die man nothgedrungen fürerst ohne gründliche Prüfung annahm, litt die Ordnung der Verhandlungen durch die Unbotmäßigkeit der Mitglieder, die sich in furchtbaren Tumulten nur zu häufig kund gab. Dazu gesellte sich eine unglaubliche Redelust und, was schlimmer war, ein unverwüstlicher Drang Anträge und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Alle die zahlreichen Localgrößen, die in der Paulskirche ihren Platz neben den erlauchtesten Geistern der Nation gefunden hatten, wollten ihren Auftraggebern den augenfälligen Beweis liefern, daß sie im Parlamente weder unthätig noch überflüssig seien, und ließen sofort, theils aus rein persönlichen Beweggründen, theils auch, weil ihnen die Fühlung mit den Gesinnungsgenossen noch mangelte, jeder für sich ihre Anträge los, so daß deren, als die erste Woche verstrichen war, schon über hundert dem Präsidium vorlagen, viele darunter natürlich nur durch die Wortfassung von einander verschieden. Und wie jedes einzelne Mitglied, so mußte auch der Vorsitzende sich erst in die neuen Verhältnisse einleben und einlernen. Es kam zu Anfang

Ueberzeugung kommen, daß die Zeit erschienen sei, die Errungenschaften der Revolution in Ruhe auszubauen.

Parlament und Reichsverweser.

Das frankfurter Parlament.

Die deutsche Bewegung hatten wir bei einem wichtigen Abschnitt, vor dem Zusammentritt des frankfurter Parlamentes, verlassen. Um diese Zeit war die unwiderstehliche Gewalt der Revolution bereits gebrochen, aber ein klares politisches Programm hatte sich noch nicht zur Herrschaft durchgekämpft. Den Vertretern des deutschen Volkes kam es zu, dieses zu finden und zu verfechten. Groß waren deshalb Jubel und Hoffnung, womit man sie begrüßte. Unter Glockengeläut und Kanonendonner, unter dem jauchzenden Zuruf der Menge zogen die 3—400 Männer, die sich am Eröffnungstage, dem 18. Mai 1848, zusammengefunden hatten, von dem altehrwürdigen Römer in die Paulskirche, die ihnen zum Sitzungsraume angewiesen war. Den Vorsitz führte das erste Mal der 70jährige Alterspräsident Dr. Lang von Verden; schon andern Tags wurde er von Heinrich von Gagern als erstem und von Soiron als zweitem Präsidenten abgelöst, die zunächst vorläufig und noch vor Ablauf des Monats auf weitere vier Wochen mit der Leitung der Versammlung betraut wurden. Es war keine leichte Aufgabe, die ihnen zufiel. Denn die 586 Männer, welche als Vertreter des deutschen Volkes zusammen tagen sollten, bildeten in der That wochenlang ein wüstes Chaos, in dem kaum die Ansätze einer gesunden Parteibildung zu erkennen waren, und selbst die Mitglieder aus dem Süden, die des parlamentarischen Lebens schon einigermaßen gewöhnt waren, entbehrten doch gänzlich der Uebung und Gewandtheit in einem soviel größeren Kreise. Mehr als durch die sehr mangelhafte Geschäftsordnung, die man nothgedrungen fürerst ohne gründliche Prüfung annahm, litt die Ordnung der Verhandlungen durch die Unbotmäßigkeit der Mitglieder, die sich in furchtbaren Tumulten nur zu häufig kund gab. Dazu gesellte sich eine unglaubliche Redelust und, was schlimmer war, ein unverwüstlicher Drang Anträge und Verbesserungsvorschläge einzubringen. Alle die zahlreichen Localgrößen, die in der Paulskirche ihren Platz neben den erlauchtesten Geistern der Nation gefunden hatten, wollten ihren Auftraggebern den augenfälligen Beweis liefern, daß sie im Parlamente weder unthätig noch überflüssig seien, und ließen sofort, theils aus rein persönlichen Beweggründen, theils auch, weil ihnen die Fühlung mit den Gesinnungsgenossen noch mangelte, jeder für sich ihre Anträge los, so daß deren, als die erste Woche verstrichen war, schon über hundert dem Präsidium vorlagen, viele darunter natürlich nur durch die Wortfassung von einander verschieden. Und wie jedes einzelne Mitglied, so mußte auch der Vorsitzende sich erst in die neuen Verhältnisse einleben und einlernen. Es kam zu Anfang

wohl vor, daß Gagern selbst von seinem Präsidentensitze aus, unter dem Vorwande, die Sachlage zusammenzufassen, lebhaft in die Verhandlung eingriff, daß er Verstöße gegen die Geschäftsordnung begehen ließ und selbst beging, und daß er dem Lärmen in der Versammlung und sogar auf den Gallerien ungestörte Freiheit gewährte. Das souveräne Volk im Zuhörerraum ward mit der größesten Zartheit behandelt; Wochen vergingen, ehe zum ersten Male die Drohung ertönte, der Präsident werde die Tribünen räumen lassen; zunächst ward der ungeberdigste Lärm von oben wie von unten geduldig und ohne Bemerkung hingenommen, oder höchstens die schüchterne Aufforderung gewagt, wer nicht mehr zuhören wolle, der möge sich doch entfernen. Gewiß würde man schneller über diese krankhaften Anfangszustände hinweggekommen sein, wenn man sofort mit ernster Arbeit sich hätte beschäftigen können. Aber ein Verfassungsentwurf war ja trotz so vielfacher Vorarbeiten nicht da, es mußte zunächst ein Ausschuß gewählt werden, ihn vorzubereiten, und ehe dieser sein Werk auch nur theilweise einreichen konnte, verstrichen Wochen. Womit sollte man sie ausfüllen als mit Debatten, und worüber konnte man debattiren als grade über die aufregendsten Tagesfragen, welche der Leidenschaftlichkeit und Ueberschwenglichkeit die reichste Nahrung boten? Daß dabei nicht viel herauskam, verstand sich von selbst, und so erscholl bald, in und außer der Versammlung, die heftige Anklage der Thatenlosigkeit. Der Bundestag sogar, rief Venedey entrüstet aus, führt die Geschäfte rascher als wir, und alle die Antragsteller, deren Vorschläge noch nicht auf der Tagesordnung waren und bei ihrer maßlosen Zahl auch noch lange keine Aussicht hatten darauf zu kommen, stimmten in den Chorus ein. Und doch wurde fleißig genug gearbeitet, nicht allein in den fast täglichen Plenarversammlungen, sondern auch in den Ausschüssen, die für Marine und Heer, für die östreichisch-slawische und für die holsteinische Frage, für internationale Angelegenheiten und für die Errichtung einer vorläufigen Centralgewalt und für viele andere Dinge eingesetzt waren. Der Krieg in Schleswig und in Ober-Italien, der Slawencongreß in Prag und die Aufstände in Posen, die drohenden Rüstungen Rußlands und das Erstarken der Reaction, die Stellung zu der berliner Nationalversammlung und Militärcrawalle in Mainz, das Größte und das Kleinste, das Fernste und das Nächste wurde in die Verhandlung gezogen und erregte die Geister, ohne ihnen die Befriedigung zu schaffen, wirklich etwas geleistet zu haben. Man jubelte ordentlich auf, als man am 14. Juni zuerst einen greifbaren Beschluß gefaßt und 6 Millionen Thaler für die deutsche Flotte bewilligt hatte, wobei es freilich dem Bundestag überlassen blieb, für die Beschaffung des Geldes Sorge zu tragen. Wenige Tage darauf lag endlich der Antrag des Ausschusses auf Begründung einer vorläufigen Centralgewalt an Stelle des Bundestages vor. Aber wie wenig sich die Parteien auch jetzt noch ge-

Die vorläufige Centralgewalt.

klärt, wie ungeordnet noch die Bewegungen des parlamentarischen Lebens seien, das zeigte sich grade bei diesen Verhandlungen aufs Schärfste. 16 Anträge in dieser Sache hatten dem Ausschuß vorgelegen, und als er den seinen einreichte, kamen 33 neue dazu; 189 Redner verlangten das Wort. In schroffen Gegensätzen standen sich die Ansichten gegenüber. Sollten die Regierungen allein, sollten sie in Gemeinschaft mit der Versammlung, sollte diese unbekümmert um jene die Centralgewalt schaffen? Sollte eine Mehrheit von Personen oder ein Einzelner, sollte eine fürstliche Person oder ein Mitglied der Versammlung, sollte ein Verantwortlicher oder ein Unverantwortlicher mit der höchsten Macht bekleidet werden? Es war ein wirres Durcheinander der Meinungen, in dem die Debatte tagelang in heftigster Leidenschaft hinüber- und herüberwogte. Der Ausschußantrag, den Dahlmann vertrat, unterlag schnell in diesem Strudel; ein Directorium von drei Mitgliedern, von den Regierungen bezeichnet und von der Versammlung bestätigt, das war ein künstlicher Ausweg, der vielleicht in nüchterner Erwägung, aber gewiß nicht in stürmischer Debatte den Sieg erringen konnte. Mit Leidenschaft verfocht die Linke, die sich am schnellsten zusammenschloß, den Antrag von Blum und Trützschler, der keine andre Centralgewalt als einen Vollziehungs-Ausschuß der souveränen Nationalversammlung wollte. Ungeordnet und zersprengt kämpften die Anhänger der preußischen Spitze; nur ein kleines Häuflein, Braun von Cöslin, Nizze von Stralsund und Röder von Neustettin, bekannte sich offen zu ihrer Fahne; aber nicht einmal die zwanzig Männer, die zur Unterstützung nöthig waren, schaarten sich um sie und ihr Antrag ward mit „stürmischer Heiterkeit" abgewiesen. Unter den Rednern, welche die Rechte der Regierungen wahrten und von diesen den Reichsstatthalter ernannt wissen wollten, ragte Georg von Vincke an Geist und Schroffheit hervor; unzweideutig wies er auf den Erzherzog Johann von Oestreich hin als auf den Mann, den die Wahl treffen werde und der Jedem in der Versammlung genehm sein könne. Endlich sah man ein, daß man auf dem bisherigen Wege nicht weiter gehen dürfe. Noch hatte lange nicht die Hälfte der Redner gesprochen, da ward beschlossen, unter den Anträgen eine Auslese zu halten, die unbedeutendsten und principlosesten zu beseitigen und es den Freunden der übrigen anheim zu stellen, für jeden derselben zwei Redner unter sich zu erwählen. Immerhin blieben auch so noch 9 Anträge über und 18 Redner sprachen für sie noch zwei Tage lang. Dann ergriff zum Schluß nach sechstägiger Verhandlung, am 24. Juni, auch Heinrich von Gagern das Wort. Aus diesem Labyrinthe meinte er nur einen Ausweg zu finden: mit kühnem Griffe müsse die Versammlung selbst eine hochstehende Person, nicht weil, sondern obgleich sie fürstlichen Blutes sei, erwählen; Niemand zweifelte, daß auch er auf den Erzherzog Johann hinziele. Die Rede machte gewaltigen Eindruck und dennoch schien sie ins Leere zu fallen;

Gagerns kühner Griff.

denn nun begann noch einmal und dauerte zwei Sitzungen hindurch ein unbeschreibliches Ringen über die Frageſtellung, über die Zulaſſung neuer Vorſchläge, über perſönliche Angriffe und Verdächtigungen, ein Tifteln und Spalten, ein Donnern und Raſen, dem an Langweiligkeit und dann wieder an Maßloſigkeit und Unbändigkeit Nichts gleichkam, was Deutſchland bis dahin erlebt hatte. Endlich am 28. Juni kam es zur Abſtimmung, und nun erſt zeigte ſich die Wirkung von Gagerns Rede; mit 403 gegen nur 135 Stimmen ſprach ſich die Verſammlung das Recht zu, ſelbſt einen Reichsverweſer zu ernennen. Die Wahl erfolgte am nächſten Tage; ihr Ausgang unterlag zum Voraus keinem Zweifel; 436 von 548 Mitgliedern ernannten den Erzherzog Johann von Oeſtreich zum Reichsverweſer; von den 112 Stimmen der Minderheit fielen 52 auf Gagern, 32 auf Itzſtein, 1 auf Erzherzog Stephan und 27 enthielten ſich der Wahl. Während nun eine Abordnung der Verſammlung ſich nach Wien aufmachte, um den Erkorenen zur Annahme des Amtes einzuladen, beglückwünſchte auch der Bundestag zum großen Verdruß der Linken ihn noch am ſelben Tage in einer Adreſſe, welche die ausdrückliche Verſicherung enthielt, daß die einzelnen Regierungen ſchon vor ſtattgehabter Wahl ihre Zuſtimmung erklärt hätten. Da auch Kaiſer Ferdinand ſeine Einwilligung ſofort ausſprach, zögerte der Erzherzog nicht mit der Annahme. So vereinigte ſich in ſeiner Perſon zeitweilig die höchſte Macht in Deutſchland und in der weſtlichen Hälfte der öſtreichiſchen Monarchie; denn ſchon ſeit dem 16. Juni war er, wie früher erzählt, zum Stellvertreter des Kaiſers erhoben worden. Am 11. Juli hielt er ſeinen feierlichen Einzug in Frankfurt, übernahm am nächſten Tage in der Paulskirche auf Grund des Geſetzes vom 28. Juni die Reichsverweſerſchaft, erklärte, daß er den Kaiſer erſucht habe, ihn nach der Eröffnung des öſtreichiſchen Reichstages von der dortigen Stellvertretung zu entheben, und begab ſich darauf in die Bundesverſammlung, um dieſe nunmehr aufzulöſen.

Erzherzog Johann Reichsverweſer.

Es war eine ſehr vollzählige Körperſchaft, die ihn in der Eſchenheimer Gaſſe empfing. Denn ſchon vor der Eröffnung des Parlamentes hatten ſich auf Anregung des Herzogs von Meiningen viele der kleineren Regierungen entſchloſſen, beſondere Vertreter nach Frankfurt zu entſenden, und da ſie nur Männer von liberaler Geſinnung dazu erkoren hatten, da auch die größeren Regierungen zum Theil ſchon früher Männer der neuen Zeit zu ihren Geſandten beſtellt hatten, ſo bot dieſer Kreis, dem Schmerling, Uſedom, Welcker, Jordan, Stockmar, Smidt und andere Namen ähnlichen Klanges angehörten, einen Anblick dar, wie man ihn ein halb Jahr früher in einer Bundesverſammlung für unmöglich gehalten haben würde. Auch mußte der Thätigkeit, welche ſie ſeit der Umgeſtaltung entwickelt hatten, alle Anerkennung gezollt werden. Trotz der hämiſchen Angriffe, mit denen die Linke ſie unausgeſetzt überſchüttete, hatten ſie mit großer Befliſſenheit

Auflöſung der Bundesverſammlung.

das beste Verhältniß zur Nationalversammlung zu wahren gesucht, und hatten in der schleswig-holsteinschen, in der böhmischen und in vielen andern Angelegenheiten rasche Thätigkeit entwickelt. Daß trotzdem ihr Scheiden ohne Kummer begrüßt wurde, lag in der Natur der Sache; alle Gemäßigten wandten sich mit ihren Hoffnungen jetzt dem Reichsverweser zu. Mochte die Linke ihn auch öffentlich in der tactlosesten Weise behandeln, mochte ihn Robert Blum in vertrauten Kreisen nicht ohne Scharfblick als den Reichsvermoderer verspotten, die große Mehrheit des Volkes betrachtete ihn wirklich als die beste Wahl, die man hätte treffen können. Daß er auf eine Verständigung mit der Linken von vornherein verzichtete, bewies er durch die Ernennung seiner Minister; es waren für das Innere und Aeußere Schmerling und für die Justiz Heckscher von Hamburg, beides Männer, welche in den Verhandlungen des Parlaments schon auf das Persönlichste mit den Radicalen zusammengestoßen waren; der Kriegsminister, ein Preuße, General von Peucker, gehörte der Versammlung überhaupt nicht an. Vervollständigt wurde das Cabinet erst im August, nach der Rückkehr des Reichsverwesers aus Wien. Schmerling gab das Aeußere an Heckscher, dieser die Justiz an Robert von Mohl aus Baden ab; die Finanzen übernahm Beckerath, den Handel Duckwitz von Bremen, der wie Peucker nicht Mitglied des Parlamentes war; den Vorsitz führte der Fürst von Leiningen. Unter den Unterstaatssecretären ragten Mevissen, Mathy und Bassermann durch Einfluß und Tüchtigkeit hervor. So entsprach die Zusammensetzung des Cabinettes vorzugsweise dem Standpunkte des rechten Centrums, das unter den Parteien, die nach und nach festere Form gewannen, am stärksten war. Im „Casino", wo es sich versammelte und nach dem es genannt wurde, fand man die meisten der durch Gelehrsamkeit und besonnenen Freisinn ausgezeichneten Männer des Hauses, die Dahlmann, Arndt, Grimm, Droysen, Duncker, Waitz, Beseler, Bassermann, Simson, Mathy, Mevissen, Beckerath, überwiegend Norddeutsche. Abgezweigt von ihnen, doch wesentlich desselben Geistes beriethen im „Landsberg" 40—50 Männer von weniger bekannten Namen, auch sie, bis auf ein paar Baiern, fast lauter Norddeutsche, der redegewandteste von ihnen Wilhelm Jordan. Fast unmerklich war der Abstand, der sie vom linken Centrum trennte, das auch in zwei Gruppen zerfiel, den Augsburger Hof, dem u. A. Robert von Mohl, Biedermann, Rieffer angehörten, und den Würtemberger Hof, zu dessen bekannteren Namen Mittermaier, Giskra, Stremayr, Gumbrecht zählten. Auch diese beiden Gruppen hatten jede etwa 40—50 Mitglieder und kamen erst mit dem Landsberg zusammen an Stärke dem Casino gleich. Auf beide Centren der Versammlung, wenn sie vereinigt stimmten, durfte man gegen 300 Stimmen, d. h. eine schwache Mehrheit, rechnen. Gegen 200 Mitglieder standen links vom linken Centrum; doch war auch hier kein schroffer Abstand. Mit der Westendhalle, wo Raveaux, Vischer, Venedey genannt

Das Reichsministerium.

Die Parteibildung im Parlament.

werden mögen, gab es vielfache Anknüpfungspunkte, und ebenso mit deren Seitenzweig, dem Nürnberger Hof, in dem Kolb von Speyer und Löwe von Calbe hervorragten. Erst mit dem Deutschen Hause und dem Donnersberg, den beiden Fractionen des äußersten Radicalismus, wo Carl Vogt und Ruge, Zitz und Wesendonck den Ton angaben, hörte jede Verständigung auf. Einfacher als nach links hin gruppirten sich die Mitglieder auf der äußersten Rechten, die auch an Zahl nicht halb so stark waren wie die Republikaner. Bei ihnen war das Café Milani, später der Englische Hof, der Sitz der protestantischen Norddeutschen, wo Georg von Vincke den Ton angab, und neben ihm der Graf Schwerin und die späteren Reichsminister Grävell und Detmold zu nennen sind; während in dem Steinernen Hause der Katholicismus, die Döllinger und Lassaulx, aber auch die Radowitz und Lichnowski ihr Hauptquartier hatten. Nicht auf einmal gestaltete sich, wie kaum zu bemerken ist, diese weitgetriebene Gliederung der Parteien, noch blieb sie, einmal eingetreten, von dauerndem Bestande; selbst in Beschränkung auf die zweite Hälfte des Jahres 1848 darf diese Uebersicht daher nur als allgemeine Charakteristik gelten, die für jeden einzelnen Moment verschiedenartigen Abänderungen zu unterwerfen wäre.

Berathung der Grundrechte.

Die Hauptarbeit, welcher sich die Versammlung nunmehr widmete, und in die sie bereits am 3. Juli eingetreten war, galt der Feststellung der s. g. Grundrechte. Der Verfassungsausschuß hatte es für gerathen gefunden, über diesen Theil seines Werkes abgesonderten Bericht zu erstatten; in 12 Artikeln und 48 Paragraphen hatte er die wichtigsten Bestimmungen über ein allgemeines deutsches Bürgerrecht, über Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit der Presse, des Glaubens, der Wissenschaft, des Vereinswesens, über Unabhängigkeit der Rechtspflege und Selbständigkeit der Gemeinden, sowie über die Nothwendigkeit einer Volksvertretung in den Einzelstaaten zusammengefaßt. Man glaubte in nicht gar zu langer Zeit mit der Berathung zu Ende zu kommen; der Präsident selbst meinte in drei Wochen fertig zu werden. Aber nun begann aufs Neue die Redewuth und der unendliche Strom der Aenderungsvorschläge; die letzteren schätzte ein Redner schon am vierten Tage auf 350 und prophezeite nach dem bisherigen Maßstabe 4380 Reden für die Gesammtverhandlungen, deren Schluß voraussichtlich im April 1850 stattfinden werde. Ganz so schlimm ward es nun freilich nicht; aber aus den drei Wochen des Präsidenten waren doch schon über 3 Monate geworden, als man am 13. October mit der ersten Berathung (und auch das noch unter Zurückstellung von 9 Paragraphen) zu Ende gekommen war und in die zweite Berathung eintreten konnte.

Die Einzelregierungen.

Allerdings war nicht die ganze Zeit ausschließlich den Grundrechten gewidmet worden; auch die Conflicte mit der Centralgewalt und mit den Einzelregierungen hatten viele Zeit verschlun-

Hannover. gen. Unter den letzteren wagte es Hannover zuerst der Nationalversammlung Trotz zu bieten; denn hier war nicht der König Ernst August allein widerwillig der Strömung der Zeit gefolgt, sondern auch Stüve, sein leitender Minister, der den zweifellosesten Liberalismus mit einem ausgeprägten hannoverschen Sonderstandpunkte zu verbinden wußte, ertrug ungeduldig die Herrschaft der frankfurter Versammlung. Die Anerkennung des Reichsverwesers ward daher mit einer sehr scharfen Erklärung an die hannoverschen Stände begleitet, kraft deren der König im Voraus versicherte, er werde keiner Reichsverfassung seine Zustimmung geben, welche nicht die Selbständigkeit der Einzelstaaten genügend verbürge. Das war also die schroffste Auflehnung gegen die Souveränetät der Nationalversammlung, die in ihrer ungeheuren Mehrheit keinem Fürsten, am wenigsten aber einem so verrufenen Reactionär, wie dem König Ernst August, das Recht zugestand, eine Verfassung, die sie beschlossen, zu verwerfen. Die Linke stellte kurz und gut den Antrag, den Rebellen von seinem Throne zu stoßen; die Mehrheit beschloß wenigstens, eine unbedingte Anerkennung der Centralgewalt von dem Könige zu fordern. Nur scheinbar erreichte sie diesen ihren Willen; der hannoversche Gesandte in Frankfurt leistete die Anerkennung, aber er leistete sie ohne ausdrücklichen Auftrag seines Monarchen. Daß damit nichts Wesentliches gewonnen sei, ersah man schon daraus, daß die hannoversche Armee nicht angehalten wurde, dem Reichsverweser feierlich zu huldigen.

Die Huldigung des Heeres. Durch eine Verfügung des Kriegsministers war eine solche Huldigung auf den 6. August für die gesammte frühere Bundesarmee befohlen worden; allein nur in den Klein- und den meisten Mittelstaaten ward diesem Befehle gehorcht. In Oestreich kümmerte man sich gar nicht darum; in Preußen befolgte man ihn nur in den Bundesfestungen und suchte sich mit allerlei Umschweifen herauszureden. Das Reichsministerium besaß nicht die Kraft, seinen Willen zu erzwingen und stellte sich befriedigt. Es besaß aber auch nicht die Klugheit, ein besseres Verhältniß zu den Einzelstaaten durch eigenes Vorgehen herbeizuführen. Mit

Preußen. Recht verlangte Preußen, daß diesen wenigstens ein berathender Einfluß auf die Maßregeln der Centralgewalt ermöglicht werde und empfahl deshalb, aus den Vertretern der Einzelstaaten bei dem Reichsverweser ein Collegium von 13 Stimmen, eine Art von Bundesrath, zu bilden, und diesen in regelmäßige Beziehungen zum Reichsministerium zu setzen. Um das bei der Mehrheit der Nationalversammlung durchzusetzen, hätte es eines starken Druckes bedurft, und den glaubte das Ministerium nicht anwenden zu können. So scheiterte der Plan, der allein noch die nöthige Fühlung zwischen der Centralgewalt und den Fürsten herzustellen

Das Cölner Dombaufest. vermochte. Aeußerlich bestand einstweilen, besonders zwischen Friedrich Wilhelm IV und Erzherzog Johann, ein recht gutes Einvernehmen. Ein Fest zur Feier des Dombaues vereinigte beide mit dem Präsidenten und vielen Mitgliedern der National-

versammlung am 15. August in Cöln und es fehlte nicht an gegenseitigen Aufmerksamkeiten; aber mahnend erscholl auch das Wort des preußischen Königs an Heinrich von Gagern: Ich werde nie vergessen, welch ein großes Werk Sie zu gründen berufen sind; aber vergessen Sie auch nicht, daß es in Deutschland Fürsten giebt, und daß ich deren einer bin! Selbst einem Gagern und den Mittelparteien gegenüber war diese Mahnung nicht unberechtigt noch überflüssig; denn während thatsächlich doch die Vertretung des Reiches nach außen auf den blutigen Feldern Schleswigs den preußischen Waffen oblag, betrachtete die Mehrheit des Parlamentes sich selbst vom Standpunkte des Revolutionsrechtes als die allein maßgebende Gewalt und mißkannte völlig die wirklichen Verhältnisse. Der Zusammenstoß, der daraus hervorgehen mußte, stand näher vor der Thür, als das deutsche Volk ahnte.

Preußen und der schleswig-holsteinsche Conflict.

Unmittelbar nach dem Zusammentritte des deutschen Parlamentes hätte man fürchten können, daß zwischen ihm und der preußischen Nationalversammlung, die nur 4 Tage später, am 22. Mai, in Berlin eröffnet wurde, Mißhelligkeiten ausbrechen möchten. Beide Versammlungen waren aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen; an demselben Tage hatten die Urwähler ihre Wahlmänner zu dem einen und zu dem andern Zwecke erkoren. Galt auch im Allgemeinen die Sendung nach Frankfurt ohne Zweifel für die ehrenvollere und wichtigere, so mußte doch den berliner Vertretern die Frage sehr nahe liegen, wodurch denn die frankfurter Versammlung bei genau demselben Ursprung eine höhere Weihe und höhere Macht erhalten habe; der preußische Sondergeist, der gefährlichste von allen, konnte sich leicht durch Maßnahmen des deutschen Parlamentes verletzt fühlen und konnte dahin gebracht werden, auf *seinem* Willen zu beharren, wenn die Frankfurter das Gegentheil beschlossen. Beide Versammlungen waren constituirende, beide betrachteten sich als souverän in der Vollziehung dieser ihrer Aufgabe; beide schlossen sich daher streng genommen gegenseitig aus, und es war ein sehr begreiflicher Wunsch des frankfurter Parlamentes, daß die Preußen nicht früher an die Ausarbeitung ihrer Verfassung gehen sollten, als bis die Verfassung des Reiches vollendet sei. Aber es war doch zugleich ein unerfüllbarer Wunsch; Preußen konnte nicht warten; und dieser Einsicht verschloß man sich denn auch in Frankfurt nicht. Man begnügte sich damit, am 27. Mai den Satz auszusprechen, daß alle Einzelverfassungen, auch die, welche jetzt erst begründet würden, nur so weit gültig seien, wie sie mit der künftigen Reichsverfassung übereinstimmten. Die berliner Nationalversammlung wandte gegen diesen Beschluß Nichts ein und so

Die berliner National-Versammlung.

versammlung am 15. August in Cöln und es fehlte nicht an gegenseitigen Aufmerksamkeiten; aber mahnend erscholl auch das Wort des preußischen Königs an Heinrich von Gagern: Ich werde nie vergessen, welch ein großes Werk Sie zu gründen berufen sind; aber vergessen Sie auch nicht, daß es in Deutschland Fürsten giebt, und daß ich deren einer bin! Selbst einem Gagern und den Mittelparteien gegenüber war diese Mahnung nicht unberechtigt noch überflüssig; denn während thatsächlich doch die Vertretung des Reiches nach außen auf den blutigen Feldern Schleswigs den preußischen Waffen oblag, betrachtete die Mehrheit des Parlamentes sich selbst vom Standpunkte des Revolutionsrechtes als die allein maßgebende Gewalt und mißkannte völlig die wirklichen Verhältnisse. Der Zusammenstoß, der daraus hervorgehen mußte, stand näher vor der Thür, als das deutsche Volk ahnte.

Preußen und der schleswig-holsteinsche Conflict.

Unmittelbar nach dem Zusammentritte des deutschen Parlamentes hätte man fürchten können, daß zwischen ihm und der preußischen Nationalversammlung, die nur 4 Tage später, am 22. Mai, in Berlin eröffnet wurde, Mißhelligkeiten ausbrechen möchten. Beide Versammlungen waren aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen; an demselben Tage hatten die Urwähler ihre Wahlmänner zu dem einen und zu dem andern Zwecke erkoren. Galt auch im Allgemeinen die Sendung nach Frankfurt ohne Zweifel für die ehrenvollere und wichtigere, so mußte doch den berliner Vertretern die Frage sehr nahe liegen, wodurch denn die frankfurter Versammlung bei genau demselben Ursprung eine höhere Weihe und höhere Macht erhalten habe; der preußische Sondergeist, der gefährlichste von allen, konnte sich leicht durch Maßnahmen des deutschen Parlamentes verletzt fühlen und konnte dahin gebracht werden, auf *seinem* Willen zu beharren, wenn die Frankfurter das Gegentheil beschlossen. Beide Versammlungen waren constituirende, beide betrachteten sich als souverän in der Vollziehung dieser ihrer Aufgabe; beide schlossen sich daher streng genommen gegenseitig aus, und es war ein sehr begreiflicher Wunsch des frankfurter Parlamentes, daß die Preußen nicht früher an die Ausarbeitung ihrer Verfassung gehen sollten, als bis die Verfassung des Reiches vollendet sei. Aber es war doch zugleich ein unerfüllbarer Wunsch; Preußen konnte nicht warten; und dieser Einsicht verschloß man sich denn auch in Frankfurt nicht. Man begnügte sich damit, am 27. Mai den Satz auszusprechen, daß alle Einzelverfassungen, auch die, welche jetzt erst begründet würden, nur so weit gültig seien, wie sie mit der künftigen Reichsverfassung übereinstimmten. Die berliner Nationalversammlung wandte gegen diesen Beschluß Nichts ein und so

Die berliner National-Versammlung.

konnte die heikle Frage im Grundsatz wenigstens als geordnet betrachtet werden.

Die Vereinbarung der Verfassung.

Aber auch thatsächlich verlor sie ihre Gefährlichkeit mehr und mehr dadurch, daß der berliner Versammlung ihr souveräner und constituirender Charakter seitens der Regierung mit Ausdauer bestritten wurde. Anerkannt war er von dieser Seite niemals. Schon in der Benennung, welche die Versammlung amtlich führte, ward ihr nur das Recht, die Verfassung mit der Regierung zu *vereinbaren*, zugestanden. Allerdings bekämpfte die Linke diesen Standpunkt, aber die Mehrheit der Versammlung ließ ihn doch zu, indem sie schon am 30. Mai bei der Berathung der Geschäftsordnung den Antrag abwies, sich selbst als Constituante zu bezeichnen und dem Könige das Recht der Auflösung abzusprechen.

Die Parteien.

Die Linke verfügte in ihren verschiedenen Schattirungen über höchstens 120 Stimmen; manch hervorragendes Talent stand ihr zu Gebote; neben Johann Jacoby, der einen bekannten politischen Namen mitbrachte, schwangen sich besonders Waldeck und Unruh bald zu Führern empor, jener Westfale, Katholik, Mitglied des höchsten Gerichtshofs und bisher politisch so wenig bekannt, daß die Nationalzeitung seine Wahl als die eines Reactionärs beklagte. Aehnliche Unklarheit herrschte während der ersten Wochen in Bezug auf viele Abgeordnete; die Wähler selbst hatten nicht selten ihre Stimmen ohne volle Kenntniß der politischen Stellung ihres Vertrauensmannes abgegeben. Die bewährteren und bekannteren Politiker waren meist nach Frankfurt geschickt, und wenn sich gleichwohl auch in der berliner Versammlung eine beträchtliche Zahl bedeutender Kräfte herausarbeitete, so blieb sie im Verhältniß zu den Unfähigen und Ungeeigneten doch immer klein. Die gelehrten Stände waren sehr stark vertreten; an 100 Juristen, 80 Geistliche und Lehrer, ebensoviel sonstige Beamte; andrerseits freilich auch gegen 100 Bauern und Handwerker, so daß der Großgrundbesitz, der Handel und die Industrie, überhaupt das große Capital überraschend schwach vertreten war. Damit war denn auch die Schwäche der conservativen Partei gegeben und der Schwerpunkt in die Centren gerückt. Diesen aber fehlte es an einflußreichen Führern; die Opposition vom Vereinigten Landtage saß theils in Frankfurt, theils im Ministerium. Von diesem mußte die Leitung ausgehen, wenn die Mittelparteien die Stellung behaupten wollten, die ihnen der Zahl nach zukam.

Das Ministerium.

Das Ministerium aber befand sich in einer höchst bedenklichen Lage. Wollte es die Versammlung an sich ketten, so mußte es die aufgeregte Stimmung der berliner Bevölkerung und die Ansprüche, welche von dorther an die Volksvertretung gestellt wurden, berücksichtigen. Die Zeit war noch nicht gekommen und die Mehrheit besaß in sich selbst nicht Kraft genug, um dem Unwillen des souveränen Volkes muthig Trotz zu bieten. Trug das Ministerium aber dieser Thatsache Rechnung, so verdarb es

Der König.

seine Stellung zum Könige von Grund aus. Friedrich Wil-

helm IV. hatte in den Tagen der Revolution mit Nichten eine innere Umwandlung vollzogen; er war ganz und gar der Alte, und der gesammte Liberalismus, wie er jetzt am Ruder war, galt in seinen Augen für Nichts als für die verkörperte Sünde und den schrecklichsten Abfall von Gott. Er glaubte einer großen europäischen Verschwörung erlegen zu sein; er fürchtete einen neuen Anlauf derselben, und lieber als sich zum zweiten Male beugen, wollte er das „treue, racheschnaubende, Landvolk" aufbieten und die Verschwörer mit starker Hand demüthigen. So hatten die Minister vor ihm einen schweren Stand. Nur Camphausen etwa und Schwerin fanden Gnade in seinen Augen; die Andern erklärte er gradezu für Feiglinge, die jedesmal ihre Entlassung forderten, wenn er, der König, nicht nachgeben wolle; Heinrich von Arnim mißhandele ihn förmlich. Hätte die Nationalversammlung sich in einer entgegenkommenden Sprache auf die Thronrede, mit welcher der König sie am 22. Mai eröffnete, vernehmen lassen, so würde das die Stellung des Cabinets auch dem Monarchen gegenüber befestigt haben; vollends nachdem der Antrag auf eine solche Adresse von dem berliner Abgeordneten Duncker einmal gestellt war, mußte das Ministerium dringend die Annahme wünschen; denn jetzt erschien die Ablehnung allerdings wie ein Mißtrauensvotum. Trotzdem schwankte das linke Centrum in seinem Entschluß, und erst als die Minister Hansemann und Camphausen mit ihrem Rücktritt drohten, wurde der Erlaß einer Adresse beschlossen und ein Ausschuß mit dem Entwurf betraut. Noch hatte dieser sein Werk nicht vollendet, als die Linke mit einem kecken Streiche dazwischen fuhr. Wenn die Adresse nothwendiger Weise eine Anerkennung des Königs und des Ministeriums enthalten mußte, so sollte die Mehrheit vorher auf anderem Wege gezwungen werden, auch die Souveränetät des Volkes anzuerkennen. Dies geschah unzweideutig, wenn sie genöthigt wurde, die Märztage als die Grundlage ihres Daseins zu verherrlichen, und schwerlich, so rechnete man auf der linken Seite, konnte sie es dem berliner Volke gegenüber wagen, einen Beschluß in diesem Sinne zu verweigern. So stellte denn der Abgeordnete Berends von Berlin am 8. Juni den Antrag, in Anerkennung der Revolution zu erklären, daß sich die Märzkämpfer um das Vaterland verdient gemacht hätten. Allein der Anschlag mißglückte. Nach zweitägiger Verhandlung beschloß die Versammlung auf den Antrag von Zacharias mit 19 Stimmen Mehrheit, zur Tagesordnung überzugehen, da ihre Aufgabe nicht sei, über die unbestrittene Bedeutung der Märzereignisse, denen man in Verbindung mit der königlichen Zustimmung die staatliche Neuordnung verdanke, historische Urtheile zu fällen, sondern vielmehr die Verfassung mit der Krone zu vereinbaren. Das war also eine vollständige Niederlage der Linken, eine Anerkennung der königlichen Mitwirkung, eine Anerkennung der Vereinbarungslehre. Wäre der Ausgang ein anderer gewesen, so hätte der König, der

Die Adreßfrage.

Antrag Berends.

von Unwillen über die Frechheit der Linken übermeistert war, einen völligen Bruch nicht gescheut. Auflösung der Versammlung, Entlassung des Ministeriums, Umlagerung von Berlin, das waren die Pläne, die ihm durch den Kopf schossen. Auch der Sieg der gemäßigten Parteien beruhigte ihn noch keineswegs; nahe genug lag die Besorgniß, daß jetzt ein neuer Aufstand in der Hauptstadt ausbrechen werde. Lärmende Volkshaufen hatten während der Verhandlungen das Gebäude der Singacademie, wo die Versammlung tagte, umwogt, und einzelne Abgeordnete und Minister, wie der Prediger Sydow und Heinrich von Arnim waren thätlich mißhandelt worden. In den nächsten Tagen war die Aufregung in beständigem Wachsen; die Bürgerwehr machte Miene, entschieden für die Erhaltung der Ruhe einzutreten; um so lauter forderten die Wühler Waffen für das eigentliche „Volk" und kündigten ganz unverholen einen Sturm auf das Zeughaus an. Trotzdem versäumte die Regierung, das wichtige Gebäude genügend zu schützen, und als in der Nacht vom 15. zum 16. Juni die Volksmassen in dasselbe eindrangen, ward es von der Besatzung ohne Widerstand geräumt. Der Triumph dauerte allerdings nur wenige Stunden, aber für das Ministerium war das Ereigniß doch eine schwere Niederlage. Der Kriegsminister Graf Canitz mußte sofort zurücktreten und seine Collegen folgten ihm am 25. Juni. Nur Hansemann blieb auf seinem Posten; den Vorsitz übernahm an Camphausens Stelle Rudolf von Auerswald; für Canitz war der General Schreckenstein eingetreten; die übrigen Ministerien erhielten Milde, bisher Präsident der Nationalversammlung und als solcher nunmehr durch Grabow ersetzt, Rodbertus, Märker, Gierke und Kühlwetter. Das neue Cabinet sah natürlich eine dringende Aufgabe darin, für die Ruhe Berlins zu sorgen, und die Einrichtung des Instituts der Schutzleute diente diesem Zwecke mit bestem Erfolg. Es war aber nicht minder beflissen, die öffentliche Meinung zufrieden zu stellen und kam der Linken bedeutend weiter entgegen als seine Vorgänger. Diese hatten am Tage des Zeughausſturmes auch in der Nationalversammlung eine empfindliche Niederlage erlitten; trotz ihrer Einsprache gegen solchen „Zeitverlust" war der Verfassungsentwurf auf den Antrag Waldecks und Wachsmuths, eines Mitgliedes der Rechten, an einen Ausschuß verwiesen, welcher seine Mängel ausfüllen und verbessern sollte. Das neue Cabinet erkannte diesen Beschluß bereitwillig an und versprach überdies wichtige Gesetzvorlagen über die Bürgerwehr und die Aufhebung der Steuerfreiheiten des Adels, besonders aber eine neue Gemeindeordnung, die Waldeck für wichtiger als selbst die Verfassung erklärt hatte. Auch mit dem Könige wußte es sich besser zu stellen; dieser meinte wohl, er komme sich jetzt vor wie im Himmel. Sehr unerfreulich gestaltete sich aber das Verhältniß zu Frankfurt. Dort vollzog sich eben jetzt die Bildung des Reichsministeriums. Einer Reihe hervorragender Preußen wurden Sitze in demselben angeboten;

Der Zeughausſturm.

Ministerium Hansemann.

Der Verfassungsausschuß.

Stellung zu Frankfurt.

Camphausen sollte den Vorsitz führen, Beckerath die auswärtigen Angelegenheiten übernehmen. Sie lehnten ab, und ebenso zerschlug sich eine Zusammensetzung Stockmar-Bunsen, die gleichfalls für Preußen sehr annehmbar gewesen wäre. Statt dessen erhielt Leiningen die Leitung und nur der Kriegsminister Peucker und Beckerath, der mit schwerem Herzen die Finanzen übernahm, vertraten das preußische Volk im Rathe des Reichsverwesers. Ueber die schwierige Frage der Huldigung kam man, wie erzählt worden, noch so leidlich hinweg, und die Begegnung des Königs mit dem Reichsverweser bei dem Cölner Feste verlief glatt genug. Aber ein viel ernsthafterer Gegensatz bestand daneben fort, und konnte nicht lange in der Schwebe bleiben. Er bezog sich auf die schleswig-holsteinische Sache, und deren müssen wir deshalb hier rückgreifend gedenken.

Der Krieg in Schleswig-Holstein.

Schon in den ersten Tagen des April war es zwischen den Dänen und schleswig-holsteinschen Truppen, die, verstärkt durch Freiwillige aus den Herzogthümern und dem übrigen Deutschland, sich sofort für die Sache ihres Heimatlandes erklärten, zu blutigen Kämpfen gekommen. Die Gegenden nördlich von Flensburg zu vertheidigen war unmöglich, da von Alsen aus beständig eine Bedrohung der Rückzugslinie stattfand. Aber auch die Stellung um Flensburg mußte am 9. April nach dem verlustreichen Kampfe bei Bau und Crusau preisgegeben werden und nur der eiligste Rückzug auf die Eiderlinie rettete die Schleswig-Holsteiner vor völliger Vernichtung durch die dänische Uebermacht. Schon am 11. April wehte der Danebrog wieder in der Stadt Schleswig. Aber mittlerweile waren auch die preußischen Truppen zahlreich genug in Holstein angelangt, um zum Angriff übergehen zu können. Den Oberbefehl über sie führte General Wrangel. Noch am 11. April richtete dieser an den dänischen Heerführer die Aufforderung Schleswig zu räumen und erzwang diese Forderung dann binnen 14 Tagen durch siegreiche Kämpfe bei Schleswig am 23. und Oeversee am 24. April. Am letzten Tage des Monats stand er an der jütischen Grenze. Hätte sich Dänemark weiterer Feindseligkeiten gegen Deutschland enthalten, so würden die deutschen Truppen an der Königsau Halt gemacht haben. Allein die Beschlagnahme und gewaltsame Aufbringung deutscher Schiffe, sowie die Blokade der Häfen in der Ost- und Nordsee machten weitere Schritte nöthig. Am 2. Mai besetzte Wrangel den südlichen Theil Jütlands mit der kleinen Festung Friedericia und schrieb sodann eine starke Geldzahlung aus zur Vergeltung für die dem deutschen Handel zugefügten Nachtheile. Von diesem Zeitpunkt ab erlahmte jedoch die Entschlossenheit der Kriegführung. Der Grund dafür lag in der Einmischung der fremden Diplomatie. England zuerst, dann Rußland und Anfang Mai auch Schweden erhoben Einspruch gegen die Bedrohung Dänemarks und besonders gegen die Besetzung Jütlands. Die Gesandten der beiden Großmächte in Kopenhagen wandten sich überdies unmittelbar an

Einmarsch der Preußen.

Einmarsch in Jütland.

Wrangel und forderten, daß er sich zurückziehe. Natürlich lehnte der General dieses Verlangen ab, sofern nicht Dänemark die schleswigsche Insel Alsen räume, die gekaperten Schiffe zurückgebe und die Blokade aufhebe. Das preußische Cabinet und der Bundestag billigten zwar dieses Verhalten, aber Ende Mai erfolgte doch von Berlin aus der Befehl zum Rückzug. Die Dänen drangen sofort nach und griffen außerdem von Alsen aus die im Sundewitt stehenden deutschen Truppen an. Auch diese Halbinsel mußte nach dem Gefecht bei Nübel am 28. Mai vorübergehend geräumt werden; doch erzwangen die Generale Bonin und Halkett schon am 5. Juni bei Düppel von Neuem den Besitz, während der Baier von der Tann mit seiner Freischaar ruhmvoll und glücklich bei Hoptrup (zwischen Hadersleben und Apenrade) kämpfte, so daß Ende Juni das Land bis zur Königsau wieder von den Dänen gesäubert war.

Rückzug Wrangels.

Diplomatische Verhandlungen.

Unterdessen hatten die diplomatischen Verhandlungen ihren Fortgang genommen. Während des Monats Mai war London ihr wichtigster Sitz. Lord Palmerstons Haltung war den deutschen Forderungen nicht eben ungünstig. Während Dänemark verlangte, daß während des Waffenstillstandes die vorläufige Regierung und das schleswig-holsteinsche Heer aufgelöst und ein Ersatz für beides in Schleswig durch den König von Dänemark, in Holstein durch den Bund geschaffen werde, vertrat die englische Regierung den Standpunkt, das Land in der Zwischenzeit völlig sich selbst zu überlassen, und begünstigte den Eintritt Schleswigs in den Bund mit der einzigen Einschränkung, daß den nördlichen Bezirken bei freier Abstimmung der Anschluß an Jütland zugestanden werde. Dänemark widersetzte sich diesen Bedingungen hartnäckig und erreichte zunächst so viel, daß die weiteren Verhandlungen unter schwedischer Vermittlung in Malmö stattfanden, wohin der König von Preußen den General von Below entsandte. Friedrich Wilhelm ersehnte den Frieden auf das Eifrigste. Einerseits erschien ihm die Sache der Herzogthümer täglich mehr in revolutionärem Lichte, andrerseits wollte er um keinen Preis einen Krieg mit Rußland, zu dem die Drohungen des Czaren und die Erbitterung des deutschen Volkes doch leicht führen konnten. Entschlossen in diesem Punkte nicht nachzugeben, bedurfte der König militärischer Kräfte zu seinem Schutz, ein Grund mehr, die baldige Rückkehr der Garden vom Kriegsschauplatze zu wünschen. So ließ er sich also Ende Juni auf die Verhandlungen in Malmö ein. Sie zogen sich, einmal bereits abgebrochen, dann in Bellevue bei Kolding wieder aufgenommen, mehrere Wochen hin und ergaben schließlich am 19. Juli ein Einverständniß, dessen wesentlichen Inhalt ein dreimonatlicher Waffenstillstand, die beiderseitige Räumung der Herzogthümer, die Theilung der schleswig-holsteinschen Armee in eine schleswigsche und eine holsteinsche Hälfte, und die Ersetzung der vorläufigen Regierung durch eine von Dänemark und Preußen gemeinsam zu ernennende Behörde

bildeten. Da nun aber Preußen den Krieg Namens des Bundes führte und dieser seit dem 11. Juli aufgehört hatte zu sein, so war die Zustimmung des Reichsverwesers und des Parlamentes erforderlich, um den Verabredungen von Bellevue Gültigkeit zu geben. Das Parlament hatte sich zu wiederholten Malen mit großer Entschiedenheit zu Gunsten der Herzogthümer ausgesprochen und bereits am 9. Juni erklärt, es werde keinen Frieden genehmigen, der die Rechte der Schleswiger und die Ehre Deutschlands schädige. Auch das Reichsministerium war von dem größten Eifer beseelt und das bloße Gerücht von den malmöer Verhandlungen genügte ihm, um die süddeutschen Regierungen zu Rüstungen und Truppensendungen nach dem Norden aufzufordern und im Parlamente zu erklären, der Krieg müsse fortan mit Reichstruppen und Reichsgeldern geführt werden. Aber trotzdem ertheilte der Erzherzog Johann am 7. August mit einigen Einschränkungen den Verabredungen von Bellevue seine Zustimmung, und die Verhandlungen begannen darauf in Malmö von Neuem. Auch die Reichsgewalt ordnete in der Person Max von Gagerns einen Vertreter dazu ab; aber die Dänen weigerten sich so hartnäckig, mit ihm sich einzulassen, daß auch Preußen endlich darauf verzichtete. Das verbesserte nun freilich die Stimmung zwischen Berlin und Frankfurt nicht und vollends die weiteren Zugeständnisse, zu denen sich Preußen in dem Vertrage von Malmö am 26. August herbeiließ, erregten in Frankfurt das größte Mißfallen. Die Dauer des Waffenstillstandes war auf 7 Monate verlängert, also der Winter, wo die dänische Flotte wenig schaden konnte, hineingezogen worden und Deutschland nach Dahlmanns bittrem Wortspiel gradezu in den April geschickt. Auch bestimmte ein Zusatz, daß alle seit dem März erlassenen Gesetze und Verordnungen außer Kraft gesetzt werden sollten, und zum Präsidenten der gemeinschaftlich ernannten Regierung war Graf Carl Moltke, einer der verhaßtesten Dänenfreunde, erkoren worden. Die Nachricht von diesem Abschluß rief in den frankfurter Kreisen ebenso große Bestürzung wie Erbitterung hervor. Hatte man die Mittel, sich dem Willen Preußens zu widersetzen? und konnte man andrerseits mit Ehren bestehen, wenn man diesen Abmachungen zustimmte, wenn man die vorläufige Regierung in Rendsburg preisgab, wenn man die deutschen Truppen aus deutschem Bundesgebiete zurückzog? Unterwerfen Sie Sich jetzt beim Anblick der Gefahr, so rief Dahlmann entrüstet den Schwankenden zu, dann werden Sie Ihr ehemals so stolzes Haupt nie wieder erheben, denken Sie an meine Worte: nie! Den Ernst der Lage verkannte wohl Niemand im ganzen Parlament. Als das Ministerium am 4. September Mittheilung von dem Wortlaute des Vertrags machte, wurde auf Antrag von Waitz binnen 24 Stunden ein Ausschußbericht über die Sachlage erfordert. Dahlmann erstattete ihn und verlangte, daß die Ausführung des Vertrages eingestellt werde. Es gab einen heißen

Der Waffenstillstand von Malmö.

Die Opposition in Frankfurt.

Die Septembertage.

Kampf im Parlamente; die gesammte Linke, die ihn so oft geschmäht und verspottet, schaarte sich unter Dahlmanns Fahne; aber die eigene Partei erklärte sich in großer Mehrheit wider ihn und das Ministerium drohte mit seinem Rücktritt, wenn der Antrag durchgehe. In der That war es unmöglich ihn auszuführen, da der König von Preußen mittlerweile den Vertrag schon bestätigt hatte. Dennoch fand sich eine knappe Mehrheit von 17 Stimmen für die Verwerfung und Dahlmann, als der Führer der bunt zusammengewürfelten siegreichen Majorität, sollte nun ein neues Ministerium bilden. Aber wie das anfangen? Unmöglich konnte er sich seine Collegen aus der Linken wählen, mit der er Nichts gemein hatte, und seine eigenen Gesinnungsgenossen wandten sich von ihm ab und verweigerten, wie sie nicht anders konnten, ihm ihren Beistand. Nach drei sorgenvollen Tagen mußte er dem Reichsverweser die Unausführbarkeit des Auftrags, der ihm geworden, anzeigen. Nicht glücklicher war ein Versuch des Abgeordneten Hermann aus München; das Ende war also die Rückkehr des früheren Ministeriums, aus dem jedoch Leiningen schied, während Schmerling den Vorsitz übernahm. Nicht einmal der Beschluß vom 5. September war in dieser Verwirrung ausgeführt worden; wenige Tage später ward er ausdrücklich wieder aufgehoben und der Vertrag genehmigt. Die Mehrheit des Ausschusses beantragte zwar auch jetzt noch die endgültige Verwerfung; aber wenn auch dieselbe Zahl von Abgeordneten am 16. September für sie stimmte, wie am 5. (238, resp. 236), so waren die Reihen der Gegner in der vollzähligeren Versammlung doch so bedeutend gewachsen (von 221 auf 258), daß der Sieg auf ihrer Seite blieb. Der Ingrimm, der sich darob der Linken bemächtigte, war ungeheuer; die Leidenschaftlichsten sannen darauf, den sicheren Sieg, der ihnen im Parlamente doch wieder entrissen war, mit Hülfe des Pöbels zurückzugewinnen. Am folgenden Tage, dem 17. September, einem Sonntage, veranstalteten die frankfurter Demokraten auf der Pfingstweide eine Massenversammlung, die auf 20,000 Köpfe geschätzt wurde. In den maßlosesten Reden wurde auf die 258 Verräther geschimpft; Zitz, der Abgeordnete von Mainz, forderte die Massen auf, „mit Fractur zu schreiben"; andere Mitglieder der Versammlung, Heinrich Simon, Wesendonck, Schlöffel, unterstützten ihn; am nächsten Tage sollte die Ueberreichung einer Adresse die Gelegenheit bieten, das Parlament zu sprengen und die Republik auszurufen. Das Ministerium traf jedoch zu rechter Zeit schützende Vorkehr; östreichische und preußische Truppen wurden aus Mainz herangezogen und die Paulskirche besetzt. Gereizt durch diese neue Enttäuschung, begannen die Republikaner Barricaden zu errichten, ohne doch im Stande zu sein, sie zu behaupten. Ernstliche Gefahr drohte von diesen wahnwitzigen Versuchen nicht; aber ohne Blutvergießen ging es auch nicht ab. Nicht von den Soldaten allein fanden mehrere ihren Tod, sondern sogar zwei

Der Aufstand in Frankfurt.

angesehene Mitglieder der Nationalversammlung, Alfred von Auerswald und Fürst Lichnowsky, wurden vor dem bornheimer Thor in barbarischer Weise hingeschlachtet. Der alte Jahn, der Minister Heckscher entgingen kaum demselben Schicksal, und geringeren Mißhandlungen waren — hoffentlich nur durch Verwechselung, wie die Parteigenossen meinten — selbst Mitglieder der Linken ausgesetzt. Diese schmachvollen Pöbelscenen erfüllten alle Vaterlandsfreunde mit Scham und Entrüstung; mahnend riefen wohlwollende Stimmen den Republikanern zu, auf ihrem Wege einzuhalten, aus dem Erlebten sich die rechte Lehre zu ziehen. Aber nach einigen Tagen der Bestürzung und Mäßigung schlugen jene den alten Ton ganz wie früher wieder an und traten mit einer Frechheit — kein Andrer als der Präsident von Gagern gebrauchte diesen Ausdruck in offener Sitzung — gegen die Mehrheit auf, die dem Langmüthigsten das Blut zum Sieden bringen mußte. Schwer litt die ernste geschäftliche Arbeit unter solchen Vorgängen, und fast noch schwerer das sittliche Ansehen, dessen die Versammlung zur Lösung ihrer Aufgabe so dringend benöthigte. Den Rückschrittsmännern aber schwoll das Herz und wuchs der Muth bei jeder neuen Ausschreitung der äußersten Linken. Täglich wurde es offenbarer, daß der Kreis derer, welche noch mit Hoffnung und Vertrauen auf das deutsche Parlament blickten, zusammenschrumpfe und die Zahl solcher, die sehnsüchtig eine starke Regierung zurückwünschten, sich erweitere. Die Vorgänge in den andern Theilen Deutschlands bewegten sich in derselben Richtung. Baden erlebte eine zweite republikanische Erhebung, die freilich noch kläglicher auslief als die vom April. Hecker stand diesmal nicht an der Spitze; er war wenige Tage vor dem 18. September nach Amerika abgesegelt; die bedeutendsten Leiter waren Struve, Löwenfels und Carl Blind. Von Basel aus, wo sie trotz aller Einreden des Reichsministeriums ruhig wohnen durften, brachen sie am 21. September in Baden ein. Lörrach wurde besetzt, das Volk aufgeboten und durch den Schwarzwald bis ins Rheinthal vorgerückt. Aber schon am 24. zerstoben die ungeregelten Schaaren bei Staufen vor den Truppen des Generals Hoffmann und der Spuk war zu Ende. Noch weniger hatten die Gährungen und Bewegungen zu bedeuten, die sich in andern Theilen Deutschlands bemerklich machten; nur an dem Hauptsitze der flachsten Demokratie, in Wien, kam es zu einer Erhebung, die von ernsten Folgen begleitet war.

Der Aufstand in Baden.

Die Krisis in Oestreich.

Trotz des Erfolges, den die östreichischen Waffen in der Lombardei errungen, war die Lage des Kaiserstaates seit dem Juli kaum besser geworden. Der Reichstag, der in Wien am 22. Juli

Der Reichstag in Wien.

angesehene Mitglieder der Nationalversammlung, Alfred von Auerswald und Fürst Lichnowsky, wurden vor dem bornheimer Thor in barbarischer Weise hingeschlachtet. Der alte Jahn, der Minister Heckscher entgingen kaum demselben Schicksal, und geringeren Mißhandlungen waren — hoffentlich nur durch Verwechselung, wie die Parteigenossen meinten — selbst Mitglieder der Linken ausgesetzt. Diese schmachvollen Pöbelscenen erfüllten alle Vaterlandsfreunde mit Scham und Entrüstung; mahnend riefen wohlwollende Stimmen den Republikanern zu, auf ihrem Wege einzuhalten, aus dem Erlebten sich die rechte Lehre zu ziehen. Aber nach einigen Tagen der Bestürzung und Mäßigung schlugen jene den alten Ton ganz wie früher wieder an und traten mit einer Frechheit — kein Andrer als der Präsident von Gagern gebrauchte diesen Ausdruck in offener Sitzung — gegen die Mehrheit auf, die dem Langmüthigsten das Blut zum Sieden bringen mußte. Schwer litt die ernste geschäftliche Arbeit unter solchen Vorgängen, und fast noch schwerer das sittliche Ansehen, dessen die Versammlung zur Lösung ihrer Aufgabe so dringend benöthigte. Den Rückschrittsmännern aber schwoll das Herz und wuchs der Muth bei jeder neuen Ausschreitung der äußersten Linken. Täglich wurde es offenbarer, daß der Kreis derer, welche noch mit Hoffnung und Vertrauen auf das deutsche Parlament blickten, zusammenschrumpfe und die Zahl solcher, die sehnsüchtig eine starke Regierung zurückwünschten, sich erweitere. Die Vorgänge in den andern Theilen Deutschlands bewegten sich in derselben Richtung. Baden erlebte eine zweite republikanische Erhebung, die freilich noch kläglicher auslief als die vom April. Hecker stand diesmal nicht an der Spitze; er war wenige Tage vor dem 18. September nach Amerika abgesegelt; die bedeutendsten Leiter waren Struve, Löwenfels und Carl Blind. Von Basel aus, wo sie trotz aller Einreden des Reichsministeriums ruhig wohnen durften, brachen sie am 21. September in Baden ein. Lörrach wurde besetzt, das Volk aufgeboten und durch den Schwarzwald bis ins Rheinthal vorgerückt. Aber schon am 24. zerstoben die ungeregelten Schaaren bei Staufen vor den Truppen des Generals Hoffmann und der Spuk war zu Ende. Noch weniger hatten die Gährungen und Bewegungen zu bedeuten, die sich in andern Theilen Deutschlands bemerklich machten; nur an dem Hauptsitze der flachsten Demokratie, in Wien, kam es zu einer Erhebung, die von ernsten Folgen begleitet war.

Der Aufstand in Baden.

Die Krisis in Oestreich.

Trotz des Erfolges, den die östreichischen Waffen in der Lombardei errungen, war die Lage des Kaiserstaates seit dem Juli kaum besser geworden. Der Reichstag, der in Wien am 22. Juli

Der Reichstag in Wien.

zusammentrat, war eine traurige Versammlung. Er zählte unter seinen Mitgliedern nicht weniger als 92 Bauern, die auf der niedrigsten Bildungsstufe standen und in blindem Hasse gegen ihre Unterdrücker, die Gutsherren, aufgewachsen waren. Die alten Geschlechter Oestreichs waren nur sparsam vertreten; die Mehrzahl der Abgeordneten war des Deutschen unkundig. Zu ihrem Vorsitzer erwählten sie einen ganz unfähigen wiener Advocaten Schmitt; als Stellvertreter wurden ihm zwei Slawen zugeordnet, der Tscheche Strobach, der ihn bald ersetzte, und der Pole Smolka. Eine feste Parteibildung war nur auf der Grundlage der Nationalitäten möglich; die Deutschen saßen auf der Linken, die Tschechen auf der Rechten. Eine Adresse an den Kaiser eröffnete die Verhandlungen des Reichstages; sie forderte

Rückkehr des Kaisers.

die Rückkehr des Monarchen nach Wien und war erfolgreich; am 12. August zog der kranke Ferdinand, sehr lau vom Volke begrüßt, wieder in seine Hauptstadt ein. Auch die zweite Frage, die in Anregung kam, wurde mit vieler Mühe zu einem guten Ende geführt, die wichtigste, die überhaupt dem Reichstage gestellt

Aufhebung der Feudallasten.

werden konnte: noch drückte nicht blos die Bauern, sondern auch noch manche Classen der städtischen Bevölkerung die unendliche Reihe der Lasten und Frohnden, die sich aus dem Unterthänigkeitsverhältniß herschrieb; sie mit einem Schlage aufzuheben, beantragte der Abgeordnete Kudlich. Am 8. August begannen die Verhandlungen darüber, erst am 7. September wurden sie beendet. Nicht die Rede- und Verbesserungslust der Reichstagsmitglieder allein hatte diesen großen Zeitaufwand herbeigeführt, sondern ebensowohl die innere Schwierigkeit und Mannichfaltigkeit der Sache und der heftige Zwiespalt der Meinungen darüber, ob den Herren für die Rechte, die ihnen entzogen wurden, eine Entschädigung zu gewähren sei oder nicht. Das Ministerium forderte die Entschädigung unter der Androhung seines Rücktrittes; die Bauernpartei tobte dagegen in ungezügeltem Hasse; die Köpfe derer, erklärte ein Redner, die für die Entschädigung sprächen, seien nicht mehr werth, als die Anatomie dafür zahle; endlich gewann der Antrag Lassers den Sieg, daß eine Scheidung zwischen den Lasten getroffen und der eine Theil mit, der andere ohne Entschädigung aufgehoben werde solle. Auf dieser Grundlage ward das Gesetz angenommen und am 9. September auch vom Kaiser bestätigt.

Ungarn.

In denselben Tagen, wo dieser wichtige Fortschritt gelang, traf in Wien eine ungarische Deputation von 100 Mitgliedern ein, die den Kaiser einladen sollte, nach Pesth zu kommen. Es war der letzte, aussichtslose Versuch, den vollständigen Bruch zwischen den beiden Hälften der Monarchie zu verhüten. Geraume Zeit hindurch hatte es den Anschein gehabt, als ob der Kaiser die neue Ordnung der Dinge in Ungarn vollkommen billige. Mit großer Entschiedenheit hatte er sich gegen die Selbständigkeitsbestrebungen in den Nebenländern der Stephans-

krone ausgesprochen und in einem Manifeste vom 10. Juni von Innsbruck aus bei dem lebendigen Gott geschworen, daß er die Unversehrtheit der ungarischen Krone schützen werde. Am härtesten traf dieser kaiserliche Zorn den kroatischen Banus Jellacic, der mit der ungarischen Regierung in offener Fehde lag. Bereits im Mai verfügte diese eigenmächtig seine vorläufige Enthebung von dem Posten, welchen der Kaiser ihm anvertraut. Jellacic aber, weit entfernt dem zu gehorchen, verband sich nun erst recht mit der kroatischen Nationalpartei und berief zum 5. Juni den Landtag des dreieinigen Königreiches nach Agram. Allerdings blieben nicht blos die Dalmatiner aus, die ihre Vertreter in den Reichstag nach Wien sandten, sondern auch die Slawonier, die sich auf Ungarns Seite schlugen; und selbst mit den Serben der Woiwodina, die sich doch freiwillig ihnen angeschlossen, kamen die Kroaten nicht zum Besten aus. Die nationalen Forderungen, die in Agram erschollen, hatten daher einen sehr dürftigen Rückhalt; trotzdem waren sie nichts weniger als anspruchslos, denn sie gingen auf ein südslawisches Königreich, das Krain, Kärnthen, Istrien in sich aufnehmen und mit der übrigen Monarchie nur die Ministerien des Krieges, des Auswärtigen und der Finanzen gemein haben sollte. Solcher Pläne hatte man sich in Wien von einem Landtag, den Jellacic beherrschte, nicht versehen; der Banus ward öffentlich mit den bittersten Vorwürfen überhäuft und nach Innsbruck vorgeladen. Ohne sich zu übereilen, traf er Mitte Juni am kaiserlichen Hoflager ein. So schwierig seine Stellung auch schien, so wußte er sich doch leidlich zu rechtfertigen; besonders ein Aufruf, durch den er die Südslawen, die in Radetzkys Heer standen, ermahnte, treu dort auszuharren und für ihren Kaiser zu kämpfen, befestigte von Neuem das Zutrauen in seine Ehrlichkeit und Anhänglichkeit. Der Kaiser lenkte ein, gab seine einseitige Parteinahme für die Ungarn auf und übertrug dem Erzherzog Johann den Versuch einer Vermittlung zwischen den streitenden magyarischen und südslawischen Interessen. Allein zu einer Vermittlung war es bereits zu spät. Die Serben, denen die Kroaten noch viel zu bedächtig vorgingen, setzten einen Landesausschuß (Odbor) nieder, an dessen Spitze der junge Stratimirowic stand, und griffen zu den Waffen. In denselben Tagen, wo Jellacic in Innsbruck verweilte, begannen in der Woiwodina die Feindseligkeiten. Die Ungarn blieben im Nachtheil; ein Angriff, den ihr Führer Hrabowski auf Carlowitz machte, wurde von Stratimirowic erfolgreich zurückgeschlagen. Das befeuerte auch die Ungeduld der Kroaten; der Landtag forderte drohend vom Kaiser, daß Jellacic wieder eingesetzt werde, und erklärte sich für unauflösbar. Dem Banus mußten diese Schritte sehr unliebsam sein, weil sie ihm die Verständigung mit dem Hofe erschwerten; aber er wußte sich mit guter Art aus der Verlegenheit zu helfen. Am 9. Juli bestätigte er die Unauflösbarkeit, und vertagte in demselben Augenblicke „mit einem väterlichen Gruße" den un-

Jellacic.

Kampf in der Woiwodina.

Jellacic in Wien.

auflösbaren Landtag, der niemals wieder zusammentrat. Dann eilte er nach Wien, um dort mit dem Erzherzog Johann, dem Palatinus Stephan und dem ungarischen Ministerpräsidenten Batthyány über einen Ausgleich zu verhandeln. Während dieses Aufenthaltes wußte er sich einen bedeutenden Anhang in der Hauptstadt zu verschaffen, während die Magyaren von allen Seiten mit scheelen Blicken angesehen wurden. In der That hatte sich seit zwei Monaten die Sachlage völlig umgekehrt; jetzt konnte Niemand mehr, wie zu Anfang Juni, in den Südslawen die gefährlichen Feinde und in den Ungarn die Freunde des östreichischen Staates erblicken. Die Tapferkeit, mit welcher die illyrischen Regimenter in Italien gekämpft, bürgte für die Treue ihres Volkes und Jellacic selbst hatte sich durch seine letzten

Haltung der Ungarn.

Handlungen von jedem Verdachte gereinigt. In Ungarn dagegen mehrten sich die Zeichen einer völligen Entfremdung von den gemeinsamen Interessen des Kaiserstaates. Seit der Erzherzog-Palatin am 26. Juni von dem Kaiser mit den Rechten des Souveräns ausgestattet und der ungarische Reichstag am 2. Juli in Ofen zusammengetreten war, kamen nur besorgliche und verletzende Botschaften über die Leitha herüber. Sämmtliche Ministerien des Palatinus handelten, als ob sie völlig von der wiener Regierung losgelöst seien; ungarische Diplomaten wurden an fremde Höfe geschickt, ein ungarisches Heer begründet, ungarische Anleihen

Kossuth.

und ungarisches Papiergeld ausgegeben. Kossuth, der Finanzminister, wies der Politik des Palatinus ihre Wege an. Jede Woche lieferte einen neuen Beleg für seinen gewaltigen Einfluß, dem die Batthyány, Eötvös, Deak nicht das Gleichgewicht zu halten vermochten. Wenn uns der Himmel verläßt, hatte er bei der Eröffnung des Reichstages in seiner Zeitung, dem Kossuth-Hirlapja, geschrieben, so werden wir uns aus der Hölle Geld verschaffen. Am 11. Juli forderte er von dem Reichstag mit hinreißender Beredtsamkeit 200,000 Mann und 42 Millionen Gulden; krank, wie er war, brach er nach zweistündigem Sprechen ohnmächtig zusammen; aber es weckte ihn der donnernde Ruf, in den die Abgeordneten nach dem Vorgange Nyárys, eines Führers der Linken, einstimmig ausbrachen: Wir schwören es, wir geben Alles! Und wozu sollte dieses Heer, dieses Geld dienen? Batthyány hatte in Innsbruck versprochen, Ungarn werde sich kräftig an dem Kriege gegen Italien betheiligen; Kossuth dagegen erklärte sich in offener Kammersitzung für die Abtretung der Lombardei bis an die Etsch, und wenn er das auch andern Tags einschränkend als seine Privatansicht bezeichnete, so konnte der Reichstag doch nun zu keinem weitergehenden Schritte vermocht werden, als daß er nach der Herstellung der Ordnung in Ungarn dem Kaiser hülfreiche Hand zur Erkämpfung eines Friedens bieten wolle, der den Wünschen der italienischen Nation und der Würde des Thrones gleichmäßig entspreche. Auch in Bezug auf Deutschland ward am 3. August ein Beschluß gefaßt, der in Wien

wenig behagen konnte: auf Telekis Antrag erklärte der Reichstag, in einem Kampfe gegen die deutsche Einheit dürfe auf Ungarns Hülfe nicht gerechnet werden. Dazu kamen noch Maßregeln wie das Verbot des östreichischen Papiergeldes und der Silberausfuhr in die westliche Reichshälfte, ganz besonders aber die Beschlüsse, eine eigene ungarische Anleihe auszuschreiben und neben dem bestehenden Heere gesonderte ungarische Bataillone zu errichten. In Folge dieser Vorgänge zog der Kaiser am 22. August die dem Palatin ertheilte unbedingte Vollmacht zurück, verwarf das Anleihe- und das Militärgesetz und befahl, daß die Feindseligkeiten gegen Serben und Kroaten eingestellt und Berathungen in Wien begonnen würden, an denen ungarische und östreichische Minister sammt dem in seine Würde wieder eingesetzten Banus Jellacic Theil nehmen sollten. Das Schreiben, in welchem er dies dem Palatin anzeigte, erklärte die Richtung, die Ungarn eingeschlagen, als gefährlich für das Gesammtreich und verwies auf eine Denkschrift des wiener Ministeriums, die dies im Einzelnen ausführte und überdies behauptete, die Zugeständnisse, welche der Kaiser den Ungarn seit dem März gemacht, bedürften zu ihrer Gültigkeit die Zustimmung der übrigen Kronländer.

Bruch des Kaisers mit den Ungarn.

Unverkennbar war durch diese Wendung dem neuen Zustande der Dinge der Boden unter den Füßen weggezogen. Die magyarischen Führer richteten danach ihre Handlungsweise ein. Während Batthyány in Wien mit zornigen Worten die Rücknahme des kaiserlichen Schreibens forderte, drohte Kossuth im Reichstage bereits mit dem Gespenst einer außerordentlichen vollziehenden Gewalt, die nicht aus dem Gesetz, sondern aus der Gefahr des Vaterlandes die Mittel ihrer Thätigkeit entnehmen werde. Um Batthyánys Forderungen Nachdruck zu geben, ward jene Abordnung von 100 Mitgliedern des Reichstages nach Wien geschickt und ihr der Auftrag gegeben, die Uebersiedelung des Kaisers nach Ofen zu verlangen. Statt dessen erhielt sie in der Hauptstadt die Kunde von der am 4. September erfolgten Wiedereinsetzung des gehaßten Jellacic in alle seine Würden und wenige Tage darauf die weitere Nachricht, daß der Banus mit 40,000 Mann die ungarische Grenze überschritten habe und gegen Ofen heranrücke. In der ersten Aufwallung seines Zornes legte Batthyány seinen Ministerposten nieder und eilte nach Pesth. Hier fand er Kossuth bereit, als Dictator an die Spitze des Landes zu treten. Die Verantwortlichkeit, diesen unheilbaren Schritt veranlaßt zu haben, bewog ihn, sein Amt noch einmal zu übernehmen und ein neues Cabinet aus gemäßigt-conservativen Männern, wie Coloman Ghiczy, Erdödy und Bay, zu bilden. Während er seine Bedingungen nach Wien sandte und einstweilen, vom Reichstag und dem Palatinus anerkannt, die Geschäfte führte, zog Jellacic zwischen dem Platten-See und der Donau gegen Ofen heran. Noch war vom Kaiser durch keine Aeußerung der Einfall des

Beginn der Feindseligkeiten.

Banus gebilligt; auch das wiener Ministerium hatte nur mittelbar die Vorbereitungen dazu gefördert; noch war es gestattet, das Unternehmen für die eigenmächtige Entschließung eines Mannes zu halten, der sich offen rühmte, 21 kaiserliche Handschreiben unbefolgt gelassen zu haben und für den Kaiser, selbst gegen des Kaisers Willen, zu kämpfen. Zunächst galt es, seinem Vorrücken Einhalt zu gebieten. Der Palatinus selbst ging zur ungarischen Armee ab, um diese Aufgabe zu lösen. Als östreichischer Erzherzog mußte er einen blutigen Zusammenstoß, wenn irgend möglich, vermeiden; er bot deshalb Jellacic eine Unterredung an Bord eines Dampfers an, auf dem er selbst am 21. September nach Szemes am Platten-See, dem Hauptquartier des Banus, fuhr. Der argwöhnische Kroate meinte jedoch, die Maschine des Schiffes könne am Ende zum großen Leidwesen des Prinzen stärker sein als dessen Ehrenwort; er ziehe es deshalb vor, das feste Land nicht zu verlassen. So wurde aus der Besprechung Nichts, und der Palatinus, ohne Zweifel überzeugt, daß Jellacic auf des Kaisers Befehl handle, entschloß sich nun, von einem Amte zurückzutreten, das ihn in eine unheilvolle Doppelstellung versetzte. Er verließ das Heer, gab seine Vollmacht am 24. September in Wien in des Kaisers Hände zurück und reiste dann, von den Schmähungen der Ungarn wie von der Ungunst des Hofes begleitet, nach seiner nassauischen Besitzung Schaumburg an der Lahn ab, wo er bis an seinen Tod in freiwilliger Verbannung lebte.

Rücktritt des Palatins.

Nun säumte auch der Kaiser nicht länger, offen Partei zu nehmen. Noch am 24. September ward den ungarischen Truppen verboten, Jellacic anzugreifen, am 25. wurde der Hofrichter Georg Majlath zum stellvertretenden Palatinus, der Baron Vay an Batthyánys Stelle zum Ministerpräsidenten, der General Lamberg zum Oberbefehlshaber aller in Ungarn stehenden Truppen, also auch des kroatischen Heeres, ernannt. Diese letztere Bestimmung konnte zwar die Magyaren insofern befriedigen, als sie eine Zurücksetzung und Unterordnung des Banus enthielt; aber das war ein Zugeständniß in der Form, nicht in der Sache, und genügte deshalb nicht. Ueberdies fehlte der Ernennung Lambergs zum Oberbefehlshaber des ungarischen Heeres die Gegenzeichnung durch einen ungarischen Minister, wodurch sie um so mehr als ein feindseliger und ungesetzlicher Willküract erschien. Auch Lamberg selbst, der mit Batthyány genau befreundet war, empfand diesen Mangel als einen Uebelstand und eilte deshalb sofort nach Pesth, um sich Batthyánys Einwilligung zu holen. Aber er fand den bisherigen Ministerpräsidenten nicht dort; derselbe war, gleichfalls von dem Wunsche beseelt, sich mit Lamberg zu verständigen, ins Lager geeilt, wo er ihn zu finden hoffte. Der Herr in der Hauptstadt war Kossuth. Schon am 22. September hatte der Reichstag ihn mit Nyary, Madarasz, Szemere und zwei anderen Abgeordneten als Ausschuß zur Landesverteidigung dem Mini-

Lambergs Ermordung.

sterium zur Seite gestellt. Jetzt, in Batthyánys Abwesenheit, beherrschte er vollkommen die Lage. Kaum hörte er von Lambergs Ankunft in Pesth, so ließ er am Abend des 22. September den Reichstag einen Beschluß fassen, welcher den General, falls er den ihm vom Kaiser ungesetzlich übertragenen Oberbefehl annehme, für einen Landesverräther erklärte. Mehr bedurfte es nicht, um den ohne dies leidenschaftlich erregten Pöbel vollends zu fanatisiren. Wo Lamberg sich sehen ließ, war er feindlichen Angriffen ausgesetzt, so daß ihn schließlich die Nationalgarde zu seiner eigenen Sicherheit verhaftete. Aber während sie ihn am Morgen des 28. September über die Donaubrücke nach Pesth führte, kam ihr ein Pöbelhaufen entgegen, stürzte sich über den Unglücklichen mit Knitteln, Sensen und Aexten und mordete ihn unter den scheußlichsten Martern und Verstümmlungen.

Jellacic' Rückzug.

Jellacic' Nähe und die Furcht vor seiner Rache hatte der Leidenschaft nicht Halt gebieten können; aber schon die nächsten Tage entfernten auch diese Furcht. Ein unbedeutendes Gefecht östlich von Stuhlweißenburg, bei Velencze, fiel zu Gunsten der Ungarn aus und veranlaßte den Banus, sich westwärts nach der östreichischen Grenze hinzuziehen. Ein Theil seiner Truppen unter General Roth, gegen 10,000 Mann stark, verlor dabei die Fühlung mit der Hauptmacht und sah sich bald von allen Seiten umzingelt; es war der erste glänzende Erfolg der Magyaren, als sie, geführt von Arthur Görgey und Perczel, am 7. October diese Regimenter bei Ozora zur Ergebung zwangen. Nun war der Banus nicht sobald zu fürchten und mit Verachtung konnte man das kaiserliche Manifest bei Seite schieben, das ihn am 3. October zum Stellvertreter des Königs in Ungarn ernannte und gleichzeitig das Kriegsgesetz im ganzen Königreich verkündete und den Reichstag auflöste. Der offene Krieg war ausgebrochen; der Kaiser und Kossuth standen sich gegenüber; es war eine Frage der Macht geworden, wer das Feld behaupte. Und diese Frage lag nicht zu Ungunsten des Rebellen; das Land, das Heer, fast alle Festungen waren in seiner Hand; in dem Landesvertheidigungsausschuß, in dem Reichstag gebot er unumschränkt; voller Begeisterung stand das Volk in seiner großen Mehrheit hinter ihm. Und wenn noch etwas fehlte, um die Hoffnung des Sieges zur unverbrüchlichen Gewißheit zu erheben, so geschah auch das jetzt; deutsche Truppen, die deutsche Hauptstadt Oestreichs erklärten sich wider den Kaiser und für den Empörer; aufs Neue mußte der kranke Herrscher aus dem Schlosse seiner Väter entfliehen und ehe daran gedacht werden konnte, die Stephanskrone wieder zu gewinnen, mußten die Stammlande, mußte der Herrschersitz selbst aus der Gewalt der Aufrührer zurückerobert werden.

Die Stimmung in Wien.

Bis in den August hinein war die Stimmung der Wiener den Ungarn durchaus nicht freundlich gewesen; auch die leitenden Demokraten wollten die Erhaltung des Kaiserstaates und grollten den Absonderungsgelüsten der Magyaren. Aber zwei Einflüsse

änderten unmerklich die Stimmung: die Hinneigung zu dem demokratischen Geist, der sich in dem ungarischen Reichstage so kräftig entfaltete, und der wachsende Widerwille gegen die Slawen, die sich so gern als die wahren Vertreter des Einheitsstaates aufspielten und ihre Mehrheit in dem wiener Reichstage ebensowohl gegen das Deutschthum wie gegen die Magyaren zu verwerthen begannen. Zwar duldeten sie das Deutsche als die Sprache der Verhandlungen im Reichstage, aber sie erzwangen doch Anfangs September die Einführung von Dollmetschern, die jeden Antrag auf das Verlangen von zehn Abgeordneten vor der Abstimmung in der Sprache aller Völker des Kaiserstaates verkündigen mußten, und bei den Verhandlungen über diese Neuerung fielen die schärfsten Worte gegen die Deutschen. Daß die Slawen die Mehrheit hatten, war eine ausgemachte Sache. Wie leicht konnten sie diese ihre Macht in wichtigen Beschlüssen ausnutzen, wie leicht sich mit den Ministern verbinden, die längst schon von den Demokraten als Reactionäre verschrieen wurden, und freiheitsfeindlichen Maßregeln ihre Genehmigung ertheilen! Um sich gegen solche Gefahren zu schützen, mußte die Demokratie sich wieder zusammenschließen. Seit Ende August entbehrte sie nämlich den Sicherheitsausschuß, in dem ihre ganze Stärke gelegen hatte. Es waren damals in Folge von Lohnverminderungen, welche das Ministerium bei den öffentlichen Arbeiten angeordnet hatte, Unruhen in der Hauptstadt ausgebrochen und der Sicherheitsausschuß hatte geglaubt, durch die Drohung, er werde sich andernfalls auflösen, die Regierung zum Nachgeben zwingen zu können. Statt dessen hatte diese die Auflösung in verbindlichster Weise angenommen und die Unruhen erfolgreich bekämpft. Ein paar Wochen hatte die verdutzte Demokratie den neuen Zustand ärgerlich ertragen; gegen die Mitte des September aber versuchte sie sich wieder in neuen Straßenaufläufen, die am 13. ihren Höhepunkt erreichten. Zwar gelang es dem Ministerium auch jetzt, Schlimmeres zu verhüten, aber die Errichtung eines Centralcomités der demokratischen Vereine war doch nicht zu verhindern. In Folge dessen nahm das Clubwesen einen neuen Aufschwung; Prediger, die von auswärts kamen, wie Ronge und Julius Fröbel, brachten neue Anregung; ganz besonders aber boten die Vorgänge in Ungarn den dankbarsten Stoff. Daß man für die Magyaren Partei zu nehmen habe, konnte nicht zweifelhaft sein; waren doch die reactionären Minister und die slawische Mehrheit des Reichstages gegen sie. Bislang nun hatte sich diese Parteinahme nur in schönen Reden und allenfalls in Beschlüssen kundgeben können, jetzt aber, wo der Krieg in Ungarn begonnen, bot sich die Gelegenheit, sie auch durch die That zu beweisen. Um den Banus zu einer kräftigen Kriegführung in den Stand zu setzen, befahl der Kriegsminister Latour den Abmarsch aller verfügbaren Truppen nach Ungarn. Demgemäß sollte am 6. October auch ein wiener Regiment die Hauptstadt verlassen. Aber unlustig,

Auflösung des Sicherheitsausschusses

Neuer Aufschwung der Demokratie.

Parteinahme für Ungarn.

Der Octoberaufstand.

das gemächliche Leben in der Residenz mit dem beschwerlichen Feldlager zu vertauschen, und überdies längst von den demokratischen Ideen der Zeit angesteckt, weigerten sich die Truppen zu gehorchen. Nun sollten sie durch ein galizisches Regiment dazu gezwungen werden; allein sie beharrten auf ihrem Widerstande, die Bevölkerung der Vorstädte kam ihnen zu Hülfe, an der Taborbrücke entspann sich ein Kampf, und nachdem der Führer der Galizier, General Bredy, gefallen war, behaupteten die Aufrührer den Sieg. Die Nachricht von diesen Vorgängen brachte auch die innere Stadt in Aufregung; bald füllten sich die Straßen mit bewaffneten Nationalgardisten; die Glocken stürmten, die Kanonen der Meuterer donnerten dazwischen. Während dessen waren die Minister bei Latour versammelt; bald umzingelte die Menge das Haus und forderte stürmisch die Einstellung des Kampfes. Sie wurde gewährt, aber das genügte den Banden nicht mehr; sie verlangten Einlaß in das Haus. Eine Kanone mit Kartätschenladung und 160 Grenadiere, die in dem Hofraum standen, würden es ihnen gewehrt haben, wenn Latour gewollt hätte; aber er verbot jeden Widerstand und ließ das Thor öffnen; in einem Verstecke wollte er, während die anderen Minister sich entfernten, den Sturm vorübergehen lassen. Unglücklicher Weise erfuhr der Pöbel, daß er noch im Hause sei, und nun nahm das Geschrei nach seinem Kopfe kein Ende. Ein paar Abgeordnete, Smolka und Fischhof, kamen auf den Gedanken, Freiwillige aus der Menge zum Schutz des Ministers aufzufordern und ihn fort nach dem Zeughaus zu bringen. Etwa zwanzig Arbeiter gelobten eidlich ihren Beistand. Aber die Zahl war zu klein, die Wuth der Rasenden zu groß. Noch im Hofe des Gebäudes wurde Latour aus der Mitte der Schutzwache herausgerissen, mit Hammern, Stangen und Spießen zu Tode geschlagen und dann an einem Laternenpfahl aufgehängt. Ein Angriff auf das Zeughaus setzte die Rotte sodann in den Besitz brauchbarer Waffen; zahlreiche Barrikaden waren entstanden und wurden erfolgreich behauptet; als die Nacht hereinbrach, waren die Aufrührer Herren der Stadt. Inzwischen hatte sich der Reichstag versammelt und versuchte eine Vermittlung; freilich war er nichts weniger als vollzählig; der Präsident Strobach und die meisten tschechischen Abgeordneten verließen sogar die Stadt und flüchteten nach Prag. Die Zurückgebliebenen aber setzten unter Smolkas Präsidium einen Sicherheitsausschuß ein, forderten den commandirenden General Grafen Auersperg zur Einstellung der Feindseligkeiten auf und entsandten eine Abordnung an den Kaiser nach Schönbrunn mit der Bitte um die Ernennung eines volksthümlichen Ministeriums. Die Antwort lautete sehr günstig; aber am anderen Morgen kam eine andere Botschaft: mit Tagesanbruch hatte der Kaiser Schönbrunn verlassen und sich nach Olmütz geflüchtet; ein Manifest verkündigte die Absicht des Monarchen, der unterjochten Bevölkerung von Wien Hülfe zu bringen und die durch empörenden

Latours Ermordung.

Der Reichstag.

Der Kaiser nach Olmütz.

Bedrohung Wiens.

Frevel bedrohte Freiheit zu retten. Ein Angriff auf Wien stand also bevor, und es galt, auf Abwehr zu denken. Dem Reichstag ward bei dieser Aussicht sehr unheimlich zu Muthe; er selbst so gut wie sein Sicherheitsausschuß hielten sich möglichst im Hintergrunde, auch der wiener Gemeinderath machte den demokratischen Vereinen und ihren Führern die Leitung nicht streitig. Diese erwählten einen früheren Offizier Wenzel Messenhauser zum Befehlshaber der Nationalgarde, den Polen Bem, der bei Ostrolenka gefochten, zum Führer der Mobilgardisten. Die nächste Gefahr schien von Jellacic zu drohen, der die ungarische Grenze unfreiwillig überschritten hatte und froh war, seinen Rückzug vor den Magyaren als ein Vorrücken gegen Wien darstellen zu können. Mit ihm vereinigte sich Auersperg, der allein zur Wiedereinnahme der Stadt zu schwach gewesen wäre. Aber ehe sie noch die Feindseligkeiten begannen, erhielten sie den Befehl, sich dem Fürsten Windischgrätz, dem Bezwinger von Prag, unterzuordnen. Dieser hatte bereits am 11. October auf eigene Hand seinen Entschluß angekündigt, den Kaiser zu schützen; fünf Tage darauf ward er zum Feldmarschall und Oberbefehlshaber aller östreichischen Truppen mit alleiniger Ausnahme der italienischen Armee ernannt. Gegen die gewaltigen Heeresmassen, die so von Norden und Osten heranzogen, schauten die Wiener vergebens nach Hülfe aus: An jubelndem Zuruf fehlte es ihnen freilich nicht; die vereinigte Linke des frankfurter Parlamentes sandte ihnen sogar durch eigene Abgeordnete, Robert Blum, Fröbel, Moritz Hartmann, den Bruderkuß von vielen Tausenden; selbst das Reichsministerium bezeigte ihnen durch die Entsendung zweier Bevollmächtigter, Welckers und Mosles, eine verwunderliche Theilnahme. Aber von irgend welchem Nutzen war die Anwesenheit dieser Bevollmächtigten im kaiserlichen Hoflager und im Hauptquartiere Windischgrätzens für die Bewohner der Hauptstadt nicht. Auch mit den Beifallszeichen, die aus Berlin herüberkamen, war diesen wenig gedient; unmittelbare Hülfe dagegen versprach das ungarische Heer zu bringen, das unter Mogas Führung dem weichenden Jellacic bis an die Grenze gefolgt war und jeden Tag dieselbe überschreiten konnte. Allein obgleich der ungarische Reichstag feierlich erklärte, er wolle sich dem heldenmüthigen Volke Wiens dankbar erweisen, so zögerten seine Truppen doch, demgemäß zu handeln. Erst als Windischgrätz von Norden her die Hauptstadt schon schwer bedrängte, entschlossen sich die magyarischen Führer, über die Leitha zu gehen. Am 30. October stießen sie bei Schwechat mit Jellacic zusammen; ihr Erscheinen und ihr Kampf, vom Stephansthurm ängstlich beobachtet, belebte den Muth der Wiener noch einmal und veranlaßte sie zu erneutem Widerstande; aber da der Sieg zuletzt auf der Seite des Banus blieb, so erwies sich das als ein sehr schlechter Dienst. Schon Tags zuvor hatten nämlich mit Windischgrätz, der seit dem 26. die Stadt umlagerte und seit dem 28. Herr der nördlichen Vorstädte war, Verhandlungen stattgefunden,

Ungarische Hülfe.

Wiens Fall.

in denen der Gemeinderath sich zuletzt zur bedingslosen Uebergabe verstand; Allen voran hatte der Commandant Messenhauser zu diesem Schritte gerathen und seine Vollmacht bereits abgegeben. Aber das Erscheinen der Ungarn änderte die Lage; Messenhauser übernahm in Gemeinschaft mit einem anderen Offizier, Fellenberg, die Leitung von Neuem und das Versprechen der Uebergabe wurde als nicht geschehen betrachtet. Mit dem Rückzuge der Ungarn verschwand auch der kurze Hoffnungsrausch, und nun büßte die Stadt durch eine Beschießung, zu der Windischgrätz am 31. den Befehl gab. Von ernstlichem Widerstande war nicht die Rede. Abends zogen die kaiserlichen Truppen in die eroberte Stadt ein, der Belagerungszustand ward verhängt, Kriegsgerichte eingesetzt, massenhafte Verhaftungen vorgenommen. Auch Blum und Fröbel, die Mitglieder des frankfurter Parlamentes, wurden vor das Kriegsgericht gestellt und an dem ersteren das Todesurtheil, das auf den Strang lautete, am 9. November auf der Brigittenau durch Pulver und Blei vollstreckt; der andere wurde begnadigt; Messenhauser und einige zwanzig andere büßten gleich Blum mit dem Tode. Der Reichstag stob mit dem Einzug der Truppen sofort aus einander; bis dahin hatte er die Vertagung, welche der Kaiser am 22. October ausgesprochen, mißachtet; jetzt trug er nicht länger Bedenken, sie anzuerkennen und sich am 22. November in Kremsier, einem Städtchen in der Nähe von Olmütz, wohin er auf den Rath der geflüchteten tschechischen Abgeordneten berufen war, wieder zusammen zu finden. Abgeschieden von der Welt und von der Regierung führte er hier fortan ein harmloses Dasein, monatelang mit der Berathung der Grundrechte beschäftigt, während ein besonderer Ausschuß sich mit dem Entwurf einer Verfassung abmühte. Der Schwerpunkt des Staates ruhte nicht länger bei ihm, sondern bei dem Ministerium. Dieses ward am 21. November von Grund aus verändert. An die Spitze trat Fürst Felix Schwarzenberg, ein blasirter Weltmann und starrer Anhänger des Alten, aber bewandert in den Geschäften, ihm zur Seite Graf Franz Stadion für das Innere, der Gründer des östreichischen Lloyd, Bruck, einst Buchhändler in Bonn, als Minister des Handels; Bach und Krauß für die Justiz und die Finanzen blieben auf ihren Posten. Das Programm, mit dem sie vor den Reichstag traten, verkündete den strengen Einheitsstaat; wie derselbe den Forderungen der Italiener und Ungarn gegenüber durchgeführt werden solle, wurde nicht gesagt; auch über die künftige Stellung zu Deutschland lagerte sich ein tiefes Dunkel. Erst wenn das verjüngte Oestreich und das verjüngte Deutschland zur neuen, festen Form gelangt sind, so lauteten die Worte, wird es möglich sein, ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen; bis dahin aber werde Oestreich fortfahren, seine Bundespflichten treulich zu erfüllen. Noch hatte man diese vieldeutigen Sätze zu prüfen und auszulegen kaum begonnen, als von Olmütz eine neue Nachricht kam, die den Beginn

Blum erschossen.

Der Reichstag nach Kremsier.

Ministerium Schwarzenberg.

Abdankung Kaiser Ferdinands.

einer anderen Zeit außer allen Zweifel setzte. Am 2. December um 8 Uhr Morgens versammelte sich die kaiserliche Familie, das Ministerium, der Hof, die Feldmarschälle Windischgrätz und Jellacic, die Abends zuvor in Olmütz angekommen waren, und viele andere geladene Personen in der kaiserlichen Residenz, um Zeugen zu sein, wie Kaiser Ferdinand zu Gunsten seines Neffen, des 18jährigen Erzherzogs Franz Joseph, die Krone niederlegte, nachdem zuvor sein Bruder, der Erzherzog Franz Carl, zu Gunsten dieses seines Sohnes auf das Recht der Nachfolge verzichtet hatte. Es war ein längst gehegter Plan, der so zur Ausführung gelangte; er war in Innsbruck und dann wieder in Schönbrunn der Verwirklichung nahe gewesen, aber gerade in diesen Tagen kam er doch völlig überraschend. Seine Hauptspitze kehrte er offenbar gegen die Ungarn, denen gegenüber Kaiser Ferdinand durch Wort und Eid gebunden, der junge Monarch aber, wenigstens persönlich, noch frei war. Allein die Sache hatte auch ihre Kehrseite; auch die Ungarn waren dem bisherigen Herrscher verpflichtet, der neue blieb ihnen so lange fremd, bis er mit der Stephanskrone gekrönt war. Von beiden Seiten erweiterte also der 2. December die Kluft, welche zwischen den Magyaren und dem Throne bestand, und wenn Kaiser Ferdinand durch seine Regierung dem Lande wenig genützt, so schadete er ihm um so mehr durch seine Entsagung. Ein persönliches Opfer brachte er durch dieselbe nicht. „Gott segne dich, sei brav: es ist gern geschehen", diese Worte, mit denen er seinen Nachfolger umarmte, waren gewiß aufrichtig. Die lange Lebenszeit, die ihm nach seiner Abdankung noch beschieden war, verlebte er kränklich und stumpf, aber still vergnügt und unbekümmert um die Händel der Welt, an der Seite seiner Gemahlin Maria Anna in Prag, wo er erst am 29. Juni 1875 starb.

Die Krisis in Preußen.

Der Stein'sche Antrag.

So wenig diese Vorgänge in Oestreich durch die Ereignisse in Deutschland beeinflußt wurden, so vielfach war doch umgekehrt ihre Rückwirkung auf den Gang der Dinge in Frankfurt und Berlin. Die preußische Hauptstadt genoß seit dem Eintritt des Ministeriums Auerswald-Hansemann einer verhältnißmäßig großen Ruhe; die Straßenaufläufe, das Schaumspritzen der Revolution, wie man es nannte, hörten auf; die Nationalversammlung enthielt sich, während ihr Ausschuß die Verfassung berieth, aufregender Verhandlungen. In den Provinzen war es nicht überall so still. Ein erschreckender Vorfall in Schweidnitz setzte auch die Vertreter des Volkes wieder in Bewegung. Dort war am 31. Juli, von dem Commandanten der Festung beleidigt, die Bürgerwehr vor dessen Wohnung gezogen; eine Compagnie Linientruppen, die zu Hülfe gerufen ward, gab Feuer und 14 Bürger-

Abdankung Kaiser Ferdinands.

einer anderen Zeit außer allen Zweifel setzte. Am 2. December um 8 Uhr Morgens versammelte sich die kaiserliche Familie, das Ministerium, der Hof, die Feldmarschälle Windischgrätz und Jellacic, die Abends zuvor in Olmütz angekommen waren, und viele andere geladene Personen in der kaiserlichen Residenz, um Zeugen zu sein, wie Kaiser Ferdinand zu Gunsten seines Neffen, des 18jährigen Erzherzogs Franz Joseph, die Krone niederlegte, nachdem zuvor sein Bruder, der Erzherzog Franz Carl, zu Gunsten dieses seines Sohnes auf das Recht der Nachfolge verzichtet hatte. Es war ein längst gehegter Plan, der so zur Ausführung gelangte; er war in Innsbruck und dann wieder in Schönbrunn der Verwirklichung nahe gewesen, aber gerade in diesen Tagen kam er doch völlig überraschend. Seine Hauptspitze kehrte er offenbar gegen die Ungarn, denen gegenüber Kaiser Ferdinand durch Wort und Eid gebunden, der junge Monarch aber, wenigstens persönlich, noch frei war. Allein die Sache hatte auch ihre Kehrseite; auch die Ungarn waren dem bisherigen Herrscher verpflichtet, der neue blieb ihnen so lange fremd, bis er mit der Stephanskrone gekrönt war. Von beiden Seiten erweiterte also der 2. December die Kluft, welche zwischen den Magyaren und dem Throne bestand, und wenn Kaiser Ferdinand durch seine Regierung dem Lande wenig genützt, so schadete er ihm um so mehr durch seine Entsagung. Ein persönliches Opfer brachte er durch dieselbe nicht. „Gott segne dich, sei brav: es ist gern geschehen", diese Worte, mit denen er seinen Nachfolger umarmte, waren gewiß aufrichtig. Die lange Lebenszeit, die ihm nach seiner Abdankung noch beschieden war, verlebte er kränklich und stumpf, aber still vergnügt und unbekümmert um die Händel der Welt, an der Seite seiner Gemahlin Maria Anna in Prag, wo er erst am 29. Juni 1875 starb.

Die Krisis in Preußen.

Der Stein'sche Antrag.

So wenig diese Vorgänge in Oestreich durch die Ereignisse in Deutschland beeinflußt wurden, so vielfach war doch umgekehrt ihre Rückwirkung auf den Gang der Dinge in Frankfurt und Berlin. Die preußische Hauptstadt genoß seit dem Eintritt des Ministeriums Auerswald-Hansemann einer verhältnißmäßig großen Ruhe; die Straßenaufläufe, das Schaumspritzen der Revolution, wie man es nannte, hörten auf; die Nationalversammlung enthielt sich, während ihr Ausschuß die Verfassung berieth, aufregender Verhandlungen. In den Provinzen war es nicht überall so still. Ein erschreckender Vorfall in Schweidnitz setzte auch die Vertreter des Volkes wieder in Bewegung. Dort war am 31. Juli, von dem Commandanten der Festung beleidigt, die Bürgerwehr vor dessen Wohnung gezogen; eine Compagnie Linientruppen, die zu Hülfe gerufen ward, gab Feuer und 14 Bürger-

leichen blieben als Opfer des Tages auf dem Kampfplatz liegen. In Folge davon verlangte der breslauer Abgeordnete Stein von dem Ministerium am 9. August einen Erlaß an die Offiziere, der sie anweise, alle Zusammenstöße mit den Bürgern zu vermeiden und dadurch ihre Hingebung an den neuen Rechtszustand zu bekräftigen. Der Antrag fand natürlich die Zustimmung der Nationalversammlung und ward auch von dem Kriegsminister Schreckenstein kaum bekämpft. Den König dagegen versetzte dieser Versuch einer Einmischung in die Heeresangelegenheiten in die größte Mißstimmung; er verweigerte seine Zustimmung zu dem geforderten Erlaß und nöthigte das Ministerium zu der Erklärung in der Kammer, daß es der verderblichen Folgen wegen den Beschluß vom 9. August nicht ausführen könne. Darüber gerieth nicht blos die Linke in heftigen Zorn, sondern auch die Centren fanden diese Weigerung unerhört; die berliner Bürgerwehr, die sich selbst ein wenig bedroht fühlen mochte, steigerte den Unwillen und die Widerstandslust durch hunderte von Bezirksversammlungen und durch die feierliche Erklärung, sie werde die Beschlüsse der Volksvertreter aufrecht zu erhalten und diese selbst zu schützen wissen. Am 7. September kam die Weigerung des Ministeriums zur Verhandlung; nach lebhaftem Kampfe forderten 219 von 362 Stimmen „zur Vermeidung eines Bruches mit der Versammlung" die sofortige Ausführung des Beschlusses vom 9. August. Den Ministern war ein Nachgeben unmöglich; der König dachte nicht daran, sich zu fügen; der Sturz des bisherigen Cabinettes war also, nachdem es kaum zehn Wochen die Geschäfte geführt, unerläßlich geworden. Sturz des Ministeriums. Nun war in denselben Tagen, wie früher erzählt, auch das Reichsministerium in Frankfurt zusammengebrochen, und dem Könige kam der Gedanke, dem Mangel an geeigneten Räthen, den er in Berlin verspürte, durch die Berufung Beckeraths abzuhelfen. Von dem bewährten liberalen Namen dieses Mannes mochte er hoffen, daß er das Mißtrauen des Volkes beschwichtigen werde, während seine weiche und königstreue Gesinnung eine leichte und aufrichtige Verständigung zwischen Herrn und Diener zu versprechen schien. Aber Friedrich Wilhelm kannte Beckerath noch nicht; unter der milden Außenseite barg sich ein klarer und unerschütterlicher Wille; unbedenklich erklärte der crefelder Kaufherr, daß nach seiner Ueberzeugung nur die Verbindung demokratischer und monarchischer Grundsätze den Staat zu retten vermöge; er forderte einen Erlaß an das Heer, der in milden Formen dem Willen der Nationalversammlung genügte; er verlangte überdies eine volksthümliche Umbildung des Heerwesens und Verkürzung der Dienstzeit, und endlich stellte er als Bedingung die Anerkennung und Veröffentlichung der in Frankfurt beschlossenen Gesetze und der noch in Berathung befindlichen deutschen Verfassung. Das zu gewähren, kam dem König nicht in den Sinn; dennoch gab er die Bemühungen, Beckerath zu gewinnen, nicht auf. In einem ungemein

herzlichen Briefe beschwor er ihn, seinem Könige und Freunde im entscheidenden Augenblicke nicht das mildernde, beschwichtigende Oel seines Namens zu entziehen und wenn auch ohne Portefeuille in das Ministerium einzutreten. Beckerath blieb fest; er war bereit und sagte das dem Könige, Alles für Preußen zu opfern, aber sein Gewissen nicht; mit gelähmtem Geiste wollte er dem Vaterlande nicht dienen. So entbehrte denn das neue Ministerium eines vertrauenerweckenden Namens. Der General Pfuel, der an der Spitze stand, galt zwar für einen ehrlichen und wohlmeinenden Mann, aber schon seine Eigenschaft als Soldat machte ihn mißliebig; die andern Mitglieder wie Dönhoff, der frühere Bundestagsgesandte, Eichmann, Bonin, gehörten dem alten Beamtenstaate an; es bedurfte kaum noch der Ernennung des aus Schleswig zurückgekehrten Generals Wrangel zum Oberbefehlshaber in den Marken, um der öffentlichen Meinung die Gewißheit zu geben, daß die Reaction begonnen habe. Es half nicht viel, daß Pfuel beim Könige manchen Schritt durchzusetzen wußte, der dieser Auffassung schnurstracks widersprach, daß sogar ein Erlaß an die Armee erging, den der Führer des linken Centrums, von Unruh, aufgesetzt hatte und der völlig den Forderungen vom 9. August genügte, oder daß am 24. September das von Waldeck entworfene Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit veröffentlicht wurde. Die Gereiztheit gegen das Ministerium und den König blieb ungeschwächt, und sie fand einen vortrefflichen Tummelplatz, als am 12. October die Verhandlungen über die Verfassung begannen: gleich aus den Einleitungsworten wurde mit großer Mehrheit die Redensart „Von Gottes Gnaden" vor dem Titel des Königs gestrichen. Wie übel der Monarch das vermerkte, ließ er die Abordnung fühlen, die ihn am 15. October zum Geburtstag beglückwünschte; danken Sie Gott, sagte er unter Anderm, daß es bei uns nicht wie in Frankreich ist, daß Sie noch eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden haben! Ein Sturm lag in der Luft, das verkündeten zahlreiche Anzeichen. Die Sitzungen der Versammlung wurden stürmischer; der Präsident Grabow ward bei einem Ordnungsruf von der Mehrheit im Stich gelassen und legte sein Amt nieder, das von Unruh übernahm, während Waldeck mit sieben Stimmen Mehrheit sein Stellvertreter wurde; aus dem Königsschloß und dem Sitzungssaal verbreitete sich die Gährung auch auf die Straße; Zusammenrottungen wurden wieder häufiger, am 16. October gab es wieder einmal ein blutiges „Schaumspritzen". Dazu kamen nun die Nachrichten aus Wien: erst vom Siege der Freiheit, der Flucht des Kaisers, der Herrschaft des Volkes; dann von der Verlegung des Reichstages, den Märschen von Jellacic und Windischgrätz, der Beschießung der Hauptstadt. Man wollte sich von dem „heldenmüthigen Volke Wiens" nicht überbieten, und als es in Noth kam, wollte man es nicht ohne Hülfe lassen. Am 31. October stellte Waldeck den Antrag, die preußische Regierung solle

Ministerium Pfuel.

Verfassungsberathung.

Gährung in Berlin.

Beschluß zu Gunsten der Wiener.

mit allen Mitteln zum Schutz der in Wien bedrohten Freiheit einschreiten. Da gab es drinnen wieder leidenschaftliche Verhandlungen und draußen vor dem Schauspielhause, in dem seit vierzehn Tagen die Sitzungen gehalten wurden, konnte der Pöbel nur mit Mühe am gewaltsamen Eindringen gehindert werden. Aber trotz dieser Bedrohung ward der Antrag Waldecks abgelehnt, freilich nur zu Gunsten des wenig verschiedenen, den Rodbertus gestellt hatte: statt der preußischen vielmehr die Reichsregierung zum Schutz der wiener Freiheit anzurufen; nur 52 von 313 Stimmen waren gegen diesen Antrag, und der Minister Pfuel selbst stimmte dafür.

Rücktritt Pfuels.

Dem Könige mußte dieser Beschluß und dieses Verhalten seines ersten Rathes im Innersten zuwider sein; als nun gar der nächste Tag die Kunde von dem vollkommenen Siege Windischgrätzens brachte, glaubte er die Zeit gekommen, auch seinerseits rückhaltlos mit der Revolution zu brechen. Unter Hinweis auf die Gefahren, denen die Nationalversammlung durch den Pöbel ausgesetzt sei, verlangte er die Rückkehr der Truppen in die Stadt. Pfuel konnte darauf nicht eingehen und nahm seine Entlassung, seine Collegen mit ihm. Es war schwer, einen Nachfolger zu finden, der die Verantwortung für einen Schritt übernahm, dessen Tragweite man gar nicht übersehen konnte; indeß ein Oheim des Königs, Graf Brandenburg, Sohn Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Dönhoff, ließ sich, mehr wohl aus soldatischem Gehorsam, als aus politischem Eifer, dazu bereit finden. Am 2. November erschien er im Schauspielhause, um den Vertretern anzukündigen, daß er mit der Bildung des Cabinettes betraut sei. Man wußte von dem Manne Nichts, als daß er gegen die breslauer Bürgerwehr vor einigen Wochen einen drohenden Erlaß gerichtet hatte; aber auch ohne diesen Umstand wäre ihm ein mißtrauischer Empfang sicher gewesen. Die Versammlung beschloß sofort eine Abordnung an den König zu senden, um ihn zur Ernennung eines andern Ministerpräsidenten zu bewegen. Unter Unruhs Führung begaben sich Nachmittags 21 Männer, sorgsam aus allen Parteien erlesen, nach Potsdam. Anfangs wollte der König sie gar nicht vorlassen, dann empfing er sie doch, hörte ihre Adresse an, faltete sie zusammen und ging schweigend der Thüre des Nebenzimmers zu. Ehe er sie öffnete, rief einer der Abgeordneten, Johann Jacoby: Wollen Ew. Majestät uns nicht weiteres Gehör schenken? Ein kurzes Nein war die Antwort. Da verstieg sich der jüdische Demokrat, dem höfische Sitte freilich fremd war, zu dem dreisten Worte: Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen! Wenn es noch eine Brücke zur Verständigung gab, so war sie durch diese beleidigende Plumpheit abgebrochen. Der Flügel-Adjutant des Königs, von Manteuffel, erschien und erklärte den Abgeordneten, sie seien entlassen; am andern Tage lief noch eine schriftliche Antwort des Monarchen ein, welche die Ernennung

Ministerium Brandenburg.

Brandenburgs bestätigte und versicherte, derselbe werde sich das Vertrauen des Landes schon erwerben. Zunächst aber hatte er Mühe Gehülfen zu finden; erst am 9. November konnte er mit drei Genossen, Otto von Manteuffel, Ladenberg und Stratha, vor die Versammlung treten; er brachte eine königliche Botschaft mit, welche die sofortige Vertagung der Verhandlungen und die Wiederaufnahme derselben am 27. November in der Domkirche zu Brandenburg befahl; als Grund dieser Maßregel wurde die Nothwendigkeit, der Versammlung die Freiheit ihrer Berathungen zu sichern, vorgeschützt. So war der Revolution durch einen Staatsstreich geantwortet. Ein Wortbruch im strengsten Sinne lag freilich nicht vor, geschweige denn ein Rechtsbruch; zur Vereinbarung der Verfassung hatte der König die Versammlung berufen und in dieser Arbeit wurde sie, den kurzen Zeitverlust abgerechnet, nicht behindert; aber eine Demüthigung war dieser Schritt, die sich schwer verschmerzen ließ, die das Ansehen der Volksvertretung tief schädigen mußte, und die ernsthaft bedrohlich erschien, wenn man der Vorgänge in Wien gedachte, in der Verlegung des östreichischen Reichstages nach Kremsier das Vorbild zu Friedrich Wilhelms Maßregel erkannte und die Stellung Wrangels vor den Thoren der Hauptstadt in Vergleich zog mit der Rolle, die Jellacic und Windischgrätz in Wien gespielt hatten. So viel war sicher, nur eine neue Revolution konnte, wie die Dinge jetzt lagen, der Nationalversammlung ihre alte Bedeutung wiedergeben. In dieser Erkenntniß handelten der Präsident von Unruh und die Mehrheit der Abgeordneten. Trotz der Verwahrung, die Brandenburg einlegte, und der die meisten Mitglieder von der Rechten durch sofortige Entfernung Folge gaben, setzte die Versammlung ihre Sitzung fort, erklärte die Vertagung für ungültig, lehnte einen Antrag, sich kraft eigenen Entschlusses auf den 27. November nach Brandenburg zu vertagen, mit 252 gegen 30 Stimmen ab und faßte endlich den Beschluß, die Sitzungen an jedem Orte wieder aufzunehmen, wohin der Präsident sie verlegen werde. Wider Erwarten konnte man am nächsten Tage, dem 10. November, noch einmal in den alten Räumen, dem Schauspielhause, zusammentreten; der Commandant der Bürgerwehr, Major Rimpler, hatte sich geweigert, dasselbe nach dem Verlangen des Ministeriums abzusperren, und die Truppen waren noch nicht einmarschirt; denn schon auf 5 Uhr früh hatte von Unruh die Sitzung anberaumt. Im Laufe des Vormittags aber rückte Wrangel ein und besetzte die Straßen um das Schauspielhaus, während vor demselben die Bürgerwehr unter Waffen stand. Zum Angriff schritt er nicht, sondern erklärte einfach, er werde warten, bis die Abgeordneten sich der Vertagung gefügt hätten, und wenn es acht Tage dauern sollte.

Vertagung der Versammlung.

Fortdauer der Verhandlungen.

Einmarsch Wrangels.

In der That stand bei diesem Abwarten Nichts auf dem Spiele. Die Stimmung der eigentlichen Bürgerschaft war matt und erschöpft; mit Aengstlichkeit sah die große Classe der Be-

sitzenden dem unruhigen Treiben der Wühler zu und begrüßte die Rückkehr der Truppen als ein rettungbringendes Ereigniß. Erleichtert athmete sie auf bei den schneidigen Worten in Wrangels erstem Armeebefehl: Meine Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugeln im Gewehr! Beruhigt sah sie die blutrothen Placate von den Straßenecken verschwinden, die den Republikaner zeigten, wie er nach gethaner Arbeit zwischen Laternenpfählen voller Leichen sich zur Ruhe legt. Mit frohem Herzen nahm sie wahr, wie jene unheimlichen Gestalten aus der Hauptstadt entwichen, die selbst den frankfurter Bassermann erschaudern machten, als er an einem Octobertage spät Abends die Straßen Berlins durchwanderte. Der Rückschlag gegen die Maßlosigkeiten der Revolutionäre war in der öffentlichen Meinung unzweifelhaft vorbereitet und durch den Schutz, den ihm die Anwesenheit der Truppen bot, ward er zur offenkundigen Thatsache. Auch die Bürgerwehr entzog sich ihm nicht; die Luft zu kühnen Thaten verschwand mit einem Schlage; und die Nationalversammlung, jeder Stütze bar, mußte auf einen Rückzug denken. Sie bewerkstelligte ihn nicht mit Hast, sondern mit wiederholten Versuchen, noch irgend welchen Halt zu gewinnen. Ein Aufruf ermahnte am 10. November das Volk zur Verteidigung des Gesetzes und der errungenen Freiheiten; dann ward unter feierlicher Verwahrung gegen die angewandten Zwangsmaßregeln für diesen Tag die Sitzung aufgehoben. Alsbald besetzten die Truppen das Schauspielhaus und als andern Tags die Abgeordneten, von Neuem durch den Präsidenten dorthin zusammenberufen, den Eintritt verlangten, ward er ihnen verwehrt. Sie begaben sich darauf in das Hôtel de Russie und tagten hier. Das Ministerium ließ sie zunächst gewähren und that die nöthigen Schritte, um die Ruhe in Berlin auf die Dauer zu sichern. Am 11. wurde die Bürgerwehr aufgelöst, am 12. der Belagerungszustand verhängt. Die Bürgerwehr leistete keinen Widerstand; in der Nacht versammelten sich zwar ihre Majore unter Theilnahme Waldecks und andrer Abgeordneten sowie mehrerer Vertreter von Arbeitervereinen, um zu überlegen, was zu thun sei; allein da Waldeck es nicht über sich gewann, sie zum Aufruhr zu reizen, so verhallten die ungestümen Redereien einzelner Hitzköpfe ungehört und diese „Majorsnacht", wie die Reactionäre sie spöttisch nannten, ging folgenlos vorüber. Mit dem Belagerungszustande wurde auch das Verbot aller Versammlungen von mehr als 20 Personen verkündet. Dies gab die weitere Handhabe zum Einschreiten gegen die Nationalversammlung. Am 11. und 12. hatten sich ihre Mitglieder ungestört berathen können, das Ministerium behandelte sie wie Privatleute, die ja nach dem Rechte der freien Vereinigung beliebig zusammentreten durften; am 13. fielen aber auch sie unter das neue Verbot und das Militär erhielt den Befehl, sie aus dem Schützenhause, wo sie tagten, zu vertreiben. Zufälliger Weise war die Sitzung schon geschlossen, als die Sol-

Die Nationalversammlung.

Auflösung der Bürgerwehr.

Steuerverweigerung.

daten kamen, und auch am 14. hob Unruh die Berathung so frühzeitig auf, daß keine Störung erfolgte. Am 15. kam man wiederum zusammen, diesmal in dem Mielenzschen Saale unter den Linden. Auf der Tagesordnung stand der Bericht des Herrn von Kirchmann über den Antrag von Schulze-Delitzsch, welcher dem Ministerium das Recht zur Steuererhebung absprach, so lange die Nationalversammlung an der ungestörten Berathung in Berlin verhindert sei. Da erschien vor der Abstimmung der Major Herwarth von Bittenfeld mit einer Abtheilung Soldaten und verlangte Räumung des Saales. Waldeck wollte Trotz bieten: Ein Landesverräther, rief er aus, wer diesen Saal verläßt! Unruh dagegen erklärte, die Versammlung weiche der Gewalt. Während dessen war es einigen Mitgliedern gelungen, den Major zu veranlassen, für einen Augenblick mit seinen Begleitern den Saal wieder zu räumen. Diese kurze Frist benutzte der Präsident, den Antrag Schulzes zur Abstimmung zu bringen und zu verkünden, daß er von den 227 Anwesenden einhellig angenommen sei. Mit diesem kleinen Triumphe ging die Versammlung auseinander.

Die Sitzungen in Brandenburg.

Thatsächliche Bedeutung gewann der Beschluß freilich nicht; die erschreckte, ruhebedürftige Masse der Bevölkerung dachte weder in Berlin noch in den Provinzen daran, ihm Folge zu leisten. Ganz vereinzelt waren die Versuche, ihm zu gehorchen, am merkwürdigsten der des Oberpräsidenten von Schlesien, Pinder, welcher erklärte, er werde die eingegangenen Steuern nicht nach Berlin abliefern. Das Ministerium erleichterte ihm dieses Vorhaben dadurch, daß es ihn sofort absetzte. Unruhen in Frankfurt a. O., Halle, Erfurt wurden noch schneller unterdrückt als die in Breslau, welche Pinder zu jener Erklärung getrieben hatten. Als der 27. November herankam, war das Land zwar in erwartungsvoller Spannung, aber äußerlich vollkommen ruhig. Die Abgeordneten, welche sich zum bestimmten Tage in Brandenburg einfanden, erreichten nicht die Zahl der Beschlußfähigkeit (203); sie trugen deshalb auch Bedenken, der Forderung der Heißsporne nachzugeben und die Einberufung der Stellvertreter für die ausgebliebenen Abgeordeten zu beschließen. Unter dem Alterspräsidium des Oberburggrafen von Brünneck warteten sie ruhig ab, daß ihre Zahl sich vermehre, und bei der Stimmung, die im Lande herrschte, konnten sie ziemlich sicher sein, daß sie nicht allzu lange zu harren brauchten. Schon am 1. December war ihre Zahl von 154 auf 259 gestiegen und die anwesenden Parteigenossen des Präsidenten von Unruh verkündigten, daß dieser auf den 4. December eine Sitzung anberaumt habe und selbst erscheinen werde; bis dahin, so forderten sie, sollte sich die Versammlung vertagen. Dessen weigerte sich die Mehrheit und zwang dadurch die Linke, durch sofortige Entfernung abermals die alte Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. Nun gab es stürmische Auftritte unter den Zurückgebliebenen. Die Herren Simons und Daniels stellten von Neuem den Antrag, die Stellvertreter einzuberufen; Brünneck